



MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Politische Eliten in (post-)sozialistischen autoritären Systemen. Ein Vergleich der Breschnew- und Putin-Ära

verfasst von / submitted by

Richard Sattler, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2022 / Vienna 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Dipl.-Kulturw. Dr. Christina Plank

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all denjenigen bedanken, die mich während der Anfertigung dieser Masterarbeit unterstützt und motiviert haben.

Zuerst gebührt mein Dank Frau Dipl.Kulturw. Dr. Chistina Plank, die meine Masterarbeit betreut und begutachtet hat. Für die hilfreichen Anregungen und die konstruktive Hinweise bei der Finalisierung dieser Arbeit möchte ich mich herzlich bedanken.

Ebenso möchte ich mich bei Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert bedanken, dessen Studienassistent ich am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien sein durfte und durch dessen Lehrtätigkeit über die Transformations- und Osteuropaforschung die Grundlagen für die vorliegenden Ausführungen geschaffen worden sind.

Ein besonderer Dank gilt meiner Lebensgefährtin Carina Altenhofer für das Korrekturlesen meiner Masterarbeit.

Abschließend möchte ich mich bei meiner Familie und all meinen Freundinnen, Freunden, Weggefährtinnen und Weggefährten während meiner Studienzeit bedanken, ohne deren Hilfe, Unterstützung, sowie den persönlichen Austausch die Gedankengänge für das Zustandekommen meiner Masterarbeit nicht zustandge gekommen wäre.

Richard Sattler

Wien, 03.06.2022

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
2. Elitetheorien.....	8
2.1. Entstehung und Grundannahmen.....	8
2.2. Machtelite	11
2.3. Politische Klasse und Politische Elite.....	14
2.4. Positionsmethode	17
2.5. Eliten in der Transformationsforschung	20
2.4. Operationalisierung: Politische Elite	27
3. Autoritäre und hybride Regime.....	29
3.1. Typologien politischer Systeme	29
3.2. Hybride Regime in der postsozialistischen „Grauzone“	34
4. Institutionelle Faktoren.....	39
4.1. Die politischen Machtstrukturen der Sowjetunion.....	39
4.2. Die politischen Machtstrukturen der Russischen Föderation.....	47
5. Eliten im Staats- und Postsozialismus	54
5.1. Politische Eliten in der Sowjetunion	54
5.2. Politische Eliten in der Russischen Föderation	70
6. Conclusio	95
7. Literaturverzeichnis.....	99
8. Internetquellen	107
9. Abstract	109

1. Einleitung

Die Spekulationen über eine erneute Präsidentschaft des damaligen Premierministers der Russischen Föderation Wladimir Wladimirowitsch Putin, ausgehend von einer Pressemeldung der Nachrichtenagentur Reuters, veranlasste den Journalisten Nikolai Troitsky in einer Pressemeldung vom Juli 2011 zu einem Vergleich von Putin mit dem langjährigen Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) Leonid Iljitsch Breschnew (vgl. Reddaway 2012: 97).

Auf dem Parteitag der Partei „Einiges Russland“ am 24. September 2011 nominierten sich der damals amtierende Präsident Dmitri Medwedew und Ministerpräsident Putin wechselseitig zum jeweiligen Nachfolger. Damit sollte Putin erneut, nach bereits zwei vergangenen Amtsperioden, wieder zum Präsidenten Russlands gewählt werden. Dieser Ankündigung folgte ein Protestaufschrei, vor allem im Internet, wobei Fotomontagen von Putin mit Breschnews Verschnitt kursierten, die eine Anspielung auf die mutmaßliche Ähnlichkeit der jeweils langjährigen Regentschaft darstellten (vgl. Mommsen 2017: 97, 100).

Im Zuge eines Fernsehinterviews Ende 2011 hob Putins Pressesprecher Dimitry Peskov die positive Rolle hervor, welche Breschnew für die Sowjetunion gespielt habe und das ein Vergleich mit Putin daher nicht negativ zu bewerten sei. Unmittelbar auf diese Aussagen bezugnehmend, wird die Stabilität der Breschnew-Ära angesprochen, womit einerseits die sogenannte „Stabilität der Kader“ und der damit verbundene Interessenausgleich zwischen den konkurrierenden Interessensgruppen respektive Eliten, sowie ein schrittweiser Anstieg der Lebensqualität der Bevölkerung in der Sowjetunion assoziiert werden (vgl. Whitmore 2011). Teile dieser Wahrnehmung der Breschnew-Ära lassen sich auch durch eine Studie des Levada-Zentrums von 2013 bestätigen, wonach rund 56 Prozent der Befragten die Führungsrolle von Leonid Breschnew durchwegs positiv bewerten. Im Gegensatz zum Argument, wonach es sich hierbei um eine Phase der „Stagnation“ handelte, wird vor allem die Stabilität der Lebenssituation der Menschen in der Sowjetunion der 1970er und Anfang der 1980er Jahre hervorgehoben (vgl. Sudakov 2013).

Die hierzu gezogenen Parallelen mit Putin beruhen auf der Beobachtung von KommentatorInnen der Präsidentschaftswahlen vom März 2012, wonach der Sieg des bis dahin amtierenden Ministerpräsidenten Wladimir Putin mit 64 Prozent der abgegebenen Stimmen vor allem durch dessen Klientelpolitik zu erklären ist. Zu dieser Klientel werden vor allem PensionistInnen, StaatsbeamtlInnen, Angehörige der Streitkräfte, sowie Angestellte der Rüstungsindustrie gezählt, welche in Putin einen Garant der Stabilität in einem korrupten politischen System wahrnehmen. BeobachterInnen warnten im Zuge

dessen vor einer wirtschaftlichen Stagnation Russlands, vergleichbar mit der Ära Breschnews in der Sowjetunion, insofern junge und gebildete Teile der Bevölkerung, vor allem in den Städten, durch die Politik Putins und das harte Vorgehen gegen die Opposition verprellt werden und dem Land dauerhaft den Rücken zukehren (vgl. Blunski 2012).

Die positive Assoziation mit Breschnew sowie das Wahlergebnis Putins lassen sich durch die Wahrnehmung von weiten Teilen der Bevölkerung Russlands erklären, die in beiden Persönlichkeiten jeweils einen Garant für die Stabilität des Landes sehen. Breschnew als auch Putin werden dabei im Lichte der ihnen vorangegangenen Zeiten der Unsicherheit betrachtet, was im Falle von Breschnew die Amtszeit von Nikita Chruschtschow und im Falle von Putin die Präsidentschaft von Boris Jelzin darstellt. Damit alleine jedoch erschöpft sich auch schon ein Vergleich von Breschnew und Putin, deren Persönlichkeiten und politisches Handeln unterschiedlicher nicht sein können (vgl. Romanov 2014).

Der Vergleich von Breschnew und Putin hat nach der Wiederwahl von Putin zum Präsidenten Russlands in der Berichterstattung an Aufmerksamkeit verloren. Dies ist auf den pauschalisierenden Charakter der vorgebrachten Argumente zurückzuführen, sowie auf die geringe Referenzierung eines unmittelbaren Vergleichs der beiden Staatsoberhäupter. Reddaway (2012) hat in seinem Aufsatz zwar einige Charakteristika eines möglichen Vergleichs hervorgehoben, doch beschränkt sich seine Herangehensweise sinnvollerweise auf einzelne Politikfelder, wie etwa die Außenpolitik. Gleichzeitig erschöpft sich dahingehend auch schon die Reichweite und Sinnhaftigkeit eines Vergleichs, wenn dieser von der Position eines Staatsoberhauptes her formuliert wird. So lässt sich beispielsweise eine Außenpolitik der Sowjetunion unter Breschnew nur schwer mit jener der Russischen Föderation in einen unmittelbaren Vergleich bringen, zumal sich die Rahmenbedingungen vor dem Hintergrund des einstigen Ost-West-Konflikts bis heute erheblich verändert haben. Hinzu kommen die gravierenden Auswirkungen des Systemwechsels von der Sowjetunion hin zur Russischen Föderation, die mit einem umfassenden Wandel der Politikinhalte sowie des institutionellen Setting einhergingen.

Wodurch jedoch die beiden politischen Führungsfiguren vergleichbar sind, liegt in den Überlegungen von Max Weber begründet, der charismatischen Führungspersonen eine zentrale Rolle für die Integration und Einigkeit moderner politischer Eliten („herrschende Minderheit“) zuschreibt (vgl. Pakulski 2012: 53). Dieser Argumentation eines akteurszentrierten Ansatzes folgend, beruht die Stabilität politischer Systeme unter anderem auf der Fähigkeit des jeweiligen Staatsoberhauptes die divergierenden

Interessen innerhalb von Elitegruppierungen auszugleichen und hier eine wechselseitige Abhängigkeit zu erreichen (vgl. Reddaway 2012: 102; vgl. Rutland 2018).

Die kontextuellen Rahmenbedingungen für einen Vergleich bilden die Betrachtung des Staatssozialismus¹, konkret des Spätsozialismus in der Sowjetunion, sowie die Grundannahmen über den Postsozialismus. Der Begriff *Spätsozialismus* bezeichnet eine Entwicklungsphase des Staatssozialismus, in welcher das institutionelle Gefüge anders als in den Jahren zuvor funktionierte. Krisenerscheinungen wie etwa die zutage tretenden wirtschaftlichen Fehlentwicklungen und die geschwächten Erwartungen über die Leistungen der zentralen Verwaltung² haben zu einer höheren Durchlässigkeit von Interessen im Rahmen des politischen Systems geführt. Hierdurch wurde nach Konrad/Szelenyi (1981) die Entwicklung von differenzierten, sowie kollektiven AkteurInnengruppen ermöglicht. Diese lassen sich unterscheiden in einen „herrschenden Stand“, worunter in erster Linie die Spitzen des politischen Machtapparates und die sogenannte „Politbürokratie“ verstanden werden, sowie davon unterschieden die VertreterInnen der „Technokratie“ in Form von Funktionseliten in staatlichen Leitungspositionen und die VertreterInnen geistes- und kultureller Tätigkeiten („Dissidenten“). Neben den internationalen Aspekten der Stellung der Sowjetunion im Ost-West-Konflikt, lassen sich diese sozialen und gesellschaftlichen Entwicklungen als entscheidende Faktoren des gesellschaftspolitischen Wandels staatssozialistischer Systeme identifizieren, die in weiterer Folge zu deren Transformation führten. Anknüpfend an dieses Verständnis, geht das Konzept des *Postsozialismus* von einer Kontinuität bestimmter Elemente staatssozialistischer Gesellschaften und der damit verbundenen Transformationskräfte aus. In diesem Zusammenhang wird auch eine AkteurInnenkontinuität konstatiert, insofern Teile der ehemals staatssozialistischen Elite auch einflussreiche AkteurInnen im Rahmen der neu entstandenen politischen Systeme wurden (vgl. Segert 2013: 175ff).

Obzwar die Elitenforschung für Russland von einem hohen Grad an Kontinuität der einstigen staatssozialistischen Eliten ausgeht, bleibt dennoch unklar, was diese Tatsache für die Charakterisierung des politischen Systems nach sich zieht.

¹ Der Begriff *Staatssozialismus* geht auf die Annahmen zurück, dass sich mit der Oktoberrevolution 1917 im zaristischen Russland ein bestimmter Typ von Sozialismus herausgebildet hat, welcher im Rahmen einer modernisierungstheoretischen Betrachtung einen Systemwechsel für Osteuropa herbeiführte und durch einen erneuten Systemwechsel in den Jahren 1989 und 1991 von der Marktwirtschaft abgelöst wurde (vgl. Beyme 1994: 70 vgl. n. Segert 2013: 27).

² Zu den unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Entwicklungen in staatssozialistischen Systemen ist auf die Arbeit von Beyme (1975), sowie im Hinblick auf die vor allem ab den 1960er Jahren zu Tage tretenden Krisen auf die Ausführungen von Mlynar (1983) zu verweisen.

Kryschtanowskaja/White (1996) gehen von einer weitreichenden Homogenität der Herkunft von EliteakteurInnen der Russischen Föderation aus, insofern diese sich aus den alten Kadern der sowjetischen Bürokratie rekrutieren und auf eine „Sowjetisierung“ im Sinne einer Restauration autoritärer Politik drängen (vgl. Kryschtanowskaja 2005: 168, 233). Dem sind jedoch die Erkenntnisse von David Lane und Cameron Ross gegenüberzustellen, die eben jene Kontinuität bestreiten, insofern sie einerseits den Wechsel von Personen in politischen Spitzenfunktionen belegen und andererseits auf die Unschärfe des von Kryschtanowskaja benutzten Begriffs der „Nomenklatura“ verweisen (vgl. Lane/Ross 1998: 53). Der Eindruck der Kontinuität von EliteakteurInnen nach dem Systemwechsel hängt vor allem von der Betrachtung der jeweiligen Funktionen ab. Demzufolge wandelte sich die Besetzung der Top-Positionen in der Politik maßgeblich, wobei aber AkteurInnen (v.a. ParteisekretärInnen), die bereits im politischen System der Sowjetunion verankert waren, weiterhin in der Staatsbürokratie oder Wirtschaft aktiv geblieben sind (vgl. Higley/Kullberg/Pakulski 1996: 136).

In Anbetracht dieser Erkenntnisse des Wechsels in den politischen Spitzenfunktionen, bleibt unter den Annahmen des Postsozialismus unbeantwortet, inwiefern die nachfolgenden AkteurInnen Lernprozesse aus dem Systemwechsel und dessen Folgejahren für die Stabilität des neuen politischen Systems übernommen haben. In der vorliegenden Analyse geht es in weiterer Folge darum die fehlende Verbindung zwischen den Erkenntnissen der Eliteforschung und Elitetheorie einerseits und den Erkenntnissen der Vergleichenden Politikwissenschaft im Bereich des Erforschung und begrifflichen wie theoretischen Charakterisierung politischer Systeme andererseits zu spezifizieren. Aus diesen kontextuellen Vorbemerkungen lässt sich daher folgende forschungsleitende Fragestellung ableiten:

Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten weisen politische Eliten im Hinblick auf ihre Funktion der Stabilisierung (post-)sozialistischer Systeme am Beispiel der Sowjetunion und der Russischen Föderation auf?

Zur Untersuchung dieser Fragestellung fokussieren sich die weiterführenden Erläuterungen auf die folgenden beiden Subfragestellungen, wodurch die einzelnen Aspekte theoretisch operationalisierbar gemacht werden.

Unterfragestellung 1: *Wie gestaltet sich das institutionelle Setting für politische Eliten im Rahmen a) des Spätsozialismus in der Sowjetunion, sowie b) der postsozialistischen Russischen Föderation?*

Zur Einschränkung des Forschungsfeldes wird in den folgenden Ausführungen der Blick in erster Linie auf die makrostrukturellen Aspekte von politischen Eliten im Rahmen des jeweiligen politischen Systems gelenkt. In einem ersten Schritt erfolgt dahingehend eine deskriptive Aufbereitung der zentralen politischen Institutionen der Sowjetunion und der Russischen Föderation. Dabei werden Elitekonzepte erläutert, welche in der wissenschaftlichen Debatte die Struktur von politischen AkteurInnengruppen zum Ausdruck bringen. Ausgehend von dieser deduktiven Herangehensweise wird in einem nächsten Schritt eine Verortung der politischen Systeme im Rahmen der Regimetypologie und Erklärungsmöglichkeiten diskutiert.

Unterfragestellung 2: *Welche systematischen Kontinuitäten in der Zusammensetzung, Rekrutierung und Zirkulation von politischen Eliten lassen sich für die zu vergleichenden Zeiträume a) 1964 bis 1982, sowie b) 1999 bis 2018 feststellen?*

Hierfür werden zu Beginn die Grundlagen von Elitetheorien unter besonderer Berücksichtigung des theoretischen Konzepts von *Machteliten* und die Reichweite der Begrifflichkeit von *politischer Elite*, sowie deren Abgrenzung im Spektrum politischer Theorien erörtert. Das Ziel dieser theoriegeleiteten Begriffsarbeit besteht in der Eingrenzung und Definition der zu untersuchenden AkteurInnen. Anknüpfend an eine kritische Reflexion der Transitologie sollen bei der Operationalisierung des Elitebegriffs Unschärfen in der theoretischen Arbeit erörtert werden und im Sinne einer pragmatischen Herangehensweise ein Vergleich zweier politischer Regime zu unterschiedlichen Zeitpunkten ermöglicht werden.

Struktur der Argumentation:

Zur Beantwortung der Fragestellungen wird zu Beginn der Ausführungen die Terminologie der Theorie von Eliten in den Sozialwissenschaften erörtert, wobei zentrale Konzepte und Begrifflichkeiten beschrieben werden. Anhand von zwei Ansätzen der Erforschung von Eliten, nämlich des Positionsansatzes und der Anwendung des Elitebegriffs in der Transformationsforschung, soll die Möglichkeit der Operationalisierung des Begriffs der „politischen Elite“ für die vorliegende Arbeit diskutiert werden. Im Hinblick auf die vorgesehene Gegenüberstellung der politischen Systeme und ihrer jeweiligen akteursspezifischen Funktionsweisen, erfolgt im darauffolgenden Kapitel eine Auseinandersetzung mit Regimetypologien und wie diese mit der Transitionsforschung verbunden sind. Dabei werden die normativen Grundannahmen dieses Zweiges der Vergleichenden Politikwissenschaft im Lichte neuerer Erkenntnisse rund um die Nachwirkungen des Systemwechsels in der Sowjetunion respektive der Russischen Föderation kritisch hinterfragt.

Anschließend an diese Reflexion der theoretischen Prämissen und ihrer Kontextualität erfolgt im zweiten Abschnitt die Erläuterung über die institutionellen Aspekte der Sowjetunion mit Fokus auf den Zeitraum von 1964 bis 1982, sowie der Russischen Föderation für den Zeitraum von 1999 bis 2016. Aufbauend auf den bereits etablierten politikwissenschaftlichen Deutungen über die Funktionsweise und die damit verbundene Relevanz von Organisations- und Strukturelementen des jeweiligen politischen Systems, werden die zentralen Machtpositionen erläutert. Der Fokus wird hierbei im Falle der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) primär auf der Rolle der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) liegen, zumal diese Institution das politische System wie keine andere geprägt hat und als der zentrale Dreh- und Angelpunkt für die Positionierung von EliteakteurInnen im Staatsapparat verantwortlich war. Bei der Russischen Föderation werden sich die Ausführungen wiederum stark auf die Rolle des Präsidenten konzentrieren, da dessen dominierende Position für das Gefüge des Staatswesens in seiner heutigen Ausprägung von zentraler Bedeutung ist.

Aufbauend auf den Erkenntnissen über die institutionelle Beschaffenheit der politischen Systeme erfolgt im dritten Abschnitt die Beschreibung der AkteurInnen und der Gruppen innerhalb der politischen Elite. Dabei werden vor allem die Erkenntnisse aus bestehenden Annahmen und Konzepten über die strukturellen Elemente der EliteakteurInnen diskutiert und auf den Gehalt ihrer Erklärung hin überprüft. Zur Beantwortung der zweiten Unterfragestellung werden auch soziodemografische und gesellschaftspolitische Aspekte des jeweiligen Zeitraums in die Betrachtung einbezogen, um ein erweitertes Verständnis für die Relevanz des Fokus auf die AkteurInnen zu erhalten. Um die Frage der Bewegungsmomente der politischen Elite im Hinblick auf die Zirkulation und Rekrutierung weitergehend zu beleuchten, wird im jeweiligen Subkapitel die Bedeutung von patrimonialen Elementen für das Gefüge der AkteurInnen ergänzend erläutert.

Abschließend werden in der Conclusio die Erkenntnisse aus den beiden Abschnitten zusammengefasst. Dabei wird die Verschränkung der institutionellen Voraussetzungen und der AkteurInnenkonstellation vor dem Hintergrund der theoretischen Spezifikationen des Phänomens der politischen Elite abschließend diskutiert. Im Kontext der Transitionsforschung soll über die Schlussfolgerungen der vergleichenden Betrachtung der Sowjetunion und Russlands resümiert und weiterführende Überlegungen hierzu aufgezeigt werden.

In den vorliegenden Ausführungen wird das Verfassungsreferendum Anfang Juli 2020, welches Präsident Putin die Möglichkeit einräumt nach gewonnenen Wahlen bis 2036 im Amt bleiben können, nicht behandelt. Einerseits liegt dieses Ereignis außerhalb des Untersuchungszeitraumes für die Russische Föderation, wobei die vorerst letzten Präsidentschaftswahlen 2018 das zeitliche Equilibrium der politischen Biografien von

Leonid Breschnew und Wladimir Putin als längst dienende Staatsoberhäupter der Sowjetunion und Russlands bezeichnen. Andererseits waren die mit der Verfassungsreform verbundenen gesellschaftspolitischen Entwicklungen zum Zeitpunkt der vorliegenden Erläuterungen noch nicht absehbar.

2. Elitetheorien

Im folgenden Kapitel wird auf die Grundannahmen der Elitetheorie und deren Rolle in der Transformationsforschung eingegangen. In diesem Zusammenhang wird ein für den Vergleich operationalisierbarer Elitebegriff, sowie ein Konzept der Bestimmung konkreter AkteurInnen im Kontext der Theoriedebatte erarbeitet. Hierbei ist festzuhalten, dass es in den vorliegenden Ausführungen nicht um die Entwicklung eines neuen Theoriekonzepts geht, sondern um eine möglichst breite Diskussion bereits vorhandener Erkenntnisse und Annahmen.

2.1. Entstehung und Grundannahmen

Elitekonzepte haben in der Forschung den Vorteil, dass hierdurch die politischen EntscheidungsträgerInnen identifiziert werden können und auch der Grad der Pluralität von Eliten in einem polyarchischen³ System feststellbar ist. Schließlich hat auch die Struktur von Eliten wesentlichen Einfluss auf die Stabilität oder Instabilität politischer Regime, was auch in den folgenden Ausführungen gezeigt werden soll (vgl. Lane 2011: 12).

Die klassischen Elitetheorien von Gaetano Mosca, Vilfredo Pareto und Robert Michels gehen von der Notwendigkeit der Herrschaft einer kleinen Gruppe über das Gros der Bevölkerung aus. Dieses dichotome Verhältnis wird in den Begriffen „Elite“ und „Masse“ zum Ausdruck gebracht. Bereits seit dem 19. Jahrhundert fand die Bezeichnung „Elite“ die Verwendung als politischer Kampfbegriff, welcher vor allem das Unbehagen von Teilen des BürgerInnentums und der akademischen Intelligenz gegenüber den aufkommenden sozialen Bewegungen zum Ausdruck brachte.⁴ Dabei wird davon ausgegangen, dass die Herrschaft einer Elite über die Massen ein unumgängliches Prinzip politischer Herrschaft darstellt (vgl. Hartmann 2004: 9).

Mosca, Pareto und Michels haben ihre jeweilige Elitetheorie zwischen den späten 1930ern sowie frühen und späten 1960er Jahren verfasst, wobei die Autoren dabei die Grundlage demokratischer Entwicklungen in Frage stellten. Alle drei gehen grob zusammengefasst von einer Teilung der Gesellschaft in „Herrschende“ und „Beherrschte“

³ Ausgehend von den Überlegungen von Joseph Schumpeter (1947), wonach Demokratie in einer minimalistischen Definition in erster Linie durch politischen Wettbewerb gekennzeichnet ist, verweist Robert Dahl (1971) mit dem Konzept der „Polyarchie“ auf die Notwendigkeit grundsätzlicher Freiheitsrechte, unter anderem das Recht auf freie Meinungsäußerung, sowie eines damit in verbundenen Pluralismus, um es den Menschen zu ermöglichen ihren politischen Willen entsprechend artikulieren zu können (vgl. Diamond 1996: 21).

⁴ Ein Beispiel hierfür bildet das Werk von Gustav Le Bon (2009).

aus. Allen drei klassischen Elitetheorien ist die Annahme gemeinsam, dass politische Eliten in der Machtausübung autonom von anderen gesellschaftlichen Gruppierungen agieren und auch agieren sollten (vgl. Blonden/Müller-Rommel 2007: 820f).

Während Vilfredo Pareto Eliten als Gruppe von Menschen an der Spitze der Gesellschaft sah, die durch ihre Fähigkeiten für diese Positionen auserwählt waren, beschreibt Gaetano Mosca die „politische Klasse“ als eine herrschende Minderheit. In beiden Fällen handelt es sich um die Beschreibung einer politischen Führungsschicht⁵, welche als eigene Klasse in Abgrenzung zur Masse, sprich dem Gros der Bevölkerung, in einer Gesellschaft existiert, sofern diese durch Herrschaft und Macht definiert wird (vgl. Kaina 2009: 390). Die zentralen Thesen der Elitetheorie gehen von der prinzipiellen Eigenständigkeit der politischen Sphäre und der Universalität von Herrschaft aus. Ebenso wird eine vertikale Gliederung der Gesellschaft angenommen, welche mit der unterschiedlichen Verteilung von Machtressourcen und den unterschiedlichen Möglichkeiten auf politische Willensbildungsprozesse einzuwirken begründet wird (vgl. Hoffmann-Lange 2004: 241f).

Den Definitionen des Begriffs „Elite“ in der Politikwissenschaft liegt die gemeinsame Annahme zu Grunde, dass es sich hierbei um eine Minderheitsgruppe handelt, die durch gewisse Kriterien von der Bevölkerungsmehrheit einer Gesellschaft unterschieden wird (vgl. Harasymiw 1984: 9). In der modernen Elitetheorie, welche sich auf die Schriften von Nicolo Machiavelli zurückführen lässt, wird ebenso von der grundsätzlichen Unterscheidung von Eliten und Masse ausgegangen.⁶ In der Annahme über das Ziel des Machterhalts von Eliten spiegelt sich die theoretische Grundannahme wider, wonach das Primat des Politischen anderen Determinanten von gesellschaftlichem Wandel vorangestellt wird, wie etwa rein ökonomische oder soziale Erklärungsfaktoren. Wie bereits erwähnt, mündet diese grundsätzliche Annahme bei Mosca im Begriff der „politischen Klasse“. In der Forschung fokussierte das Konzept der politischen Klasse auf die Handlungen von AkteuerInnen in gesellschaftlichen Machtpositionen, womit jedoch eine Unschärfe einhergeht, wer letztlich zu dieser AkteurInnengruppe gezählt werden soll (vgl. Beyme 2000: 312ff).

⁵ In seinen Ausführungen über den modernen Staat spricht Max Weber von „herrschenden Minderheiten“, die er als semi-formelle Netzwerke von Gruppen und Individuen versteht, welche eine gesellschaftlich legitimierte Herrschaft monopolisieren (vgl. Pakulski 2012: 39).

⁶ Die Unterscheidung zwischen Elite und Masse lässt sich nach Max Weber auf der Charakterisierung des modernen Staates begründen. Dabei wird der hohe Organisationsgrad eines zentralisierten Staatsapparates und dessen handelnder AkteurInnen in einem ausdifferenzierten Verwaltungsapparat und politischen Institutionen herangezogen, dem eine im Verhältnis dazu unorganisierte Bevölkerung gegenübersteht (vgl. Pakulski 2012: 40).

Im Zuge der Rehabilitierung von Elitetheorien nach dem zweiten Weltkrieg wurde die bei den Klassikern verwendete eingeschränkte Begrifflichkeit einer herrschenden Elite oder Klasse gegenüber einer weitgehend unmündigen und gesichtslosen Masse ausdifferenziert. In weiterer Folge trat die Beschäftigung mit einzelnen Gruppen von EliteakteurInnen in den Vordergrund, was schließlich zur Entwicklung der modernen Elitetheorien führte. Hierbei wird zwischen einzelnen Teilsektoren der Gesellschaft differenziert, wobei Eliten unterschiedliche Funktionen aufgrund ihrer Leistungen im jeweiligen gesellschaftlichen Teilbereich zugesprochen werden. Als Elite gelten dabei jene AkteurInnen, welche im Rahmen ihrer jeweiligen Funktion und Zuständigkeit in Spitzenpositionen die gesellschaftliche Entwicklung maßgeblich beeinflussen können (vgl. Hartmann 2004: 10).

In den Sozialwissenschaften wird Elite damit als ein durch Leistungsqualifikationen definierter Begriff verwendet, der weder ein politisches noch ethisches Postulat einschließt (vgl. Beyme 2000: 311). Unter Elite werden jene Personen verstanden, „die als politische Amtsinhaber oder als Repräsentanten wichtiger öffentlicher Einrichtungen [...] und privater Organisationen [...] Einfluss auf die für eine Gesellschaft zentralen politischen Willensbildungsprozesse nehmen.“ (Hoffmann-Lange 2004: 239) Ausgangspunkt des Paradigmas der Eliteforschung sind die bereits genannten Annahmen von Mosca, der unter politischer Klasse all jene Gruppen versteht, die unmittelbar im Konflikt und Bestreben um politische Macht involviert sind. Innerhalb dieser politischen Klasse wird die politische Elite als eine weitere Teilgruppe definiert, bestehend aus Individuen, die politische Macht in einer Gesellschaft auch faktisch ausüben kann (vgl. Lane 2011: 36). Eine letztendliche und allgemein gültige sozialwissenschaftliche Definition von Elite oder Eliten ist bis heute in der Forschung nicht erreicht worden. Als soziales Phänomen lassen sich Eliten sowohl als Gruppe, Schicht oder Klasse charakterisieren (vgl. Endruweit 1979: 33ff vgl. n. Kaina 2009: 388). In den modernen Sozialwissenschaften haben sich als zentrale Konzepte die Begriffe *Werteliten*, *Funktionseliten* und *Machteliten* herauskristallisiert. Unter Wertelite wird dabei eine Personenminderheit verstanden, die in einer Gesellschaft Vorbildcharakter hat, insofern sie gültige Grundwerte glaubwürdig zu vertreten vermag. Demgegenüber werden als Funktionselite jene Personen einer Gesellschaft erfasst, die aufgrund ihrer herausragenden Leistungen spezifische Aufgaben für die gesellschaftliche Funktionsfähigkeit ausführen. Im Kontext politikwissenschaftlicher Forschung definiert das Forschungskonzept von Machtelite in erster Linie einen kleinen Führungskreis von Personen, die allgemeinverbindliche politische Entscheidungen treffen oder maßgeblich beeinflussen und denen dahingehende Macht zugeschrieben wird (vgl. Kaina 2009: 388f).

2.2. Machtelite

Einen wesentlichen Ausgangspunkt der modernen Elitforschung bildet die Definition von *Power Elite* nach Charles Wright Mills, wonach der Besitz einer spezifischen gesellschaftlichen Position eine Person als Angehörigen der Machtelite qualifiziert. Dabei geht es weniger um die reale Machtausübung als um Chancen, welche durch das Innehaben einer Position ermöglicht werden (vgl. Mills 1956: 3f vgl. n. Kaina 2009: 390). In diesem Zusammenhang erfolgt eine Differenzierung zwischen den Konzepten „Macht“ und „Einfluss“. In beiden Fällen wird damit die Fähigkeit bezeichnet, die Ergebnisse von kollektiven Entscheidungsprozessen in sozialen Systemen zu beeinflussen. Im Falle von Macht handelt es sich um die Durchsetzungsfähigkeit mittels Sanktionen, während die Definition von Einfluss nicht mit Sanktionen verbunden ist. Eliten sind dahingehend Personen, die ihren politischen Einfluss auf einer regulären und damit anerkannten Grundlage auszuüben im Stande sind (vgl. Hoffmann-Lange 1989: 52).

Mills' Analysen fokussieren sich auf die Vereinigten Staaten von Amerika, wobei er die institutionellen Zentren der Macht in den Sektoren Politik, Militär und Wirtschaft verankert sieht. In der Interdependenz dieser drei Sektoren sieht er die Voraussetzung für die sogenannte *Power Elite* respektive Machtelite der USA, die gleichzeitig auf der Identität ihrer Interessen und einer gleichen Herkunft und Weltanschauung basiert (vgl. Hartmann 2004: 76ff). An der Spitze der Oberschicht stehen die BesitzerInnen wirtschaftlicher Vermögen, die jedoch zunehmend in die Machthierarchien von Konzernen verstrickt sind, welche wiederum die Quelle von dauerhaftem Reichtum und Macht darstellen. Diese Konzerne erzeugen laut Mills schließlich auch die Prestigemaßstäbe, die ihren Ursprung in den großstädtischen Räumen und Metropolen haben (vgl. ebd. 80f). Dahingehend ist anzumerken, dass Mills das Modell der *Power Elite* von jenem einer „herrschenden Klasse“ unterscheidet, wie dies durch die Differenzierung der theoretischen Konzepte von Elite und Klasse von Wesolowski zum Ausdruck gebracht wird:

„We are hence confronted with two quite separate and different types of social role and *position* [Hervorheb. d. Verf.]: that of owner of the means of production whose function is to organize production, and that of politician, organizer of political life. [...] The fact of being a capitalist does not itself determine one's membership in the power elite. The decisive factor is participation in making or influencing State [sic!] decisions.“ (Wesolowski 1965: 25)

Die US-amerikanische Gesellschaft gliedert sich nach Mills in die „echte Macht-Elite“ an deren Spitze, sowie eine mittlere Machtebene, welche aber aus gegeneinander gewandten Interessensgruppen besteht. Die unterste Schicht bildet die Massengesellschaft, welche politisch zersplittert und machtlos ist und die ihre Meinung aus den Massenmedien generiert und daher manipulierbar für die oberste Schicht ist (vgl.

Hartmann 2004: 83f). Dahingehend zeigt sich nach Dafürhalten des Verfassers bei Mills, der seine Studien vor allem in den 1960er Jahren verfasste, ein Rekurs auf die Annahmen der klassischen Elitetheorien mit ihrer Dichotomie von Elite und Masse.

Die Theorie der *Power Elite* nach Mills geht von einer Machtelite aus, deren Einheit durch soziale Kohäsion mit Tendenz zur sozialen Schließung, eine gemeinsame Wertorientierungen, sowie gemeinsame Interessen definiert wird. Das Ziel dieser Machtelite liegt dabei auf der Monopolisierung gesellschaftlicher und politischer Machtpositionen und der damit verbundenen Aufrechterhaltung des Status quo. In diesem Zusammenhang werden etwa demokratische Institutionen und Parteienkonkurrenz lediglich als sekundäre Phänomene eines politischen Systems erfasst. Mills fokussiert mit seiner Theorie in erster Linie die vertikalen Interessenskonflikte zwischen einer Gesellschaft und ihrer herrschenden Elite, während horizontale Konflikte und Divergenzen zwischen den einzelnen Elitegruppen sekundär bleiben (vgl. Hoffmann-Lange 2004: 245f). Die Elitetheorie von Mills hebt sich von der Terminologie der „politischen Klasse“ ab, insofern der Begriff „Klasse“ vor allem die Stellung von Gruppierungen zu den Produktionsmitteln im marxistischen Sinne bezeichnet und gleichzeitig impliziert, dass eine Gruppe aus dem gesellschaftlichen Teilbereich der Wirtschaft letztlich die Politik beherrscht, was nicht automatisch der Fall sein muss (vgl. Beyme 2000: 326f). Im Unterschied zum Begriff der „herrschenden Klasse“, welche in der marxistischen Theoriedebatte als Ergebnis des ökonomischen Systems begriffen wird, wird Machtelite als Produkt der politischen Strukturen einer Gesellschaft verstanden (vgl. Wesolowski 1965: 23).⁷

Trotz der definitorischen Unterscheidung der Sektoren der *Power Elite* findet sich bei Mills keine Bestimmung von deren Kräfteverhältnis zueinander (vgl. Hartmann 2004: 104f). Obschon eine Differenzierung der einzelnen Machtsphären und der ihnen innewohnenden Hierarchien in der Theoriedebatte erfolgt ist, konnte die empirische Forschung keine einheitliche Machtelite nach Mills Konzept ausfindig machen. Ein Grund dafür ist der mangelnde Nachweis dauerhafter und kongruenter Zusammenarbeit und Kommunikation von Führungskräften in Spitzenpositionen trotz deren räumlicher Nähe in einer Gemeinschaft. In diesem Sinne rechtfertigte die Feststellung einer herrschenden Schicht nicht ihr tatsächliches Vorhandensein im Sinne der theoretischen Annahmen, insofern ein Gruppenbewusstsein, oder wie das von marxistischen Theorien postulierte

⁷ Rekurrierend auf die Studien der kritischen Elitenforschung von Mills und William Domhoff ist dabei nach Exklusionsmechanismen seitens von Machteliten zu fragen, die es hierdurch schaffen ihre Interessen durchzusetzen (vgl. Lane 2011: 13).

Bewusstsein einer herrschenden Klasse, nicht oder nur unzureichend nachzuweisen ist (vgl. Beyme 2000: 321f).

Blondel und Müller-Rommel verweisen in diesem Zusammenhang jedoch auf die Möglichkeit des Bestehens eines gemeinschaftlichen Grundinteresses, welches etwaige ideologische Differenzen einzelner Gruppierungen überlagert, wenn es um die Akzeptanz der Grundregeln des politischen Systems und damit des politischen Wettbewerbs geht:

„Classical theories assert the dominant character of the political elite is that the divisions within democratic political elite are illusory because, when it comes to 'fundamental' problems, the social and ideological unity of that elite re-emerges and frustrates efforts to radically change the character to the society.“
(Blondel/Müller-Rommel 2007: 828)

Hieraus ließe sich schlussfolgern, dass eine politische Machtelite erst dann erkenntlich wird, wenn der Konsens über die Existenz eines politischen Systems grundsätzlich in Frage gestellt wird. Im Hinblick auf das folgende Kapitel über Elitetheorien im Kontext der Transformationsforschung kann dies, nach dafürhalten des Verfassers, ein Grund für die starke Betonung eines akteurszentrierten Ansatzes in der Forschung sein.

Ein entscheidender Hinweis für diesen Prozess findet sich bei Max Webers Überlegungen über die Dynamik von FührungsakteurInnen. Dabei lässt sich konstatieren, dass unter verhältnismäßig stabilen sozialen Bedingungen die Auswahl von politisch führenden AkteurInnen tendenziell stärker von routinierten Abläufen abhängig ist, was vor allem aus einer Dominanz von politischen Kräften resultiert, die ihre Wurzeln im Verwaltungsapparat und Parteibürokratien haben. Demgegenüber steigt in Zeiten außerordentlicher Umstände, sozialer Unsicherheiten und dem Rückgang der organisatorischen Stärke von Parteien die Tendenz, dass politische Kräfte vermehrt vom Charisma der FührungsakteurInnen abhängig sind. Diesen charismatischen FührungsakteurInnen schreibt Weber schließlich die Fähigkeit zu die „herrschende Minderheit“ respektive nach dem Verständnis von Mills die Machtelite, strategisch und ideologisch in einem Konsens über die Spielregeln des politischen Wettbewerbs zu einigen (vgl. Pakulski 2012: 52, 54).⁸

⁸ Auch bei der marxistischen Kritik an der Theorie der politischen Elite wird etwa von Nicos Poulantzas die Bedeutung des von Max Weber erarbeiteten Verständnisses hervorgehoben, wonach die Kontrolle über den Staatsapparat das entscheidende Kriterium der Identifikation von Eliten darstellt. An dieser Stelle sei auf die Grenzen der vorliegenden Arbeit verwiesen, insofern im Terminus der „Machtelite“ zwar eine Einheit politischer Herrschaft vorausgesetzt wird, jedoch keine Erklärung für die Grundlage jener politischen Macht geliefert wird. Ebenso lässt sich die Pluralität der Quellen politischer Macht in den einzelnen Institutionen (unter anderem Militär, Wirtschaft, Bürokratie), sowie deren Verhältnis zu einander dadurch nicht erklären (vgl. Poulantzas 1975: 325ff).

In seiner Interpretation von Max Weber befinden sich laut Pakulski die Einigung und strategische Ausrichtung von EliteakteurInnen in demokratischen Systemen in einem wechselseitigen Prozess:

„Weber describes elite change as cycles in which ‚flare ups‘ of charismatic leadership are followed by gradual ‚routinization‘ and structural shifts. Each cycle always involves elite re-alignment and institutional cum structural reshuffles.“ (Pakulski 2012: 53)

Wie bereits erwähnt, wandet sich der Fokus der Theoriearbeit und Forschung aufgrund der schwierigen Nachweisbarkeit einer Machtelite respektive einer herrschenden Klasse jenen AkteurInnen zu, die von Mills als mittlere Machtebene beschrieben werden (vgl. Beyme 2000: 322). Nach Bottomore handelt es sich hierbei um eine große Gruppe, die er als „neuen Mittelstand“ respektive als „Subelite“ bezeichnet und welche sich vor allem aus hohen BeamtenInnen, ManagerInnen, WissenschaftlerInnen und Intellektuellen zusammensetzt. Ihre Relevanz erfährt diese Subelite dadurch, dass sie den Nachwuchs für die Spitzenpositionen in der politischen Hierarchie darstellt und schließlich für die Durchsetzung von Entscheidungen in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen unerlässlich ist (vgl. Bottomore 1966: 11 vgl. n. Beyme 2000: 322).

2.3. Politische Klasse und Politische Elite

Insgesamt zeigt die Debatte über die terminologische Anwendung von „politischer Klasse“, „politischer Elite“ oder auch „herrschender Klasse“ eine bis heute andauernde Kontroverse über die theoretische Konzeption von Macht, Einfluss und Status (vgl. Warweg 2006: 161). Um Verwechslungen in der begrifflichen Unterscheidung von „politischer Klasse“ und „politischer Elite“ zu vermeiden, bedarf es im Folgenden einiger Erläuterungen.

Im deutschsprachigen Raum werden unter „politischer Klasse“ nach Dietrich Herzog aus einer systemtheoretischen Perspektive nur jene, am politischen Willensbildungsprozess unmittelbar beteiligten AkteurInnen verstanden (vgl. Herzog 1992: 127 vgl. n. Hoffmann-Lange 2004: 261). Bei diesem Konzept wird ein indirekter politischer Einfluss etwa durch Medien oder Justiz ausgeklammert, wodurch es sich um einen engeren Begriff als jenen der „Elite“ handelt, wobei in Herzogs Modell eine ungleiche Ressourcenausstattung kollektiver AkteurInnen nicht berücksichtigt wird. Klaus von Beyme operationalisiert ebenfalls den Begriff „politische Klasse“, wobei er hierunter ausschließlich PolitikerInnen versteht, sofern diese an einer sogenannten „Privilegienstruktur“ teilhaben. Diese

Definition erfolgt unabhängig von der Position von AkteurInnen in Entscheidungshierarchien (vgl. Hoffmann-Lange 2004: 258f).⁹

Mit dem Begriff „politische Klasse“ bezeichnete Mosca jene Minderheit an AkteurInnen in einer Gesellschaft, die aufgrund ihrer materiellen, intellektuellen oder moralischen Überlegenheit gegenüber der Mehrheit der Menschen die organisatorischen Kapazitäten aufbringen um regieren zu können (vgl. Mosca 1923/1939: 51 vgl. n. Higley 2008).

In der politischen Theorie war die Anwendung des Begriffs „Elite“ häufig mit dem Postulat einer Herrschaft durch ausgezeichnete und am besten qualifizierteste AkteurInnen einer Gesellschaft verbunden, was sich bereits in den Schriften von Plato wiederfinden lässt (vgl. Beyme 2000: 311). Gegenüber der Theorie der politischen *Klasse* zielt das Konzept der politischen *Elite* auf einen anderen Forschungsaspekt. Beide Ansätze haben letztlich ihren Ursprung in den Überlegungen von Mosca und Pareto, deren Prämisse laut Harold Lasswell die Untersuchung über die Bildung und Teilung von Macht darstellt. Demnach erfolgt die Herrschaftssicherung der Elite durch die Manipulation von Symbolen, die Güterkontrolle und damit die Kontrolle ökonomischer Ressourcen, sowie durch physische Gewaltanwendung (vgl. Lasswell/Kaplan 1950: XIV u. Lasswell 1934: 3 vgl. n. Bachrach 1970: 82f). Der Begriff der politischen Elite resultiert dabei aus der Fragestellung, welche AkteurInnen die zentralen Entscheidungen im Rahmen eines politischen Systems treffen (vgl. Warweg 2006: 160).

Die konzeptionelle Unterscheidung von Klasse und Elite fasst Wlodzimierz Wesolowski zusammen, insofern die herrschende Klasse im Marxismus als ein Produkt der ökonomischen Verhältnisse zu verstehen ist. Demgegenüber ist die Machtelite (*power elite*) ein Ausdruck der politischen Struktur einer Gesellschaft. Die AkteurInnen dieser Elite sind entweder unmittelbar an Entscheidungsprozessen des Staates beteiligt, oder nehmen einen direkten Einfluss darauf (vgl. Wesolowski 1965: 23).

Obwohl Max Weber nicht zu den Vertretern der klassischen Elitetheorie zu zählen ist, lassen sich in seinem Werk dennoch wichtige Hinweise für die Definition von Eliten in einem modernen Staatswesen und damit für die Elitensoziologie finden. Seine Analysen fokussierten sich auf die Konfiguration von Macht im Rahmen des Rechtsstaates, welcher in einem modernen und gesetzlich geregelten Verwaltungsapparat seinen Ausdruck findet. Gleichzeitig bildet der Rechtsstaat und dessen institutionelle Konfiguration die zentrale Grundlage für moderne Eliten (vgl. Pakulski 2012: 40, 46).

⁹ Eine ähnliche Herangehensweise findet sich bei Voslenskys Operationalisierung des Konzepts „Nomenklatura“, worunter dieser – in Anlehnung an Milovan Djilas (1978) – die herrschende Klasse der Sowjetunion versteht, die durch Vermittlung von Privilegien in der Zuteilung von materiellen Gütern, aber auch von Aufstiegschancen innerhalb staatlicher und semi-staatlicher Institutionen ihren Einfluss geltend macht (vgl. Voslensky 1980: 210ff).

In der theoretischen Differenzierung verweist Włodzimierz Wesolowski auf die Notwendigkeit eines ausreichenden Grades an Arbeitsteilung aufgrund der Komplexität der operativen Prozesse in einer Gesellschaft. Der damit einhergehende Grad der Professionalisierung führt dabei zu einer Unterscheidung zwischen einerseits ökonomischer Macht, welche mit Klassenherrschaft verbunden ist, sowie andererseits politischer Macht¹⁰, welche mit den AkteurInnen einer Machtelite assoziiert wird (vgl. Wesolowski 1965: 25).

Da der politikwissenschaftliche Fokus auf der Analyse politischer Systeme liegt, umfasst der Begriff des Politischen, referenzierend auf H. B. Mayo (1962), „die Regeln und Methoden der Gestaltung öffentlicher Politik in Form von Gesetzen, Proklamationen und Verordnungen, die von der *Regierung* [Hervorheb. i. O.] ausgehen und durchgesetzt werden.“ (Bachrach 1970: 90)

Unter politischer Elite lassen sich nach Lasswell/Lerner/Rothwell (1952) die „Machthaber eines politischen Körpers“ verstehen, „deren wirksam sanktionierte Beschlüsse [...] unmittelbar die Werte einer großen Menschenzahl berührt.“ (Bachrach 1970: 84) Insofern wird unter politischer Elite die *Spitze der Machtklasse* verstanden, insofern es sich um jene Gruppierung einer Gesellschaft handelt, aus deren Reihen sich politische AkteurInnen in Führungspositionen rekrutieren. Nach dieser Definition besteht eine politische Elite daher nicht nur aus EntscheidungsträgerInnen innerhalb der Regierung und setzt sich nicht nur aus AmtsträgerInnen im engeren Sinne zusammen. Unter Bezugnahme auf die Begrifflichkeit von Pareto handelt es sich vielmehr um all jene AkteurInnen, die sowohl direkt als auch indirekt an Regierungshandlungen und damit an Entscheidungsprozessen beteiligt sind. Schwierig bleibt jedoch in diesem Zusammenhang die theoretische Abgrenzung von politischen Eliten und nicht-politischen Eliten (vgl. ebd. 84f).

Eine weitere Eingrenzung nimmt Robert Dahl vor, wenn er unter politischer Elite die politisch führenden AkteurInnen versteht, welche im Unterschied zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eliten definiert werden (vgl. Dahl 1964: 3 vgl. n. Bachrach 1970: 91). Dahingehend muss ersichtlich gemacht werden, dass politische Eliten auch einen hinreichenden Einfluss auf sogenannte Schlüsselentscheidungen in der Politik ausüben,

¹⁰ In diesem Zusammenhang bildet die zentrale Prämisse für Macht die Teilhabe an politischen Entscheidungsfindungsprozessen. Politische Macht nach Lasswell besteht dabei in der „Ausübung eines hohen Grades an Zwang“ (Lasswell/Kaplan 1950: 98 zit. n. Bachrach 1970: 86), wodurch Machtausübung verstanden wird als Ausübung von Sanktionen. Eine effektive Ausübung von Macht wird demnach als Drohung gegenüber der Masse und damit Nicht-Elite verstanden. Hierbei ist jedoch kritisch anzumerken, dass Lasswell die Bedeutung von Autorität ausblendet, worunter die Fähigkeit verstanden wird, Entscheidungen kraft ihres gesellschaftlichen Wertbezuges und der Anerkennung durch die Gesellschaftsmitglieder durchzusetzen (vgl. Bachrach 1970: 86ff).

wobei sich der Begriff des Politischen in diesem Zusammenhang auf die Entscheidungen in konkreten Politikfeldern erstreckt, die sich im Verantwortungsbereich von Parteien und Regierungen befinden (vgl. Dahl 1958: 469 u. vgl. Dahl 1961: 64 vgl. n. Bachrach 1970: 91).

Nach Dahl lässt sich eine Stratifizierung innerhalb politischer Eliten feststellen, insofern in der Frage von Legitimation und Partizipation zwischen sogenannten *Leaders* und *Sub-Leaders* zu unterscheiden ist. Letztere setzen sich aus hochgradig spezialisierten ExpertInnen zusammen, welche die täglichen Abläufe des politischen Geschäfts regeln (vgl. Dahl 1961 vgl. n. Blondel/Müller-Rommel 2007: 821). Eine ähnliche Definition lässt sich bei Wesolowski finden, der Elite anhand ihrer Aktivitäten unterscheidet:

„[T]he elite consists of those who participate in drawing up political programmes, either by proposing some positive measures or by opposing others for the sake of the *status quo* [Hervorheb. i. O.]“ (Wesolowski 1965: 23)

Zusammenfassend lässt sich die konzeptionelle Unterscheidung der politischen Elite als Teilelement respektive als horizontale Abstufung der politischen Klasse nachvollziehen. Innerhalb der politischen Elite lässt sich wiederum mit Hilfe der Kategorie einer innerlich vertikal gegliederten Machtelite eine weitere Eingrenzung der AkteurInnengruppe definieren (vgl. Bottomore 1964 vgl. n. Harasymiw 1984: 10f). Eine mögliche Operationalisierung des Konzepts der politischen Elite im Rahmen eines Vergleichs politischer Regime lässt sich anhand folgender Fragestellungen erläutern: Inwiefern sind politischen Eliten im Rahmen des jeweiligen politischen Systems von anderen Eliten wie etwa Wirtschafts- und Gesellschaftseliten unterscheidbar und in höhere und niedrigere Positionssphären intern stratifiziert? Nach welchen Kriterien werden politische Eliten rekrutiert und variieren Funktions- respektive Amtsdauer von politischen Eliten im Rahmen des jeweiligen politischen Systems (vgl. Blondel/Müller-Rommel 2007: 822).

2.4. Positionsmethode

Wie im vorangegangenen Kapitel gezeigt wurde, ist eine Definition von Elite vom jeweiligen Forschungsinteresse sowie der Fragestellung abhängig. Die Operationalisierung von Elitetheorien bemisst sich daher an der Begriffsarbeit, welche mit der Herausforderung einhergeht, die Frage der Akteursdefinition (Wer ist Elite?) mit der Frage der Handlung (Was tut Elite?) nicht zu verwechseln.

Grundannahmen

Neben den bereits erläuterten Annahmen von Mills bezüglich der Bedeutung von Positionen im Rahmen von politischen Institutionen, ist auch der frühere Ansatz von

Robert Michels hervorzugehen, der die Entstehung von Eliten auf die Notwendigkeit von Führungskräften und ExpertInnen für große Organisationen zurückführt, um effiziente Abläufe zu ermöglichen. Ein Merkmal von Eliten, die Michels als „Oligarchen“ bezeichnet, ist die Eigenschaft Kontrollfunktionen, Informationen und Ansehen zu akumulieren (vgl. Michels 1915/1962 vgl. n. Higley 2008). Im Zusammenhang damit steht die Annahme von politischer Herrschaft, begriffen als Macht in Form dauerhafter institutionalisierter Ordnung und der „Verfügung über Positionen mit geregelter Entscheidungsbefugnis“. (Rohe 1994: 65 zit. n. Kaina 2009: 390)

In der empirischen Elitenforschung wird zwischen der Reputations-, der Entscheidungs- und der Positionsmethode unterschieden, wobei jeder Ansatz unterschiedliche Aspekte von (politischer) Macht zu messen versucht (vgl. Hoffmann-Lange 1989: 51f).

Im Rahmen der empirischen Forschung werden dabei folgende Aspekte untersucht: Die Rekrutierung von Eliten und damit die soziale Herkunft und Karrieremuster, sowie das Konsens- und Konfliktpotential von Eliten, welches sich bei aktuellen gesellschaftspolitischen Themen an deren Weretorientierungen und Einstellungen ablesen lässt (vgl. Hoffmann-Lange 2004: 239).

Der Positionsansatz geht von der Grundannahme aus, dass Macht in komplexen Gesellschaften auf Ressourcen beruht, welche mit formalen Positionen im Rahmen politischer Institutionen durch Autorität verbunden sind. Unter Elite werden jene AkteurInnen begriffen, die eben diese Positionen einnehmen, weshalb es sich hierbei um einen pragmatischen Forschungszugang handelt, welcher vor allem auf der Ebene von Nationalstaaten angewendet wird. Dieser Ansatz definiert politische Elite über die Fähigkeit von AkteurInnen organisatorische Machtressourcen zu kontrollieren (vgl. Hoffmann-Lange 1989: 53). In weiterer Folge wird gemessen, wie diese organisatorischen Machtressourcen in politischen Einfluss umgewandelt werden. Hierbei sind bei den Entscheidungsprozessen zwei Formen zu unterscheiden: Während innerhalb von Organisationen und Institutionen führende AkteurInnen mittels ihrer formalen Autorität über festgelegte hierarchische Beziehungen Entscheidungen durchsetzen, ist es eine solche eindeutig hierarchisierte Beziehung zwischen einzelnen Organisationen und Institutionen etwa im politischen Entscheidungsfindungsprozess nicht von vornherein festgelegt. Eine Schwäche dieses Ansatzes bildet die Schwierigkeit des Vergleichs interorganisatorischer Machtverhältnisse von EliteakteurInnen, da diese unter Umständen von formalisierten institutionellen Prozessen abweichen können (vgl. ebd. 54f).

Methodische Relevanz

Elitetheorien und empirische Konzepte wie die Positionsmethode lassen sich vor allem unter den Bedingungen stabiler politischer Verhältnisse anwenden, um Strukturmerkmale

politischer Willensbildungsprozesse, das heißt Muster von Konflikt und Konsens kollektiver AkteurInnen darstellen zu können. Diesen Überlegungen liegt die Annahme zu Grunde, dass „[d]ie Bindung des Elitestatus an eine eindeutig bestimmbare organisatorische Basis“ (Hoffmann-Lange 2004: 262) die notwendige Voraussetzung des Elitekonzepts und dessen Anwendbarkeit darstellt (vgl. ebd. 262). Dieser Aspekt lässt sich wie folgt zusammenfassen:

„Thus before analyzing the individuals who make up the elite, one has to identify the ‚strategic positions‘ and critical organization from which the elite exercise their power.“ (Rutland 2018: 277)

Ausgehend von Robert Michels' Erkenntnissen liegt jeder Art von Organisation eine Form von Arbeitsteilung zu Grunde, wonach es bestimmte Personen in Führungspositionen gibt. (vgl. Bondel/Müller-Rommel 2007: 820). Konkret bedeutet dies für die vorliegende Analyse, dass in einem ersten Schritt das institutionelle Setting des jeweiligen politischen Systems erfasst wird und in weiterer Folge die damit in Verbindung stehenden AkteurInnen, sowie deren Allianzen. In diesem Zusammenhang besteht die Herausforderung in der Festlegung einer Fallzahl, da die Abgrenzung einer Elite gegenüber anderen Gruppen von AkteurInnen in manchen Fällen nicht eindeutig feststellbar ist und im Wesentlichen von den vorhandenen Forschungsmitteln abhängt. Anknüpfend an die Erfahrungen von Ursula Hoffman-Lange ist daher auch für die vorliegenden Ausführungen festzuhalten, „dass man aus geringeren Fallzahlen nicht notwendigerweise schließen kann, dass die beteiligten Forscher der Meinung waren, nur die in ihrer Studie einbezogenen Positionsinhaber zählten wirklich zur gesellschaftlichen Elite.“ (Hoffmann-Lange 2004: 243)

Bei der Anwendung der Positionsmethode wird in der Regel von einem Elitepluralismus ausgegangen, wie dieser in modernen demokratischen Gesellschaften anzutreffen ist. Dahingehend werden Eliten identifiziert durch a.) den Elitestatus einer Person, welcher mit der Einnahme gesellschaftlicher Führungspositionen verbunden ist, welche potenziell politischen Einfluss ermöglichen; sowie b.) über die Ermittlung dieses politischen Einflusses, welcher an formale Kompetenzen gebunden ist und sowohl bereichs- wie auch themenspezifisch differenziert ist. Der Fokus des Positionsansatzes liegt dabei, im Gegensatz zum theoretischen Konzept der Machtelite, auf vertikalen wie auch horizontalen Interessenskonflikten, die das Ergebnis der gesellschaftlichen Differenzierung und der damit verbundenen Elitegruppen sind (vgl. ebd. 246).

Der Positionsansatz ist die in der Eliteforschung am häufigsten genutzte Vorgehensweise, dessen Anwendung einem dreigliedrigen Schema folgt. In einem ersten Schritt werden für eine Gesellschaft jeweils als relevant geltende Sektoren (Verwaltung, Wirtschaft, Medien,

Wissenschaft usw.) festgelegt. Zweitens erfolgt die Bestimmung der im jeweiligen Gesellschaftsbereich einflussreichen Organisationen und Institutionen. Abschließend werden Personen in Führungspositionen dieser Institutionen eruiert. Der Vorteil dieser Methode liegt dabei vor allem auf der hohen Reliabilität hinsichtlich der Frage, welche Institutionen als die wichtigsten eingestuft werden. Ein wesentlicher Nachteil dabei ist, wie bereits erwähnt, die Abgrenzung der Elitegruppen nach horizontalen und vertikalen Kriterien, da der Positionsansatz keine theoretischen Grundannahmen dahingehend formuliert (vgl. Kaina 2009: 395f).

Da die vorliegende Analyse auf die Erhebung von empirischen Primärdaten verzichtet, wird der Versuch unternommen die in der Literatur identifizierten AkteurInnen der politischen Eliten der Sowjetunion und der Russischen Föderation an der Positionsmethode zu messen. Anhand der vorhandenen Erklärungsmodelle soll festgestellt werden, welche AkteurInnengruppen politischer Eliten in Toppositionen ermittelt werden können, ob der formale Aspekt ihrer Position mit ihrer tatsächlichen Fähigkeit politischer Machtausübung übereinstimmt und welche Konsens- und Konfliktmuster sich im Rahmen der institutionellen Konfiguration des jeweiligen politischen Systems dadurch erkennen lassen. Diese Vorgehensweise bietet die Möglichkeit konkrete Personen und Gruppen in Elitepositionen zu benennen und mit Hilfe der Einbeziehung der theoretischen Annahmen ihre Rolle zu reflektieren, welche sie im Rahmen des jeweiligen politischen Systems einnehmen.

2.5. Eliten in der Transformationsforschung

Akteurszentrierte Ansätze wie sie in der Elitenforschung ihre Entsprechung finden, bilden das zentrale Analyseinstrument im Forschungskonzept der „Transition to Democracy“ respektive Transitologie und damit in weiterer Folge in der Transformationsforschung. Eine zentrale Grundannahme bildet hierbei die Erklärung der Transformation von einem Regimetypus zum anderen durch die Struktur und das Verhalten von Eliten (vgl. Lane 2011: 36; vgl. Segert 2013: 151).¹¹

Das Hauptaugenmerk der Transitologie liegt auf dem Übergang von autoritären Systemen zur Demokratie und geht zurück auf die Beobachtungen US-amerikanischer PolitikwissenschaftlerInnen im Zuge der sich in den 1970er Jahren in Lateinamerika und

¹¹ Zur Erforschung von Wandlungsprozessen in der Politik verweist Colin Hay auf die Grenzen strukturbasierter Betrachtung: „Change is complex, often unpredictable and invariably the result of a multiplicity of factors. Consequently, it is easier to assume that political structures, institutions, codes, conventions and norms exhibit some regularity over time than it is to describe, and explain their transformation over time.“ (Hay 2002: 136)

Südosteuropa vollziehenden politischen Systemwechsel¹². Entwickelt wurde dieses Erklärungsmodell als Kritik am Paradigma der Modernisierungstheorie, insofern zwar statistische Relationen wie wirtschaftliche Entwicklung und Fortschritt sowie Bildung nachgewiesen wurden, letztlich aber keine Kausalität mit Veränderungsprozessen im jeweiligen politischen System festzustellen war. Das „Transition to Democracy“-Theorem fordert dahingehend eine Erklärung des politischen Wandels aus rein politischen Faktoren heraus. Die analytische Vorgehensweise ist demnach situationsbezogen und erfolgt induktiv. Am Beispiel der Studie von Dankwart Rustow über die Institutionalisierung der Demokratie in Schweden und der Türkei werden einige Voraussetzungen für den erfolgreichen Systemwechsel genannt, welche unmittelbar Implikationen für die Definition von politischen Eliten haben. Als eine Voraussetzung für erfolgreiche Demokratisierung nennt Rustow die nationale Einheit einer Gesellschaft hinsichtlich der Zugehörigkeit der Mehrheit der BürgerInnen zur politischen Gemeinschaft. Eine weitere Voraussetzung stellt die Pattstellung zwischen zwei oder mehreren annähernd gleich starken politischen Kräften respektive Gruppen von AkteurInnen dar (vgl. Rustow 1970 vgl. n. Segert 2013: 151ff).

In diesem Zusammenhang bildet der Konflikt von HardlinerInnen und ReformierInnen innerhalb der herrschenden Elite, sowie zwischen gemäßigten und radikalen politischen Kräften innerhalb der Opposition, eine wesentliche Rolle für die Dynamik beim Zerfall respektive dem Übergang von einem politischen System zu einem anderen (vgl. O'Donnell/Schmitter 1986 u. Przeworski 1991 vgl. n. Hoffmann-Lange 2004: 253). Diesen Annahmen folgend, geht die Forschung von einer chronologischen Entwicklung im Demokratisierungsprozess einzelner Länder aus, welche mit einer Phase der Öffnung respektive Liberalisierung und der damit zusammenhängenden Differenzierung der Eliten nach dem genannten Schema beginnt (vgl. Carothers 2002: 7).

Nach Dafürhalten des Verfassers ist die Verfügung über die in bestimmten, institutionellen Positionen manifestierten Machtmittel eine wesentliche Voraussetzung für die Richtung von Transformationsprozessen. Im Hinblick auf die Kräfteverhältnisse der am Systemwechsel beteiligten AkteurInnen ist dabei auf die Bedeutung von *Elitepakten* hinzuweisen, da diese nur dann von Dauer sind, wenn die beteiligten AkteurInnen die Stärke des jeweils anderen Interessenslagers nicht einschätzen können (vgl. Przeworski

¹² In diesem Zusammenhang ist auf die Ausführungen von Samuel Huntington (1991) zu verweisen, der die Entwicklung von Demokratie als wellenförmigen Prozess beschreibt, welcher jedoch am Ende einer bestimmten zeitlichen Periode ebenso wieder rückläufig sein kann und daher demokratiepolitische Errungenschaften in einzelnen Ländern auch wieder rückgängig gemacht werden können (vgl. Diamond 1996: 20f).

1991: 87 vgl. n. Hoffmann-Lange 2004: 253). Ursula Hoffmann-Lange stellt in diesem Zusammenhang fest:

„Das Verhalten von Eliten ist in der Phase des Übergangs zur Demokratie vor allem deshalb bedeutungsvoll, als sie diejenigen sind, die die Demokratisierung einleiten, neue politische Institutionen schaffen und diese Institutionen später mit Leben erfüllen müssen.“ (Hoffmann-Lange 2004: 248)

Die dritte Voraussetzung für den Erfolg von Demokratisierungsprozessen bildet die Respektierung der unterschiedlichen Interessen und die damit verbundene Institutionalisierung eines demokratischen Prozederes, im Rahmen dessen ein Wettbewerb um die Regierungsmacht mit ungewissem Ausgang abgehalten wird. Es wird von der Prämisse einer Übereinkunft der Eliten ausgegangen, im Zuge derer die Spielregeln von Interessenfindungsprozessen und deren Durchsetzung abgestimmt werden. In diesem Zusammenhang ist abschließend die von Rustow genannte vierte Phase der Gewöhnung und damit der Akzeptanz der gefundenen Kompromisse seitens der Eliten sowie der Bevölkerung zu nennen (vgl. Rustow 1970 vgl. n. Segert 2013: 153).

Der Zerfall des Staatssozialismus in der Sowjetunion und den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas markiert in der Transitologie die sogenannte „Dritte Welle der Demokratisierung“, wodurch gleichzeitig eine Universalisierung des Modells der Demokratie nach dem Vorbild westlicher Staaten in der Politikwissenschaft stattgefunden hat. Den Annahmen des Transitions-Paradigmas folgend, lassen sich Länder, die von einem diktatorischen Modell abkommen als Transformationsländer begreifen, insofern sich diese quasi auf natürliche Weise zu einem demokratischen System hin entwickeln (vgl. Carothers 2002: 6f). Für die Transitionsschule der Elitenforschung unterscheidet David Lane zwei Haupthypothesen. Einerseits wird davon ausgegangen, dass Eliten den sozialen und wirtschaftlichen Wandel „anführen“ und andererseits, dass demokratische Stabilität als Schlüsselement eines erfolgreichen Systemwechsels das Resultat aus einem Elitenpakt respektive einer Elitenübereinkunft ist (vgl. Lane 2011: 25).

Die Transitionsforschung sieht Eliten als die zentralen AkteurlInnen und damit die unabhängige Variable, die für die Stabilität oder Instabilität politischer Regime ausschlaggebend sind. Bei dieser Annahme handelt es sich um einen Paradigmenwechsel in der Elitenforschung, insofern die politische Führung die wesentliche Analysekomponente darstellt. Als Ziel dieser angenommenen Elitenstabilität galt dabei die Herausbildung demokratischer Systeme nach westlichem Vorbild. Die Dynamik eines politischen Systemwechsels wurde als ein von Eliten initiiertes Top-Down-Prozess verstanden. Insofern handelt es sich bei der Elitetheorie im Rahmen der Transitologie um ein normatives Konzept, welches einen Geltungsanspruch in der

Interpretation des politischen Wandels staatssozialistischer Systeme postuliert (vgl. ebd. 3ff).

Während die klassischen VertreterInnen der Elitentheorien von einer Diskrepanz der Interessen von EliteakteurInnen und der Bevölkerung ausgehen, arbeitet die Transitologie mit dem positivistischen Modell des *Rational Choice*, wobei von einem Positivsummenspiel ausgegangen wird, bei dem AkteurInnen kooperieren. In diesem Zusammenhang wird in der Transitologie die Bedeutung von verfassungsrechtlich verankerten und institutionellen Regelwerken hervorgehoben. Demgegenüber verweist die Elitentheorie auf die widersprüchlichen Interessenlagen von EliteakteurInnen und die daraus resultierende Herausforderung, ein dauerhaftes institutionelles Setting hervorzubringen, um einen Konsens der AkteurInnen erhalten zu können. Rutland streicht in diesem Zusammenhang erneut die Bedeutung von politischen Führungspersonen hervor, die für das Zustandekommen eines solchen Konsens wesentlich sind (vgl. Field/Higley 1980 vgl. n. Rutland 2018: 276).

Elitentypologie

Die politischen Analysen des Transformationsprozesses in Osteuropa verweisen auf die ausschlaggebende Rolle der nationalen Eliten in den jeweiligen Ländern und der sich ändernden Beziehungen zwischen den einzelnen EliteakteurInnen. Das Verhalten von Eliten in Abhängigkeit von ihrer Struktur, ihrer politischen Orientierung und Werte, sowie der Art und Weise ihres Führungsstils bilden dabei die entscheidenden Komponenten für die Erklärung der Ergebnisse des Transformationsprozesses. Für die ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion, insbesondere für Russland, wird aus dieser theoretischen Sichtweise eine neuerliche Rückkehr zu einem autoritären Führungsstil konstatiert, welcher sich maßgeblich unter der Präsidentschaft von Wladimir Putin vollzogen hat (vgl. Lane 2011: 6).

Die zwischen den einzelnen Nationalstaaten variierenden Muster der Politikgestaltung werden mit unterschiedlichen Typen politischer Eliten assoziiert, die sich im Falle eines Elitewandels entsprechend verändern. Burton und Higley definieren Eliten dabei als jene Menschen, welche die Spitzenpositionen in großen und mächtigen Organisationen innehaben und die unmittelbar auf die Entscheidungsprozesse auf nationaler Ebene einwirken. Konkret handelt es sich um FunktionärInnen von hierarchisch strukturierten Organisationen, sozialpolitischen Bewegungen und Interessensgruppen (vgl. Burton/Higley 2001: 181f).

Als ein wesentlicher Vertreter der Eliteforschung beschäftigt sich John Higley im Rahmen der Transformationsforschung mit der Rolle von Eliten für die Stabilität politischer Regime. Dahingehend wird die Annahme vertreten, dass liberale Demokratien das Vorhandensein

konsensueller Eliten voraussetzen. Die Grundlage hierfür bildet die Regelung von Interessenskonflikten im Rahmen demokratisch-repräsentativer Institutionen, was letztlich von der Einsicht der Eliten abhängt, sich an die demokratischen Spielregeln zu halten (vgl. Hoffmann-Lange 2004: 244, 249).

Bei „politischen Eliten“ handelt es sich zunächst um eine elastische Kategorie, unter welcher langjährige politische Führungskräfte verstanden werden, die maßgeblich den größtmöglichen Einfluss im jeweiligen gesellschaftlichen Teilbereich, etwa in der politischen Verwaltung, beim Militär, oder in den Medien ausüben (vgl. Higley/Burton 2006: 6f).

Den meisten Elitetypologien ist gemeinsam, dass sie politische Eliten nach dem Grad ihrer inneren *Differenzierung* und *Integration* unterscheiden. Unter Integration werden die internen Beziehungen von Eliten verstanden, wobei hier nach dem inneren Zusammenhang und dem Grad ihrer Einheit gefragt wird. Differenzierung bezieht sich demgegenüber auf den Prozess der organisatorischen und funktionalistischen Spezialisierung und der sozialen Heterogenisierung. Bei der Frage der Integration besteht die terminologische Problematik von „Zusammenhang“ (*cohesion*), welche mit dem Begriff „Einheit“ (*unity*) im Sinne eines systematischen Ganzen besser gelöst ist. Hiervon kann nämlich mit dem gegenteiligen Begriff der „Uneinigkeit“ (*disunity*) eine erste Kategorie in einer Typologisierung gebildet werden. Bei einer *geeinten* politischen Elite liegen gemeinsame Übereinstimmungen, Verhaltensmuster, sowie abgestimmte Handlungen in der Politik vor, während bei einer *uneinigen* politischen Elite dies, sowie eine grundsätzliche Einigkeit bei politischen Materien und dem gemeinsamen Umgang, nicht vorliegt (vgl. Burton/Higley 2001: 183ff).

Eine *ausgedehnte Integration* liegt vor, wenn formelle und informelle Akteurlnennetzwerke vorhanden sind, die einen Zusammenhalt von Eliten ermöglichen und ihnen Zugang zu den EntscheidungsträgerInnen gewährleisten, sowie eine grundsätzliche Einigkeit über den politischen Wettbewerb und die Prozesse der Politikgestaltung voraussetzen. Eine *ausgedehnte Differenzierung* liegt wiederum vor, wenn Eliten auf unterschiedliche Art und Weise organisiert sind, funktionell spezialisiert und relativ autonom voneinander und vom Staat sind. Burton und Higley unterscheiden hierbei vier Subtypen (vgl. ebd. 187ff):

Subtypus 1: Starke Integration plus weitläufige Differenzierung (Konsensuelle Elite): Eliten haben stark verschränkte Netzwerke mit Zugang zu EntscheidungsträgerInnen; jede Elite ist grundlegende autonom; ein Grundkonsens über politische Regeln und Verhaltensmuster, sowie gegenseitige Anerkennung ist gegeben; die Integration erfolgt auf freiwilliger Basis. Diese Konstellation bringt ein *repräsentatives und stabiles* Regime hervor (vgl. ebd. 187ff).

Subtypus 2: Starke Integration plus enge Differenzierung (Ideokratische Elite): Eliten gehören zu einer einzigen, stark zentralisierten Partei oder Bewegung, die den Staat kontrolliert; es handelt sich um eine autoritär und hierarchisch gegliederte Elite; Eliten müssen sich (vor der Öffentlichkeit) der herrschenden Ideologie unterordnen; es gibt wenig Raum für organisatorische und funktionale Spezialisierung und Autonomie der einzelnen Teileliten. In diesem Fall liegt ein unrepräsentatives, jedoch stabiles politisches Regime vor (vgl. Burton/Higley 2001: 187ff).

In politischen Systemen, in welchen sich eine politische Elite im Rahmen eines Einparteiensystems entwickelt hat, ist die politische Elite in der Regel vereinigt. Ein Beispiel hierfür sind kommunistische respektive staatssozialistische Systeme. In Fällen wie der Sowjetunion obliegt der kommunistischen Partei die politische Kontrolle, wobei die Parteiführung die AkteurInnenzugehörigkeit in Institutionen der Legislative, Exekutive und Vertretungspositionen auf regionaler und lokaler Ebene bestimmt (vgl. n. Blondel/Müller-Rommel 2007: 824f).

Subtypus 3: Schwache Integration plus weitläufige Differenzierung (Fragmentierte Elite): Eliten gliedern sich nach einer Vielzahl an konkurrierenden funktionellen Domänen; Netzwerke der Kommunikation und des Zuganges zu Entscheidungspositionen sind nicht verschränkt; ein Grundkonsens über politische Regeln und Verhaltensmuster existiert nicht, ebensowenig wie eine Hierarchie innerhalb der Eliten; der starke Pluralismus verhindert die Herrschaft respektive Dominanz einer Elitegruppe über die andere. Dieser Typus bringt ein repräsentatives, jedoch instabiles Regime hervor (vgl. ebd. 187ff).

Subtypus 4: Schwache Integration plus enge Differenzierung (Zersplitterte Elite): Eliten sind in zwei oder mehr gut organisierten Einheiten zentralisiert, die untereinander konkurrieren und deren funktionale Spezialisierung eingeschränkt ist; vereinzelte Netzwerke überbrücken diese Interessenblöcke nicht, wobei Machtkämpfe oft gewaltsam ausgetragen werden. In diesem Fall liegt ein unrepräsentatives, sowie instabiles Regime vor (vgl. ebd. 187ff).

Den Annahmen der Transitionsforschung folgend, tritt nach einer Phase der innenpolitischen Öffnung der Zusammenbruch eines autoritären Regimes ein, woraufhin die Etablierung von Wahlen, sowie der damit verbundenen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Rechte folgt (vgl. Carothers 2002: 7). Das Konzept der Eliteübereinkünfte (*elite settlements*) geht davon aus, dass die Funktionsfähigkeit von Demokratien von der Bereitschaft der Eliten abhängt, sich selbst an die demokratischen Regeln des politischen Systems zu halten. Die Voraussetzung hierfür sind Eliteübereinkünfte, die das Prinzip der Organisationsfreiheit all jener kollektiven AkteurInnen respektieren, welche über eine hinreichend gesellschaftliche Unterstützung verfügen und die ihre Interessen im Rahmen des politischen Willensbildungsprozesses

zur Geltung bringen. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass Eliteübereinkünfte eine politische Konsolidierung in Ländern ermöglichen, in denen demokratische Traditionen nur schwach ausgeprägt sind (vgl. Hoffmann-Lange 2004: 251).

Dieser stark normative Ansatz der *elite settlements* lässt empirische Belege vermissen, da eine Kausalität nicht nachgewiesen werden konnte, inwiefern solche Übereinkünfte der Entstehung stabiler Demokratien vorangehen. Ebenso werden hierbei die politischen Voraussetzungen und sozioökonomischen Faktoren als Interessenskonflikte zwischen Eliten ausgeblendet (vgl. Cammack 1990: 417ff vgl. n. Hoffmann-Lange 2004: 254; vgl. Lane 2011: 7).

Ein ähnliches Konzept bildet jenes der Elitepakete (*elite pacts*) welches ebenfalls von Übereinkünften der EliteakteurInnen ausgeht, die aber letztlich nicht zwangsläufig einer öffentlichen Legitimation bedürfen. Dabei wird von ausgewählten AkteurInnen ausgegangen, die damit befasst sind die Regeln des Regierens und die Ausübung politischer Macht in dem Maße zu gestalten, damit die Interessen der am Bestehen des Pakts beteiligten Gruppen gewahrt bleiben (vgl. O'Donnell/Schmitter 1986: 37 vgl. n. Hoffmann-Lange 2004: 252). Darauf bezogen skizziert Juan Linz ein solches Verhältnis anhand von autoritären Regimen, bei welchen ein Machtwechsel an der Spitze der Elite nicht zwangsläufig mit einer personellen Neuaufstellung der AkteurInnen einhergehen muss, sondern eine Versetzung in zweitrangige Positionen, Ehrenpositionen oder der vollständige Rückzug aus der Politik gewährleistet werden (vgl. Linz 2011: 68).

Es handelt sich um einen ausgehandelten Kompromiss der letztlich auf den kleinsten gemeinsamen politischen Nenner zielt und damit ein gegenseitiges Existenzrecht und Gewaltfreiheit garantieren soll. Laut Linz/Stepan (1996) sind Elitepakete in autoritären und post-totalitären Regimen möglich, insofern zumindest schwach ausgeprägte zivilgesellschaftliche Organisationen wie Parteien und Verbände vorhanden sind. Im Gegensatz zum Konzept der Eliteübereinkunft sind Elitepakete keine zwingende Voraussetzung für Demokratisierungsprozesse und auch nicht notwendigerweise demokratisch in ihrem Zustandekommen. Sie sind mit dem Ausschluss gesellschaftlicher Kräfte verbunden und können von zeitlich beschränkter Dauer sein. Im Unterschied zu Eliteübereinkünften können Elitepakete partiell und selektiv sein und daher auch seitens der beteiligten AkteurInnen leichter in Frage gestellt werden (vgl. Hoffmann-Lange 2004: 252f).

Als eine mögliche Systematisierung der Erkenntnisse über die Bedeutung von politischen Eliten für die Stabilität von Regimen werden in der vorliegenden Ausführungen zwei unterschiedliche politische Systeme in ein- und demselben Länderkontext, jedoch in unterschiedlichen Zeiträumen erörtert. Dabei handelt es sich um die Sowjetunion und die Russische Föderation und damit um zwei politische Systeme vor und nach dem

Systemwechsel. Im Zusammenhang mit der Kritik am Transitionsansatz, wie sie von Thomas Carothers (2002) vorgebracht wurde, soll die Schlussfolgerung von Cammack (1990) vertieft werden, wonach die Kausalität von Eliteübereinkünften als Voraussetzung für stabile Demokratien in Frage gestellt wird.

Diese Kritik an der in der Transitologie begründeten Kausalität findet ihre Entsprechung in der Argumentation von Vladimir Gel'man. Gel'man unterscheidet Elitepakete, ob diese im Zuge des Systemwechsel oder erst zeitlich danach zustande kommen. Während Erstere nach dem Modell von O'Donnell und Schmitter ein autoritäres Regime durch die Einsetzung neuer politischer Institutionen und die Möglichkeit für politischen Wettbewerb ablösen, dienen Letztere in erster Linie zur Absicherung und Teilung von politischen Machtbefugnissen unter den Vorzeichen geänderter Rahmenbedingungen. Dahingehend kommen die genannten, für eine demokratische Entwicklung negativen Aspekte von Elitepaketen im Anschluss an einen erfolgten Systemwechsel zu tragen, insofern diese meistens informell sind und einen Teil der politischen BewerberInnen von vornherein ausschließen (vgl. Gel'man/Tarusina 2000: 323).

2.4. Operationalisierung: Politische Elite

Wie in den vorangegangenen Ausführungen ersichtlich wurde, handelt es sich bei der politischen Elite um einen mit zahlreichen Konzepten verbundenen Begriff. Für die Umsetzung der Vielschichtigkeit dieses Ansatzes, sollen im Folgenden noch einmal die wesentlichen Aussagen zusammengefasst werden. Dabei ist zu betonen, dass diese spezifische Definition dem Untersuchungsgegenstand angepasst ist, insofern sie sowohl die Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten im Vergleich von zwei Zeitperioden mit jeweils unterschiedlichen politischen Systemen nachvollziehbar machen soll.

Aus der theoretischen Debatte über Eliten lässt sich die politische Elite als *funktionell differenzierter und vertikal gegliederter Teil der politischen Klasse* definieren. Die politische Klasse wird dabei als Summe sämtlicher AkteurInnen respektive Einzelpersonen erfasst, die an Entscheidungsfindungs- und Umsetzungsprozessen innerhalb politischer Institutionen beteiligt sind. Demgegenüber zeichnet sich die politische Elite als jener Teil dieser Gesamtheit aus, welcher nach Mills Theorie der *Power Elite* jene Machthabenden eines politischen Apparates beschreibt, die sanktionierende Beschlüsse fällen können und daher über organisatorische Machtressourcen verfügen (vgl. Bachrach 1970; Blondel/Müller-Rommel 2007; Harasymiw 1984; Hoffmann-Lange 2004).

Die konkrete Erfassung der AkteurInnen der politischen Elite lässt sich im Anschluss an Hoffmann-Lange (1989, 2004) durch den Positionsansatz eruieren. Dem geht eine Analyse der organisatorischen Einheiten voraus, wie sie in den politischen Systemen in

Form von Institutionen anzutreffen sind. Um die Relevanz dieser Institutionen und der mit ihnen verbundenen AkteurInnen in Machtpositionen zu erfassen, bedarf es des Rückgriffs auf die Überlegungen der Regime-Typologie, wie sie in der vergleichenden Politikwissenschaft anzutreffen ist. Da es sich bei dem vorliegenden Vergleich der Sowjetunion und der Russischen Föderation um zwei unterschiedliche Regime-Typen in unterschiedlichen Zeitperioden handelt, sind für den anzustrebenden Vergleich die Erkenntnisse der Transformationsforschung essenziell. Den Annahmen des Positionsansatzes folgend, lassen sich nach Burton/Higley (2001) unterschiedliche Typen von politischen Eliten identifizieren, die je nach ihrer sozialen Zusammensetzung und dem Grad ihrer Einigkeit für die Entwicklung des jeweiligen Regime-Typus ausschlaggebend sind.

3. Autoritäre und hybride Regime

In den folgenden Ausführungen wird auf die konzeptionelle Unterscheidung von Typen politischer Systeme eingegangen. Im Vordergrund steht dabei die begriffliche Abgrenzung totalitärer, autokratischer und demokratischer Systemen, sowie die theoretische Grundlage dieser Typologie im Kontext der Transformationsforschung. Im zweiten Abschnitt des vorliegenden Kapitels wird auf eine kritische Lesart der Typologie eingegangen, wodurch die Herausforderung einer eindeutigen Abgrenzung von politischen Systemen verdeutlicht werden soll.

3.1. Typologien politischer Systeme

Wie in den vorangegangenen Ausführungen ersichtlich wurde, ist die Entwicklung eines demokratischen politischen Systems die abhängige Variable, während Eliten die unabhängige Variable im Rahmen der Transitionologie darstellen (vgl. Lane 2011: 26). Die Positionsmethode der empirischen Elitenforschung beschreibt dahingehend das Konzept des „Elitenpluralismus“. Dabei wird davon ausgegangen, dass aus der vorherrschenden Arbeitsteilung moderner demokratischer Gesellschaften und der damit verbundenen Autonomie gesellschaftlicher Sektoren eine pluralistische Elitestruktur resultiert. In diesem Zusammenhang wird die Vorstellung einer einheitlichen Machtelite ausgeschlossen (vgl. Hoffmann-Lange 2004: 246).

Nach Wolfgang Merkel lassen sich bei demokratischen Systemen zwei Subtypen unterscheiden. Diese sind einerseits *Embedded Democracy* und andererseits *defekte Demokratie* (vgl. Merkel 2010: 25). Das Modell der „eingebetteten Demokratie“ geht von der Annahme aus, dass stabile rechtsstaatliche Demokratien sowohl intern durch unterschiedliche Teilregime (Wahlen, politische Freiheiten, bürgerliche Rechte, horizontale Verantwortlichkeit, effektive Regierungsgewalt), sowie extern durch unterstützende Bedingungen (internationale/regionale Integration, Zivilgesellschaft und ökonomische Voraussetzungen/soziale Gerechtigkeit) ermöglicht werden (vgl. ebd. 30f). In defekten Demokratien sind wiederum einzelne Teile der eingangs erwähnten Herrschaftskriterien beschädigt, jedoch nicht in einem Umfang, als dass von einem autokratischen Regime – als übergeordnete Bezeichnung für autoritäre und totalitäre Regime – gesprochen werden kann (vgl. ebd. 23).

Bei Merkel bilden totalitäre und autoritäre Regime nach Hans Kelsen Subtypen von Autokratie (vgl. Kelsen 1925: 320ff vgl. n. Merkel 2010: 23f). Grundsätzlich sind Autokratien dadurch gekennzeichnet, dass die politischen Entscheidungsergebnisse weniger offen sind, als dies in demokratischen Systemen der Fall ist und die Entscheidungsregeln selten von vornherein festgelegt sind (vgl. Merkel 2010: 40). Diese

lassen sich nach den sechs Prinzipien politischer Herrschaft wie folgt charakterisieren (vgl. ebd. 23 u. vgl. Linz 2011: 19f):

	Totalitäre Regime	Autoritäre Regime
<i>Herrschafts-legitimation</i>	Weltanschauung	Mentalitäten ¹³
<i>Herrschafts-zugang</i>	geschlossen; ggf. akklamatorische Plebiszite anstelle eines allgemeinen Wahlrechts	Restriktiv; ggf. Wahlrecht vorhanden, jedoch nicht frei und fair
<i>Herrschafts-anspruch</i>	unbegrenzt („total“)	umfangreich
<i>Herrschafts-monopol</i>	Führer und/oder Partei; nicht demokratisch legitimiert	Führer und/oder „Oligarchie“; nur teilweise durch Wahlen legitimiert; persönliche Führerschaft nicht zwingend erforderlich
<i>Herrschafts-struktur</i>	monistisch	semitpluralistisch
<i>Herrschafts-weise</i>	willkürlich, systematisch, repressiv terroristisch	begrenzt und repressiv; formal ungenau

Unter Totalitarismus ist eine Ausprägung politischer Herrschaft zu verstehen, welche „die uneingeschränkte Verfügung über die Beherrschten und ihre Unterwerfung unter ein (diktatorisch vorgegebenes) politisches Ziel verlangt.“ (Schubert/Klein 2001 zit. n. Segert 2013: 61) Die Gewaltausübung des Regimes gegenüber der Gesellschaft wird dabei meistens mit dem Argument innerer und äußerer Gefahren gerechtfertigt. Als Beispiele für totalitäre Regime werden etwa der Nationalsozialismus und der Sowjetkommunismus unter der Ägide von Josef Stalin genannt. Als politisches System bildet der Totalitarismus das Gegenteil zum modernen Verfassungsstaat, sowie zum Prinzip einer offenen und pluralen Gesellschaft. In einer politikwissenschaftlichen Betrachtung wird ein totalitäres politisches System in erster Linie anhand seiner formellen institutionellen Strukturen beschrieben, wobei die Fragen von dessen Entstehung, Wandel und Funktionsweise weitgehend unergründet bleiben (vgl. Segert 2013: 61). Ein totalitäres Regime lässt sich in der Politikwissenschaft anhand folgender Merkmale charakterisieren:

¹³ Während Ideologien mehr oder weniger intellektuell verfasst und strukturiert sind, handelt es sich bei Mentalitäten um emotionale Arten des Denkens und Fühlens, die letztlich weniger kodifizierbar sind, keine utopische Anschauung darstellen und sich statt dessen mehr vergangenheits- und/oder gegenwartsbezogen sind (vgl. Geiger 1932: 77ff vgl. n. Linz 2011: 25f).

„1) Vorherrschaft einer Ideologie, die einen radikalen Endzustand der Gesellschaft verkündet (pseudoreligiöser Charakter der Ideologie); 2) Einparteienherrschaft (Parteimitgliedschaft umfasst ca. 10. Prozent der erwachsenen Bevölkerung); 3) Terroristische Geheimpolizei; 4) Nachrichtenmonopol (Kontrolle der Medien); 5) Waffenmonopol (keine Möglichkeit eines bewaffneten Widerstandes einer Opposition); 6) Zentral gelenkte Wirtschaft“ (vgl. Friedrich 1957: 19 zit. n. Segert 2013: 61)

Im Bezug auf die Elitetheorien kann ebenfalls ein entscheidender Unterschied zwischen autoritären und totalitären politischen Systemen festgestellt werden. Dem Postulat der primär auf der Ausübung und Androhung physischer Gewalt gegenüber den Regierten folgend, entspringt dem Totalitarismus-Modell eine starke Simplifizierung von politischer Macht, worauf bereits Juan Linz in seiner Studie über Spanien unter der Diktatur von Franco aufmerksam machte (vgl. Linz 2011: 19). Wie in den Erläuterungen über politische Eliten beschrieben wurde, handelt es sich hierbei um ein zentrales Element in der Feststellung über die Teilhabe an politischen Willensbildungsprozessen, wie sie für Eliten kennzeichnend sind. Ohne zu weit in eine reine Theoriedebatte abzugleiten, ist dennoch auf einige augenscheinliche Verständnisfragen hinzuweisen, die einen Vergleich unterschiedlicher Eliteformationen aufgrund unterschiedlicher Machtbefugnisse und ihrer Anwendung erlauben.

Wenn es eine politische Elite nicht schafft ihre Herrschaft autoritativ zu gestalten und damit die Umwandlung von Macht in Recht vollzieht, bleibt ihr nur das Mittel der Gewalt in Form physischer Zwangsmittel übrig. Damit sind jedoch hohe Kosten für politische Eliten verbunden, deren Legitimation bei dauerhafter Anwendung von Gewaltmitteln schrumpft (vgl. Bachrach 1970: 97). Bachrach bringt dieses Verhältnis von Autorität und Macht auf den Punkt, wenn er schreibt:

„Nach funktionaler Definition liegt ein autoritatives Verhältnis vor, wenn sowohl die Position des Entscheidungsträgers wie seine Entscheidungen in Bezug auf die Werte derer, die von den Entscheidungen betroffen sind, als legitim und vernünftig angesehen werden.“ (Ebd. 96f)

Politische Eliten in „modernen“ Diktaturen setzen sich vor allem aus jenen Gesellschaftssegmenten zusammen, welche das Regime am meisten unterstützen. Dabei handelt es sich in den meisten Fällen um Personen aus dem Militär oder aus einer vom Regime geschaffenen Partei (vgl. Blondel/Müller-Rommel 2007: 822).

In nicht-demokratischen Systemen ist die politische Elite von anderen Eliten nicht unterscheidbar. Dieser Umstand ist bei „traditionellen“ Autokratien wie beispielsweise Saudi-Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten auf die pyramidenförmige Gesellschaftsstruktur und monarchische Staatsführung zurückzuführen. Im Falle von „progressiven“ Autokratien, welche meistens aus dem Sturz einer „traditionellen“

Autokratie hervorgehen, wie dies beispielsweise bei der Sowjetunion der Fall gewesen ist, geht eine neue politische Elite häufig aus einer einzelnen Partei hervor. Diese Partei verfolgt dabei den Anspruch Politik und Gesellschaft grundlegend zu verändern. Für solche Fälle wird geschlussfolgert, dass aufgrund der überbordenden Bedeutung der politischen Elite diese von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eliten letztlich nicht unterscheidbar ist. Dieser Sachverhalt lässt sich schließlich auch bei entstehenden und schwach konsolidierten Demokratien feststellen, während Demokratien westlichen Modells die Existenz einer politischen Elite voraussetzen, deren Grundlage in der Differenzierung der politischen Institutionen, dem Bestehen eines Parlamentarismus sowie von Parteienpluralismus gesehen wird (vgl. Blondel/Müller-Rommel 2007: 824, 828).

Die politische Führung in autoritären Regimen ist formal ungenau definiert, bewegt sich jedoch in vorhersagbaren Grenzen der Ausübung politischer Herrschaft. Rekurrierend auf Max Webers Unterscheidung von rationaler, traditioneller und charismatischer Herrschaft lassen sich in autoritären Systemen grundsätzlich alle drei Formen finden, wobei das Element der charismatischen Führung für Teile der Bevölkerung mehr Bedeutung aufweist. Den einzelnen AkteurInnen innerhalb der politischen Führung wird dabei keine entscheidende Rolle zugesprochen, weswegen diese nicht zwangsläufig die Qualitäten charismatischer Führung besitzen müssen (vgl. Linz 2011: 19f, 56; vgl. Weber 1972: 124 vgl. n. Bevc 2007: 66).

Es wird davon ausgegangen, dass in „modernen“ autoritären Systemen die Eliten meistens von einer zentralen Führungsperson an der Spitze der politischen Hierarchie abhängig sind. Ein Aspekt von Diktaturen ist dabei die Herrschaftsausübung durch Angst, während die Rechte von Oppositionellen eingeschränkt sind, sowie Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit stark beschränkt oder gänzlich ausgesetzt werden. Zusätzlich findet eine didaktische Führungsfigur Unterstützung aufgrund vorangegangener Errungenschaften (z.B. erfolgreiche nationale Befreiungskämpfe), sowie seitens eines Teils der Bevölkerung, welcher sich durch die Machtergreifung eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Stellung erwartet (vgl. Blondel/Müller-Rommel 2007: 823).

Hinsichtlich der Überlegungen zur Dimension der politischen Führung von autoritären Systemen zeigen sich wie bei Blondel und Müller-Rommel (2007) die Merkmale der Totalitarismustheorie. Ausgehend von der Typologie politischer Systeme und der damit assoziierten Rolle politischer Eliten, wird nach Dafürhalten des Verfassers davon ausgegangen, dass theoretische Verallgemeinerungen die realpolitischen Prozesse und AkteurInnenkonstellation nur unzureichend erfassen können.

Dem *Democracy Score* des in den USA angesiedelten Think Tanks „Freedom House“ entsprechend, werden politische Regime nach dem Grad ihrer Konsolidierung differenziert. Bei autoritären Regimen werden dabei folgende zwei Typen unterschieden:

Semi-consolidated Authoritarian Regime (Score: 5, Beispiel: Armenien): Obwohl regelmäßig Wahlen abgehalten werden, Oppositionsparteien und -KandidatInnen zugelassen sind, stellen internationale WahlbeobachterInnen teils starke Unregelmäßigkeiten fest, die zu einer Verfälschung der Ergebnisse führen. Dabei werden staatliche Machtressourcen verwendet um Wahlergebnisse zu beeinflussen; die Übergabe der Macht zwischen den AkteurInnen erfolgt weitgehend unabhängig vom WählerInnenwillen. Politische Macht ist auf allen Ebenen in einem hohen Maße zentralisiert und die Regierung ist nicht den BürgerInnen verpflichtet. Effektive Regierungskontrolle existiert nicht. Versammlungs- und Organisationsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft sind stark eingeschränkt; Zivilgesellschaftliche Organisationen erfüllen teilweise soziale Funktionen, wobei oppositionelle Gruppen zurückgedrängt werden. Unabhängige Medien existieren, jedoch stehen sie unter starkem politischen Druck seitens der Regierung; vielen Medien, allen voran Massenmedien wie Fernsehen und Radio werden entweder unmittelbar von der Regierung oder durch regierungsnaher Kooptation kontrolliert. Eine von der Exekutive unabhängige Justiz ist nicht gewährleistet, wodurch die Einhaltung von Grund- und Menschenrechten eingeschränkt ist. Korruption ist stark verbreitet und der Eingriff des Staates in die Wirtschaft ist ausgedehnt; Antikorruptionspolitik ist politisch motiviert (vgl. Freedom House 2017).

Consolidated Authoritarian Regime (Score: 6-7, Beispiele: Russland, Belarus, Kasachstan): Wahlen dienen der Bestätigung der Autorität eines Diktators. Politische Macht ist stark zentralisiert; weder die nationale noch die lokale politische Ebene sind der Bevölkerung gegenüber verantwortlich. Die Zivilgesellschaft erlebt starke Restriktionen und Unterdrückung; eine formale Ideologie oder ein Personenkult legitimieren das Regime. Meinungs- und Pressefreiheit sind stark eingeschränkt oder nicht vorhanden; sämtliche Medien werden vom Staat oder staatsnahen AkteurInnen kontrolliert. Das Justizwesen ist der Politik untergeordnet; Menschen- und zivile Rechte werden regelmäßig verletzt. Korruption und die Einmischung des Staates in die Wirtschaft sind stark ausgedehnt; Anschuldigungen und Antikorruptionspolitik werden gegen oppositionelle AkteurInnen eingesetzt (vgl. Freedom House 2017).

Im Zusammenhang mit der Analyse der Vorbedingungen der Ergebnisse von Transformationsprozessen weisen Linz und Stepan darauf hin, dass die Dimension der organisatorischen Grundlage von Eliten notwendigerweise eine weitere Differenzierung

von autoritären Systemen nach sich zieht. Hinsichtlich des institutionellen Charakters von Eliten in autoritären Systemen wird jene der Sowjetunion als „zivile Führung“ kategorisiert (vgl. Linz/Stepan 1996: 66). Dieser Typus ist durch folgende Charakteristika definiert:

1) Das Vorhandensein größerer institutioneller und symbolischer Ressourcen, als dies bei anderen Regimetypen der Fall ist; 2) eine für das politische System dominante (kommunistische) Partei; 3) eine zivile Führung, die anders als bei militärischen Regimen einen stärkeren Bezug zur Bevölkerung aufweist; 4) nach dem erfolgten Systemwechsel hin zu demokratischen Regierungen können sich Teile der alten Elite leichter im neuen System wiederfinden, als dies bei anderen Regimen der Fall ist; 5) persönliche Nomenklatura-Netzwerke aus dem autoritären System können genutzt werden um auch nach dem erfolgten Systemwechsel Einfluss zu generieren; 6) im Falle eines Regimewechsels können Teile der alten Elite nach wie vor (hohe) staatliche Positionen halten oder aufgrund ihrer vormaligen Ressourcen höhere Positionen in privatwirtschaftlichen oder staatsnahen Unternehmen, der Verwaltung oder im Sicherheitsapparat einnehmen; 7) ehemalige AkteurInnen der Nomenklatura unterstützen das neue Regime nach dem Systemwechsel, insofern sie hierdurch ihre persönlichen Interessen gesichert sehen (vgl. ebd. 68ff).

3.2. Hybride Regime in der postsozialistischen „Grauzone“

Der Länderbericht „Nations in Transit“ von Freedom House konstatiert für die Russische Föderation ein *konsolidiertes autoritäres System*. Hierunter werden geschlossene Gesellschaften verstanden, die unter diktatorischer Führung stehen. Laut Definition werden in diesen Systemen der politische Wettbewerb und politischer Pluralismus unterbunden, wobei es zu weitreichenden Verletzungen der grundlegenden politischen Rechte kommt und Menschenrechte verletzt werden (vgl. Freedom House 2017). Während die erste Hälfte von Wladimir Putins Präsidentschaft laut Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung zumindest bis zu seiner erneuten Kandidatur 2011 noch als „stark defekte Demokratie“ eingestuft wurde, wird durchgehend seit dem Bericht von 2014 für Russland eine „moderate Autokratie“ festgestellt (vgl. Segert 2017: 272). Begründet wird diese Einstufung unter anderem mit den harten Repressionen des Staates gegen Demonstrationen im Zuge der von Manipulation überschatteten Duma-Wahlen 2011. Ebenso werden die zunehmende Einschränkung der Medien- und Informationsfreiheit, sowie die gesetzlichen Repressionen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen als Faktoren für diese Einstufung genannt (vgl. Bertelsmann Stiftung 2014: 28).

In der Debatte über die Interpretation und Zuordnung des politischen Systems Russlands nach dem Systemwechsel wird jedoch der universalistische Anspruch der Transitologie, insofern Demokratie das endgültige Ziel politischer Entwicklungen sei, in Frage gestellt.

Konkret zeigten die Ergebnisse des Transformationsprozesses für die Russische Föderation ein anderes Bild als jenes in der Theorie vorzufindende. Im Zuge dessen wurden einige Erklärungsmodelle im Hinblick auf Russland entwickelt, die sich mit der ambivalenten Natur des postsozialistischen Regimes befassen, welches abwechselnd als „semi-demokratisch“, als „hybrid“ oder „kompetitive Oligarchie“ charakterisiert wird, um nur einige Beispiele zu nennen (vgl. Gel'man/Tarusina 2000: 322).

Dieser Typus eines politischen Systems findet in der Kategorisierung von Freedom House seine Entsprechung als *Transitional Government* oder *Hybrid Regime* (Score: 4). Charakteristisch für dieses Regime ist, dass Wahlen zwar auf nationaler Ebene stattfinden, jedoch Unregelmäßigkeiten und Druck seitens der Regierung auf die Opposition einen fairen Wettbewerb unterbinden. Das Versammlungs- und Organisationsrecht ist für zivilgesellschaftliche Aktivitäten allgemein gegeben, jedoch sind diese ressourcentechnisch vermehrt auf Unterstützung aus dem Ausland angewiesen, wobei einzelne Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) seitens der Regierung unter Druck gesetzt werden. Ebenso sind Meinungs- und Pressefreiheit vorgegeben, werden jedoch de facto nur unzureichend gelebt, insofern besondere politische und wirtschaftliche Interessen einen Einfluss auf die Berichterstattung ausüben und mitunter politischer Druck auf einzelne JournalistInnen ausgeübt wird. Das Regierungssystem auf nationaler wie auf lokaler Ebene ist schwach ausgeprägt und es mangelt an der Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen. Das politische Kräftegleichgewicht ist fragil und Oppositionskräfte auf parlamentarischer Ebene sind unter sich fraktioniert und gespalten. Die Regierung und damit Ausübung der Exekutivgewalt ist stark zentralisiert, wobei die Prinzipien der Gewaltentrennung und Subsidiarität nur unzureichend ausgeprägt sind. Politischen Autoritäten auf regionaler und lokaler Basis fehlt die Unabhängigkeit, insofern sie stark von jenen AkteurInnen abhängig sind, die ihnen zu ihrer jeweiligen politischen Position verhelfen haben. Die Justiz ist nur in einem unzureichenden Maße von der Regierung unabhängig, wobei die Einhaltung der Grundrechte selektiv erfolgt und die Gleichheit vor dem Recht nicht gewährleistet werden kann. Die Anwendung von Gewalt und Folter in den Gefängnissen ist möglich. Schließlich ist auch die Korruption ein starkes Hindernis für die politische und wirtschaftliche Entwicklung, wobei entsprechende Maßnahmen diese zurückzudrängen weitestgehend nicht erfolgreich sind (vgl. Freedom House 2017).

Einen wesentlichen Beitrag für ein differenzierteres Verständnis hybrider Regime bilden die Anmerkungen von Thomas Carothers zu den Annahmen der Transitologie. Die Transformationsforschung geht letzten Endes von einem stark vereinfachten Modell aus, insofern Demokratie als die Abwesenheit von Diktatur und der Abhaltung von Wahlen verstanden wird (vgl. Carothers 2002: 7).

„What is often thought of as an uneasy, precarious middle ground between full-fledged democracy and outright dictatorship is actually the most common political condition today of countries in the developing world and the postcommunist world.“ (Ebd. 18)

In einem Rückblick auf die sogenannte dritte Welle der Demokratisierung in den Ländern Ost- und Osteuropas kann nach den Maßstäben der Transitologie in nur wenigen Fällen ein erfolgreicher Übertritt zu demokratischen Systemen konstatiert werden. Dies betrifft insbesondere die Mehrzahl der ehemaligen Republiken der Sowjetunion. Als Kennzeichen dieser politischen Regime lassen sich etwa die fehlende Repräsentanz der BürgerInnen im politischen Willensbildungsprozess, ein niedriges Niveau an zivilgesellschaftlicher Partizipation, die Verletzung geltender Gesetze seitens der politischen AkteurInnen, die unsichere Legitimität von Wahlen, ein oftmals sehr geringes Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen, sowie die schlechten oder geringen Leistungen staatlicher Institutionen feststellen. Eine eindeutige Zuordnung in die Kategorien autoritärer oder demokratischer Systeme erscheint dahingehend wenig zielführend, weswegen sich nach Carothers die politischen Systeme der Transformationsländer in einer sogenannten „Grauzone“ befinden (vgl. ebd. 9f).

Den auf das postsozialistische Russland zutreffenden Typus benennt Carothers als „*Dominant-Power Politics*“, dessen Ausformungen wie folgt gestaltet sind: Das politische System wird von einer politischen Partei, einem Diktator oder Gruppierung dominiert. Ein Wechsel der EliteakteurInnen in Spitzenfunktionen ist nicht absehbar und die Grenzen zwischen Staat und der herrschenden politischen Gruppierung sind nicht eindeutig auszumachen. Staatliche Ressourcen und Institutionen werden schrittweise in den Dienst der herrschenden Gruppierung gestellt, welche auch das Justizwesen vereinnahmt. Auf Wahlergebnisse wird teils starker Einfluss seitens dieser herrschenden Gruppierung ausgeübt und die BürgerInnen sind weitgehend von der politischen Partizipation ausgeschlossen. Oppositionsparteien haben sehr wenige Geltungsmöglichkeiten im politischen System. Die Qualität staatlicher Leistungen und der Politik-Output sind aufgrund überbordender Bürokratisierung und Korruption für die Bevölkerung unzureichend gegeben. Die Bekämpfung von Korruption wird angekündigt, jedoch um in erster Linie oppositionelle Kräfte dadurch zu schwächen (vgl. Carothers 2002: 10ff). In einer starken Zuspitzung ließe sich die Entwicklung des postsozialistischen Russland wie folgt skizzieren:

„Seit Mitte der 1990er Jahre ist das zentrale Ziel aller staatlichen Politik in Russland der Schutz der herrschenden Elite vor ihren Gegnern – vor unzufriedenen Bevölkerungsgruppen ebenso wie vor einzelnen Fraktionen aus den eigenen Reihen. Wurde in der Sowjetunion Macht durch einen weitverzweigten Kontrollapparat ausgeübt, der über die ideologische Loyalität

wachte, so sind es heute die Steuerbehörden, die Strafverfolgungsbehörden sowie die Gerichte, die ökonomischen und juristischen Druck ausüben: Schutz des Eigentums wird nur im Tausch gegen Loyalität gewährt.“ (Gudkov 2013: 288)

Ein Aspekt autoritärer Regime ist der eingeschränkte Pluralismus der politisch führenden AkteurInnen. Der Handlungsspielraum der EliteakteurInnen wird dabei durch deren Bedürfnis nach politischer Stabilität definiert (vgl. Hartmann 2013: 111). Die Bedeutung der AkteurInnenkonstellationen in einem solchen eingeschränkten Pluralismus verdeutlichte sich im Zuge des Ämterwechsels von Wladimir Putin und Dmitri Medwedew als Präsidenten der Russischen Föderation, worauf in den folgenden Ausführungen noch eingegangen wird. Diese Staffetenübergabe beim Wechsel politischer Ämter respektive Positionen bezeichnet den Typus einer „*highly managed democracy*“. Die Funktionsweise dieser Konfiguration des politischen Systems beruht auf einem führenden Akteur, wie Falle des postsozialistischen Russlands Wladimir Putin, dessen personenbezogene politische Macht nicht durch Institutionen beeinträchtigt wird. Damit ist auch die Kontrolle des öffentlichen Meinungsbildes und die Einflussnahme auf Wahlen verbunden, sowie die Kontrolle über politische AkteurInnen, Institutionen und generell die Spielregeln politischer Prozesse. Mit dem Anstieg präsidentieller Macht ist ein Verfall demokratischer Institutionen verbunden, welcher sich unter anderem in der Einrichtung von institutionellen Substitutionen äußert (vgl. Petrov 2011: 35ff). Im Falle der Russischen Föderation kann als Beispiel der Rat für nationale Sicherheit genannt werden, der die Leiter des Außenministeriums, des Verteidigungsministeriums, des Innenministeriums, des Katastrophenschutzes, sowie des Inlandsgeheimdienstes der Russischen Föderation (FSB) umfasst und deren Besetzung wiederum dem Präsidenten vorbehalten ist (vgl. Hartmann 2013: 101). Die Funktion solcher Institutionen beruht darauf Transmissionsriemen für politische Einflussnahme zu bieten, aber an sich keinen praktischen Zweck innerhalb des Institutionengefüges aufzuweisen. Im Falle eines Machtwechsels, wie er bei der Postenrochade von Putin und Medwedew vollzogen wurde, verlieren solche Institutionen an Bedeutung, da sie keine Verankerung im verfassungsgesetzlichen Rahmen haben (vgl. Petrov 2011: 38, 53).

Margareta Mommsen merkt im Hinblick auf die Einordnung Russlands an, dass die Bezeichnung des politischen Systems als „gelenkte Demokratie“ der autoritären Präsidialherrschaft nur begrenzt Rechnung trägt (vgl. Mommsen 2004: 177). Die Definitionsschwierigkeit darüber, wie die Ergebnisse des Systemwechsels in Russland einzuordnen sind, lässt sich unter anderem durch das von Claus Offe (1991) beschriebene „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ erklären. Dabei zieht Offe in Zweifel, dass die Entwicklung von Demokratie, Marktwirtschaft und die Herausbildung von

Nationalstaatlichkeit in Osteuropa parallel und nur innerhalb weniger Jahre vollzogen werden könnte. Ein Prozess, der sich in Westeuropa über Jahrhunderte ereignet hat. Durch sich überlappende Prozesse¹⁴ wird in den Transformationsländern der Aufstieg starker politischer AkteurlInnen begünstigt, welche die innergesellschaftlichen Spannungen und Konflikte durch eine autoritäre Politik gebannt sehen möchten (vgl. Segert 2013: 169f).

In Weiterführung von Offes Argumentation lassen sich für das postsozialistische Russland mit Linz/Stepan (1996) die Fortsetzung der Transformation, trotz der mit dieser verbunden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verwerfungen, sowie das Fortbestehen demokratischer Institutionen damit begründen, dass etwaige politische Alternativen für die Eliten unattraktiv erschienen. Die mit dem Wandel des politischen Systems, des Staatsgebildes und der Wirtschaft verbundenen Krisen schränkten die Möglichkeiten einer politischen Entwicklung hin zu Anarchie und Staatszerfall einerseits, sowie einen drohenden Rückfall in den Totalitarismus andererseits ein (vgl. Steen 2003: 177).

„The foundation of the new Russian state is the post-communist elite, whose power base derives from the dramatic reduction in state capacity that has ensued from the disappearance of the centralised Soviet state and from their institutionalised bargaining position vis-à-vis the Kremlin leaders guaranteed by the Constitution.“ (Ebd. 178)

¹⁴ Das Ergebnis dieser Kumulation im Rahmen der Transformation lässt sich wie folgt zusammenfassen: „Die mit der Einführung einer privatwirtschaftlichen Eigentumsordnung und der Marktwirtschaft verbundenen Ungleichheiten würden die Wiederherstellung von Diktaturen wahrscheinlicher machen als die gleichzeitige Entstehung und Stabilisierung von Demokratie.“ (Segert 2013: 170)

4. Institutionelle Faktoren

Ausgehend vom Begriff der politischen Elite und unter Einbeziehung ihrer Funktion in der Transformationsforschung, ist die Feststellung des institutionellen Settings ein wesentlicher Aspekt für die Frage nach der stabilisierenden Rolle von Eliten. Ausgehend von den theoretischen Erläuterungen der funktionellen Gliederung von politischen Eliten lässt sich hierdurch feststellen, wie der Zugang von Eliten zu den politischen Willensbildungsprozessen gestaltet ist und in welchem Verhältnis die politischen EntscheidungsträgerInnen hierzu stehen (vgl. Hoffmann-Lange 2004: 240). „Denn die Elitetheorie konzeptualisiert Eliten in erster Linie als Repräsentanten wichtiger Institutionen und Organisationen, in deren Namen sie Einfluss auf politische Willensbildungsprozesse nehmen.“ (Ebd. 262) In den folgenden beiden Abschnitten werden daher die Spezifika der politischen Systeme der Sowjetunion und der Russischen Föderation erläutert. Dabei werden vor allem jene institutionellen Ausprägungen beleuchtet, die sich maßgeblich als zentrale Machtstrukturen identifizieren lassen.

4.1. Die politischen Machtstrukturen der Sowjetunion

Für die Funktion und Stellung der politischen Elite im Staatssozialismus waren einerseits das Grundmodell der engen personellen Verzahnung und Doppelstruktur von Staatsadministration und Kommunistischer Partei, sowie andererseits die mangelnden gesellschaftlichen Rückkoppelungsmechanismen wesentlich (vgl. Steinitz 2007: 50 vgl. n. Becker 2009: 35f). Dieses Verhältnis lässt sich wie folgt zusammenfassen:

„In Soviet-type systems there is no institutionalized distinction between politics and administration, [...]. By the same token, party standing is usually a reliable index of the political significance of members of the economic, military and other élites [sic].“ (Rigby 1990: 14)

Das politische System der Sowjetunion zeichnete sich in seiner Zentralisierung durch die starke Abhängigkeit einzelner AkteurInnen und Institutionen von der politischen Führung aus (vgl. Willerton 1987: 175). Dabei ist die Partei als zentrale politische Institution hierarchisch gegliedert, insofern der Kern der hauptamtlichen FunktionärInnen die innerparteiliche Ordnung und den politischen Willen der Partei auf den staatlichen Verwaltungsapparat übertragen hat. Parteibürokratie und Kaderpolitik bilden daher das zentrale Element der Einparteienherrschaft (vgl. Morozow 1971: 16f).

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) war eine territorial und funktional organisierte Partei. Sie war gegliedert in unterschiedliche Parteiorgane auf Unions- bzw. Bundesebene, die Parteiorganisationen der 14 Unionsrepubliken mit Ausnahme der

Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR)¹⁵, sechs Regionen der RSFSR, sowie auf Ebene der Gebiete inklusive autonomer Republiken und autonomer Gebiete. Das untere Ende der Parteihierarchie bildeten die Bezirks-, Stadt- und Rayonorganisationen. Auf Unionsebene zählte der Parteitag als höchstes Parteiorgan, sowie nachgereiht die ständigen administrativen Organe (vgl. Schapiro 1965: 74f).

Ausgehend von einer engen personellen Verzahnung des Staats- und Parteiapparates lassen sich für die Sowjetunion drei Säulen der herrschenden Ordnung im politischen System auf Unions- respektive Bundesebene feststellen: das Politbüro als innere Exekutive des Zentralkomitees der KPdSU, das Sekretariat des Zentralkomitees als Administrationskörperschaft des Politbüros mit dem Generalsekretär an der Spitze, sowie das Präsidium des Ministerrates als inneres Regierungskabinett (vgl. Rigby 1990: 271).

Um die Fokussierung auf die wichtigsten Organe und Gremien der Partei für den Entscheidungsfindungsprozess zu unterstreichen, sei an dieser Stelle in Form eines Exkurses an die in allen Varianten der sowjetischen Verfassung festgeschriebene Zurückweisung des Prinzips der Gewaltentrennung verwiesen, weshalb eine eindeutige Trennlinie zwischen Exekutiv- und Legislativkörperschaften nur schwer zu ziehen ist. Die Komplexität der einzelnen Regierungsmaterien bedingte jedoch eine Differenzierung hinsichtlich der Zuständigkeitsbereiche der einzelnen Institutionen, wobei im Folgenden kurz auf die wichtigsten eingegangen werden soll. Der Oberste Sowjet galt formell als das höchste Organ der sowjetischen Staatsmacht, dem laut Verfassung die Gesetzgebungsbefugnisse eingeräumt wurden. Der Oberste Sowjet konnte dahingehend aber nur all jene Machtbefugnisse ausüben, welche nicht dem Präsidium des Obersten Sowjet, dem Ministerrat oder den einzelnen Ministerien zugeschrieben wurden (vgl. Schapiro 1965: 138).

Der Ministerrat bildete wiederum laut Verfassung das höchste Exekutivorgan der Staatsmacht. Dabei handelt es sich um eine sehr umfangreiche Institution, die in ihrer Zusammensetzung und Größe je nach Aufteilung der Verwaltungsbefugnisse die Machtverhältnisse zwischen Republik- und Unionsebene widerspiegelte. Bis zum Ausscheiden von Nikita Chruschtschow als Zentralsekretär der KPdSU fielen bis 1963 das Amt des Vorsitzenden des Ministerrates respektive des Ministerpräsidenten und das Amt des Ersten Sekretärs der KPdSU personell zusammen. Bis zur Machtübernahme durch Leonid Breschnew bildete die Funktion des Ministerpräsidenten den Mittelpunkt des Staats- und Parteiapparates. Da es sich beim Ministerrat aufgrund von dessen personellem Umfang um eine, in der politischen Entscheidungsfindung, verhältnismäßig

¹⁵ Zur besonderen Stellung der RSFSR innerhalb der UdSSR, sowie im Kontext der Nationalitätenpolitik siehe Meissner (1996).

träge Institution handelte, wurden die laufenden Geschäfte und eigentlichen politischen Entscheidungen von einem inneren Kabinett in Form des Präsidiums des Ministerrates ausgeführt, welchem der Ministerpräsident, sowie die stellvertretenden Vorsitzenden (ohne Geschäftsbereich eines Ministeriums) vorstanden (vgl. Schapiro 1965: 147f).

Das Zentralkomitee bildete das Arbeits- und Kontrollorgan, welches auf den Parteitag der KPdSU, dem statutarisch höchstem Parteigremium, gewählt wurde. Als eine wesentliche Aufgabe des Zentralkomitees wurde gemäß dem Parteistatut die Auswahl und personelle Einsetzung der Kader auf den unterschiedlichen Parteiebenen definiert. Bei den über zweihundert Mitgliedern des Zentralkomitees, dessen Zahl über die Jahre nicht immer konstant geblieben ist, wird zwischen Vollmitgliedern mit Stimmrecht und KandidatInnen ohne Stimmrecht unterschieden. Letztere bildeten einen Pool an Ersatzmitgliedern, die mit der Zeit zu einer Vollmitgliedschaft aufrückten, deren Auswahl jedoch nicht durch das Parteistatut geregelt wurde (vgl. ebd. 76f).

Das Zentrum der politischen und personellen Netzwerke dieses „Nomenklatura“-Systems bildete das Amt des Generalsekretärs, der von 1952 bis 1966 die Bezeichnung „Erster Sekretär“ führte. Begründet war diese Position durch die herausragende Autorität hinsichtlich seiner Stellung innerhalb der Organisation als auch im Hinblick auf die damit verbundene inhaltliche Politikgestaltung. In seiner institutionellen Position hatte der Generalsekretär neben seiner gewichtigen Rolle im politischen Willensbildungsprozess auch die Übersicht hinsichtlich der Rekrutierung von Personen in der Partei- sowie im Staatsapparat (vgl. Willerton 1987: 179).

Das Sekretariat des Zentralkomitees, dessen Mitglieder ebenfalls dem Politbüro angehörten, bildete jene institutionelle Einheit, welche die Auswahl der Kader sowie die Einhaltung und Ausführung der politischen Beschlüsse kontrollierte und dahingehend einen verkleinerten Kreis der Mitglieder des Politbüros darstellte. Innerhalb des Zentralkomitees bildete das Politbüro, von 1952 bis 1966 als „Präsidium“ bezeichnet, ein dem Zentralkomitee formell verantwortliches Parteiorgan. De facto handelte es sich jedoch um eine Institution, welcher die höchsten RepräsentantInnen aus den unterschiedlichen Ebenen des Partei- und Staatsapparates angehörten. De facto handelte es sich beim Politbüro, dessen Vorsitz der Generalsekretär innehatte, um das höchste Gremium im politischen Entscheidungsfindungsprozess der Sowjetunion (vgl. Schapiro 1965: 77f).

Aufgrund dieser institutionellen Konzentration der Entscheidungen im Hinblick auf gesamtstaatliche Belange und der personellen Besetzung im Partei- und Staatsapparat der Sowjetunion, lassen sich die Angehörigen des Politbüros und Zentralkomitees als Spitzenpositionen respektive die zentralen AkteurInnen der politischen Elite begreifen (vgl. Brown 2000: 179). In den Analysen über das politische System der Sowjetunion

wurde mehrheitlich das Politbüro als die mächtigste Institution im Partei- und Staatsapparat genannt, dessen Rolle und Zusammensetzung sich jedoch im Laufe der Zeit auch änderte (vgl. Rigby 1972: 3). Die Mitglieder des Politbüros setzten sich aus den politischen AkteurInnen mit den höchsten Führungspositionen von Partei- und Staatsapparat zusammen. Mit ursprünglich elf Vollmitgliedern, im Unterschied zu den KandidatInnen ohne Stimmrecht, wuchs das Politbüro bis 1971 auf 15 Mitglieder. Unter der Ägide von Generalsekretär Leonid Breschnew gehörten dem Politbüro neben dem Generalsekretär folgende zentrale FunktionsträgerInnen an: der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjet, der Vorsitzende des Ministerrates, mindestens drei Sekretäre des Zentralkomitees, der Vorsitzende des Kontrollkommission der KPdSU, zwei Stellvertretende-Vorsitzende des Ministerrates, der Vorsitzende des Zentralkomitees der unionsweiten Gewerkschaft, sowie in weiterer Folge hochrangige VertreterInnen aus den Sowjetrepubliken (vgl. ebd. 7).

Entscheidend für den innerparteilichen Willensbildungsprozess war das Sekretariat des Zentralkomitees, da dieses als Exekutivorgan an der Spitze des Verwaltungsapparates der Partei stand und somit maßgeblich für die Personalpolitik verantwortlich war. Wesentlich war hierbei die Besetzung der Parteisekretariate als Führungsspitze der Parteikomitees auf Ebene der Union, der Republiken, Städte, Gebiete und Rayone. Zwischen den Parteitag der KPdSU oblag die politische Leitung der Partei dem Zentralkomitee. Dieses wählte wiederum das Politbüro, welches sich jedoch nicht allein aus führenden ParteifunktionärInnen des Zentralkomitees zusammensetzte, sondern auch VertreterInnen des Staatsapparates umfasste (vgl. Morozow 1971: 13f).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass an der Spitze der Hierarchie die Mitglieder des Politbüros standen, welche sich aus dem Partei- und Staatsapparat rekrutierten. Gefolgt wurde diesen von den SekretärInnen des Zentralkomitees und schließlich den Mitgliedern des Ministerrates, die keine Stimmberechtigung im Politbüro hatten. Insgesamt handelte es sich bei der politischen Führung in der Sowjetunion sowohl um eine kollektive, aber auch hierarchisch gegliederte Form, wobei beide Elemente im Laufe der Zeit unterschiedlich stark ausgeprägt waren. Dieses Wechselspiel drückte sich etwa in der unterschiedlichen Gewichtung der Stellung des Sekretariats des Zentralkomitees gegenüber der Zentralregierung aus, wobei in den Jahren von Michail Gorbatschows Amtszeit ab 1985 die personelle Autorität des Generalsekretärs zunahm. Der Posten des Generalsekretärs an der Spitze des Zentralkomitees und damit auch des Politbüros vereinigte die meiste Autorität auf sich. Gemäß Rigbys Leadership-Modell ist der zweitwichtigste Posten an der Spitze des Apparates jener des Vorsitzenden des Ministerpräsidenten. An dritter Stelle folgt ein Sekretär des Zentralkomitees, auch genannt „Zweiter Sekretär“, der für das Politbüro dem Generalsekretär gegenübersteht. An vierter

Stelle in der Hierarchie steht schließlich der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjet (vgl. Rigby 1990: 272f).

Als nach dem Tod von Josef Stalin 1953 Nikita Serjewitsch Chruschtschow aus den Konflikten um die Nachfolge als Parteichef der KPdSU hervorgegangen war, leitete er die sogenannte „Tauwetter“-Politik ein. Diese hatte nicht nur weitreichende Auswirkungen auf die Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion, sondern prägte in entscheidendem Maß auch die Gesellschaft des sowjetischen Staatssozialismus. Neben einer neuen Besuchspolitik und Änderung des diplomatischen Klimas im Kalten Krieg wurde mit der Geheimrede von Chruschtschow am 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 die Entstalinisierung eingeleitet. Neben dem Personenkult um den einstigen Staats- und Parteichef Josef Stalin wurden auch dessen Politik der Terrorjustiz, die physische Vernichtung (vermeintlich) regimekritischer Menschen, einschließlich von Teilen der Führungskader, sowie die Massenverhaftungen, -hinrichtungen und Deportationen ganzer Nationen offen angeprangert (vgl. Altrichter 2007: 136f). Wie in den Ausführungen von Kornai (1992) und Segert (2009a; 2009b) erläutert, wurde mit dieser Wende im Staatssozialismus die Phase des Spätsozialismus und damit teilweiser Reformprozesse eingeleitet.

Kontext der Breschnew-Ära

Nach dem Scheitern der Wirtschaftsreformen sowie neuerlicher Spannungen im Ost-West-Konflikt wurde Chruschtschow im Oktober 1964 abgesetzt und an seiner Stelle Leonid Iljitsch Breschnew vom Parteipräsidium (ab 1966 wieder „Politbüro“ genannt) zum Ersten Sekretär (ab 1966 wieder „Generalsekretär“) der KPdSU ernannt. Er und die neue Führungsspitze der Sowjetunion sollten die Garanten für Stabilität und Kontinuität sein. Mit dieser personellen Weichenstellung sollte eine sprunghafte und übereilte Reformpolitik verhindert und eine breite Konsensbildung der Führungsspitze etabliert werden. Demnach sollten möglichst alle Interessensgruppen im Zuge der Politikgestaltung seitens der Partei befriedigt werden, im Gegenzug für eine erneute Stärkung des Zentralismus in der Wirtschaftsplanung und ein härteres Vorgehen mit Zwangsmaßnahmen gegen regimekritische Stimmen in der Bevölkerung (vgl. Altrichter 2007: 151ff).

Trotz der anhaltenden strukturellen und wirtschaftlichen Probleme wurden unter Breschnew die Wirtschaftsreformen seines Vorgängers zurückgenommen, etwa durch eine neuerliche Rezentralisierung der Entscheidungsstrukturen und die Wiedereinführung der gesamtstaatlichen Wirtschaftsministerien anstelle der regionalen Volkswirtschaftsräte. Gleichzeitig sollten durch kleine Reformschritte Anreize für Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe geschaffen werden, um mehr Waren auf den Markt zu

bringen und dem wachsenden Bedürfnis der Bevölkerung nach Konsumgütern nachzukommen (vgl. Altrichter 2007: 151, 158).

Die Stabilität des politischen Systems wurde durch eine Verbesserung des Lebensstandards vorwiegend für die Beschäftigten im Industriesektor erreicht, deren Anteil im Obersten Sowjet im Jahr 1974 auf 32,8 Prozent gestiegen war (vgl. Lane 2011: 57). In Folge der Breschnew-Ära stieg der Anteil der ArbeiterInnen mit manuellen Tätigkeiten an Parteimitgliedern von 41,1 Prozent zwischen 1956 und 1961 auf 59,4 Prozent zwischen 1981 und 1985. Hinzu kam eine stetige Angleichung der Lohnniveaus an jenes der ArbeiterInnen mit manuellen Tätigkeiten unter der Prämisse der sozialen Gerechtigkeit. Hierin zeigt sich, dass die soziale Basis für die Stabilität des Staatssozialismus der Sowjetunion in erster Linie auf der Vorrangstellung der ArbeiterInnenklasse beruhte. Diese Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik hatte jedoch zur Folge, dass auf Kosten der Produktivitätsraten sowie der Effizienz der Produktion ein Maß sozialer Harmonie erreicht werden konnte (vgl. ebd. 62, 65). Beschäftigte mit spezialisierter Ausbildung, etwa im Dienstleistungsbereich und Berufen wie MedizinerInnen und AnwältInnen wurden aufgrund ihres Status und der ideologischen Gewichtung der ArbeiterInnenschaft strukturell benachteiligt. Dies kam in der Einkommenssituation und den verminderten sozialen Aufstiegschancen zum Ausdruck, was letztlich aber in den 1980er Jahren zu einer schwindenden Autorität des sowjetischen Staatssozialismus führte (vgl. ebd. 60).

In der Entwicklung des sowjetischen Staatssozialismus war das am 31. Oktober 1961 auf dem 22. Parteitag der KPdSU beschlossene Parteiprogramm, welches noch unter Parteichef Chruschtschow verabschiedet worden war, das letzte Programm, welches sich ernsthaft mit dem Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft auseinandersetzte. In seiner Diktion erklärte es Partei und Staat als dem ganzen Volk verschrieben und proklamierte den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft in der Sowjetunion bis 1980. Die damit verbundenen Absichtserklärungen an das Wirtschafts- und Wohlstandswachstums wurden für Chruschtschows Nachfolger eine Herausforderung. Breschnew konnte in Anbetracht sinkender Produktivitätsraten dem Anspruch kaum Rechnung tragen (vgl. Brown 2009: 346f).

In Anbetracht der immer deutlicher zu Tage tretenden Defizite der staatssozialistischen Planökonomie wurde in den 1970er und frühen 1980er Jahren die Strategie des sogenannten „Little Deal“ verfolgt. Dieser beruhte darauf, die institutionelle Stabilität des wirtschaftlichen und politischen Systems sicherzustellen, indem durch die Duldung von illegaler oder semi-legaler Geschäftemacherei und Tauschnetzwerken Engpässe in der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und wirtschaftspolitische Verfehlungen teilweise ausgeglichen werden sollten. Gleichzeitig erfolgte eine Ausweitung einer

privilegierten Güterversorgung für EliteakteurInnen im Gegenzug für politische Loyalität (vgl. Gréen 2009: 163f).

In der Zeitgeschichte wird die Phase der Sowjetunion nach dem Amtsantritt von Leonid Breschnew als Stagnation bezeichnet, insofern der Politik Visionslosigkeit zugeschrieben wurde. Ein Aspekt der Stagnation bildete das Absinken des Optimismus der Bevölkerung aufgrund verfehlter Erwartungen der Wohlstandssteigerung. Dies führte letztlich zur Schwächung der Legitimation des Staatssozialismus. Als Sinnbild für diese Ära der Sowjetunion gilt die überalterte Führungsspitze (vgl. Altrichter 2007: 153f).

Aufgrund des dominierenden Bildes der Breschnew-Ära als Ausdruck einer verkrusteten und wandlungsunfähigen Partei- und Staatsführung, ließe sich eine Einordnung dieser Entwicklungsphase des Staatssozialismus nach Kornais (1992) These als „Perfektionierung“ und letztlich Festigung des Systems vornehmen. Jedoch wird durch eine solche Annahme übersehen, dass ausgerechnet während der langen Amtszeit von Breschnew von 1964 bis 1982 Anpassungsprozesse innerhalb der politischen Elite der Sowjetunion stattgefunden haben, die für die letzten Jahre des Staatssozialismus prägend waren.

Durch die Erfahrungen der Tauwetter-Periode und die Ansätze einer Reform- und Entstalinisierungspolitik unter Nikita Chruschtschow wurde nach und nach ein Verständnis von Politik bei deren AkteurInnen hervorgebracht, welches unter anderem eine Abkehr vom internationalen Isolationismus der Sowjetunion, den Wunsch nach Abrüstungsbestrebungen mit dem Westen, sowie in weiterer Folge eine wirtschaftliche und politische Liberalisierung des Landes vorsah. Letztlich bildeten die Breschnew-Ära und die Niederschlagung des Prager Frühlings¹⁶ in weiterer Folge ein wesentliches identitätsstiftendes Moment für die späteren reformorientierten politischen Kräfte innerhalb der Elite. Damit zeichneten sich sowohl ein Überdenken der bestehenden Probleme des sowjetischen Staatssozialismus, sowie ein Sinnieren über etwaige Lösungsansätze ab (vgl. English 2005: 45ff, 67f).

Unter der Ägide von Leonid Breschnew als Generalsekretär der KPdSU kam es bis zum Ende seiner Amtsperiode zu einer Änderung des Kräftegleichgewichts in den politischen Gremien. Während 1953 im Parteipräsidium noch fünf Mitglieder des Ministerrats gegenüber einem Mitglied des Sekretariats beim Zentralkomitee stimmberechtigt waren, hatte sich bis 1982 dieses Verhältnis umgekehrt. Ebenso ergaben sich im Zuge der 1960er und 1970er Jahre weitere Änderungen hinsichtlich des institutionellen Gefüges im

¹⁶ Für eine übersichtliche Zusammenfassung der Reformbestrebungen im tschechoslowakischen Staatssozialismus ist auf die Ausführungen von Dieter Segert (2013: 109-118), sowie von Archie Brown (2009: 499-533) zu verweisen.

Staats- und Parteiapparat. Das Politbüro wurde in seiner Funktion als zentrale Institution der politischen Entscheidungsfindungsprozesse gefestigt, wobei das Sekretariat des Zentralkomitees, sowie das Präsidium des Ministerrates de facto als dessen Subeinheiten agierten. Neben der zusätzlichen Funktion als Präsident des Präsidiums des Obersten Sowjet hatte Breschnew erstmalig ab 1977 auch den Vorsitz des nationalen Verteidigungsrates inne, welcher ebenso wie das Präsidium des Ministerrates ab 1977 in der Verfassung der Sowjetunion formal verankert wurde und direkt dem Präsidium des Obersten Sowjets untergeordnet war (vgl. Rigby 1989: 42f).

Unter der innenpolitischen Prämisse des „Vertrauens in die Kader“ war es das Ziel der politischen Führung eine Stabilität der Positionierung von FunktionärInnen des Partei- und Staatsapparats zu evozieren und den Ausbau des Kaderbestandes durch personelle Kooptationen voranzutreiben. Damit ging auch die Entwicklung eines verzweigten Systems von Patronage und Klientelverhältnissen einher, dessen Schlüsselposition in der Person von Leonid Breschnew lag. Breschnews Ziel war es in der Außenwirkung politischer Entscheidungen des Zentralkomitees und Politbüros die wichtigsten AkteurInnen des Partei- und Staatsapparates, sowie der Verwaltung, den Streitkräften und Sicherheitsbehörden, der Industrie und Landwirtschaft, sowie der Massenorganisationen einzubeziehen (vgl. Altrichter 2007: 154f).

Hintergrund dieser Politikausrichtung bildete die durchgehende Anspannung der politischen Führung sowohl eine despotische Führungspersönlichkeit wie Josef Stalin, als auch eine Kumulation von Regierungsämtern und Machtbefugnissen zu verhindern. Der neue Erste Sekretär sollte demnach als Primus inter Pares fungieren, insofern seinem Amt nach wie vor Macht und Status zugesprochen wurden, jedoch seine Entscheidungsmöglichkeiten hinsichtlich personeller Belange eingeschränkt sein sollten. Einem uneingeschränkten Machtanspruch im Rahmen der politischen Institutionen sollte durch das Amt des Ministerpräsidenten, sowie durch die Vertretung von Regierungsmitglieder im Politbüro entgegengewirkt werden (vgl. Rigby 1989: 41).

„Die sich so entwickelnden neuen Formen der Konsensbildung hat man als ‚bürokratische Partizipation‘, ihre Voraussetzungen als ‚Pluralismus der Institutionen‘ und die daraus resultierende Regierungsweise als ein ‚Regieren von Büroangestellten‘ beschrieben. Ihr Fundament bildete ein schier allumfassendes, stark hierarchisiertes, sich selbst ergänzendes politisches Klientelsystem, das die Zugehörigkeit zu bestimmten Rangstufen des Establishments [...] mit entsprechenden Privilegien verband [...].“ (Altrichter 2007: 156)

Wie bereits erwähnt war es Breschnew 1977 dennoch möglich durch eine Reihe von personellen Änderungen neben dem Amt des Generalsekretärs auch Präsident des Obersten Sowjets zu werden. In Summe lässt sich daher feststellen, dass es im Rahmen

des politischen Systems der Sowjetunion auch über einen längeren Zeitraum nicht gelungen ist, die Macht des Parteichefs der KPdSU nachhaltig einzuschränken. Breschnew konnte seine persönliche Rolle als dominanter Akteur zwar schrittweise ausbauen, doch letztlich erlaubten ihm sein Alter sowie sein Gesundheitszustand nicht, das hieraus erwachsende politische Potenzial gänzlich auszuschöpfen. Das Muster einer konsensuellen Entscheidungsfindung unter Einbindung zentraler AkteurInnen aus der Parteibürokratie wurde daher auch unter den Nachfolgern Breschnews fortgesetzt (vgl. Ribgy 1989: 41f).

4.2. Die politischen Machtstrukturen der Russischen Föderation

Die Verfassung der Russischen Föderation vom Dezember 1993 wurde anfangs als Grundlage eines präsidentiell-parlamentarischen Mischsystems gesehen. Ausgehend von der verfassungsjuristischen Betrachtung lässt sich das politische System als semi-präsidentiell beschreiben, wobei die Verfassung dem französischen Modell nachempfunden wurde (vgl. Mommsen 2003: 179ff). Im Anschluss an die blutige Konfrontation zwischen dem Präsidenten der Russischen Föderation Boris Jelzin und dem Parlament im Oktober 1993 wurde letztlich ein Verfassungsentwurf in die Wege geleitet, wonach bis heute die faktische Stellung der Legislative Russlands in Form der Staatsduma respektive Duma jener der Exekutive nachgeordnet ist (vgl. Mommsen 2004: 182).

Das Ergebnis und gleichzeitig das herausragendste Merkmal des politischen Systems ist die dominante Position des Staatspräsidenten, dessen zentrale Rolle für das politische Machtgefüge in der Geschichte Russlands vom Generalsekretär der KPdSU bis in die Vergangenheit zum Zaren nachverfolgbar ist. De facto kommt dem Präsidenten eine die Institutionen beherrschende Position zu, was durch entsprechende verfassungsmäßige Funktionen geregelt wird: der Präsident bestimmt die Ausrichtung der Innen- und Außenpolitik, ist Vollinhaber der Regierungsgewalt und Oberkommandierender der Streitkräfte. Eine weitere Aufwertung erfuhr das Präsidentenamt mit dem Beschluss der Staatsduma vom November 2008, wodurch die Amtszeit des Präsidenten auf sechs Jahre verlängert wurde. Die Verfassung der Russischen Föderation sieht kein Amt des Vizepräsidenten vor. Sollte der Präsident vorzeitig aus dem Amt scheiden, rückt bis zum Ende der regulären Amtszeit automatisch der amtierende Regierungschef in dessen Position nach. Der Ministerpräsident als Regierungschef und dessen Regierungskabinet werden vom Präsidenten ernannt, wodurch die Amtszeit der Regierung an den Präsidenten gebunden ist. Die Rolle des Präsidenten ist in der Verfassungsrealität so gestaltet, dass die Duma de facto nur wenige Möglichkeiten hat, diesen in seiner Machtposition zu bestreiten. Zur Einsetzung einer Regierung, der Mitglieder des

Verfassungsgerichtshofes, sowie des Chefs der Zentralbank muss die Duma in ihrer legislativen Funktion dem Nominierungsvorschlag des Präsidenten zustimmen. Laut Verfassung kann die Duma einen solchen Vorschlag zwar ablehnen, wobei ab einer dritten Ablehnung der Präsident seinem Vorschlag entsprechend die/den MinisterpräsidentIn ernennen darf und gleichzeitig die Duma aufgelöst werden muss. Zusammen mit dem Recht des Präsidenten der Duma Gesetze vorzuschlagen, sowie dem Vetorecht bei Gesetzesbeschlüssen, ist eine politische Machtvielfalt in diesem Amt kumuliert, was dieses zum zentralen Dreh- und Angelpunkt des politischen Systems werden lässt (vgl. Hartmann 2013: 89ff). Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Präsident die Institutionen beherrscht (vgl. ebd. 92).

Obzwar die Verfassungsordnung ein präsidentiell-parlamentarisches Mischsystem vorsieht, hat sich in der Beobachtung die Charakterisierung des politischen Systems als „Superpräsidentialismus“ durchgesetzt, welcher in der Amtszeit Wladimir Putin zur Realität wurde und sich vorwiegend in der Rezentralisierung des Staates und der Abschwächung der Gewaltenteilung äußert. Letzteres zeigt sich unter anderem in der unklaren Abgrenzung der Kompetenzen des Präsidenten und der Regierung. De facto monopolisiert der Präsident die exekutiven Funktionen und gibt damit die Hauptrichtung der Regierungstätigkeit vor. Daraus ergibt sich eine starke Machtkonzentration in der Präsidialadministration, während die Ministerkabinette nur eine zweitrangige Rolle einnehmen (vgl. Mommsen 2004: 179f, 183).

Bei der Präsidialadministration handelt es sich um eine in der Verfassung verankerte Behörde, welche die Arbeit der Ministerien und Regierungsbehörden leitet und in mehrere Fachabteilungen gegliedert ist. Hierarchisch steht sie damit über den Regierungsstrukturen, welche der Duma verantwortlich sind. Die Präsidialadministration verweist in ihrer Funktion für das politische System der Russischen Föderation auf das Sekretariat des Zentralkomitees der KPdSU, welches in der Vergangenheit ebenso für die politische Steuerung der Regierungsarbeit maßgeblich verantwortlich war und den Führungsanspruch der Partei in exekutiven Belangen zum Ausdruck brachte. Kryschtanowskaja/White (2005) ziehen dabei eine unmittelbare Parallele beider Institutionen in ihrer Funktionsweise, insofern der Präsident und die Präsidialadministration jene politische Arbeit vollziehen, welche in der Sowjetunion dem Politbüro sowie dem Zentralkomitee zukamen. Dieser letzte Aspekt änderte sich jedoch, als 2008 Wladimir Putin bei seinem Ausscheiden aus dem Amt des Präsidenten wesentliche MitarbeiterInnen in die Regierung übernahm, was bei seinem erneuten Amtsantritt 2012 als Präsident umgekehrt wiederholt wurde (vgl. Hartmann 2013: 100). Als „konzentrierte[s] Umfeld politischer Assistenz und Beratung“ (ebd. 115) bestimmt die Präsidialadministration seit Boris Jelzin maßgeblich die Handlungsfähigkeit des jeweiligen

Präsidenten. Laut einer Studie von Minchenko mit Erhebungsdaten zwischen 2011 und 2012 handelt es sich bei der Präsidialadministration um eine Form von Backup respektive Schattenregierung, die auch als „Kontrolleinheit“ gegenüber den eigentlichen im Amt befindlichen Ministerien fungiert (vgl. Minchenko 2012: 1). Dieser Befund wird dadurch erhärtet, als das Wladimir Putin bei seinem neuerlichen Amtsantritt als Präsident 2012 die Präsidialadministration aufwertete, indem er sie von zehn auf 16 Abteilungen vergrößerte. Die Zahl ihrer stellvertretenden LeiterInnen wurde im Zuge dessen von drei auf fünf erhöht (vgl. Hartmann 2013: 119).

In Anlehnung an die These von Richard Sakwa (2010) lässt sich das institutionelle Gefüge Russlands durch die personalisierte Verwobenheit politischer und wirtschaftlicher Interessensphären als „Doppelstaat“ bezeichnen, wobei der konstitutionelle und administrative Staat nebeneinander existieren. Dahingehend haftet die Kontinuität von Politik an jener Person des politischen Zentrums, gefolgt von RegierungsfunktionärInnen, BeraterInnen und AkteurInnen in der Leitungsposition von Konzernen. Gleichwohl haben die einzelnen AkteurInnengruppen per se keine Entscheidungsmacht, insofern ihre jeweilige Bedeutung für die Mitgestaltungsprozesse der vorgelagerten politischen Entscheidungen von jener Person abhängen, welche die in der jeweiligen Verwaltungshierarchie höchste Position einnimmt (vgl. Hartmann 2013: 121)

„Aus alledem wird deutlich, dass bürokratische Strukturen, eine Art administrative Parteien existieren, in denen sich Karriere- und Geschäftsinteressen verbinden. Unabhängig von den Personen in den höchsten Staatsämtern beherbergen sie jeweils ein Quantum Macht.“ (Ebd. 117)

Spezifika der Putin-Ära

Während Leonid Breschnew in einer Zeit zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees respektive Generalsekretär der Sowjetunion bestimmt wurde, zu welcher noch ein weitgehend großes Vertrauen in die ideologische und wirtschaftliche Überlegenheit und langfristige Lebensdauer des Staatssozialismus gesetzt wurde (vgl. Rigby 1989: 48), hat Wladimir Putin das Amt des Präsidenten am Ende eines krisengeschüttelten Jahrzehnts in Russland übernommen.

Der politische Aufstieg Wladimir Putins als wesentlicher Angelpunkt der Elitenkonfiguration der Russischen Föderation lässt sich auf dessen Ernennung zum Regierungschef im August 1999 durch den damaligen Präsidenten Boris Jelzin zurückführen. Dieser Entscheidung ging eine Reihe von Konflikten zwischen Staatsduma und dem Präsidenten voraus, welche durch die Wirtschaftskrise in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und in den anhaltenden Korruptionsvorwürfen gegen den Präsidenten und dessen Umfeld ihren Höhepunkt fanden. Gestützt auf finanziell mächtige Potentaten aus

der Wirtschaft die als „Oligarchen“ bekannt wurden, organisierte Putin die Duma-Wahl im Dezember 1999 zu Gunsten von Jelzin, dem ein skandalfreies Ausscheiden aus der Politik per Rücktritt vor Ablauf der Amtszeit im Mai 2000 ermöglicht wurde. Dadurch rückte Putin in die Position des amtierenden Präsidenten vor. Bei seiner Wahl war Putin der Rückhalt durch die von den Oligarchen kontrollierten Medien sicher, wodurch er gleich den ersten Wahlgang für sich entscheiden konnte.¹⁷ Wie sich im Laufe der Amtszeit Putins herausstellte und was auch als Indiz für den Fokus auf die politischen EliteakteurInnen zur Erklärung der Entwicklung Russlands herangezogen wird, ist Putins Anliegen, die Autorität des Staates wiederherzustellen (vgl. Hartmann 2013: 93ff).

Die Durchsetzung autoritärer Tendenzen in der Zeit nach Boris Jelzins Präsidentschaft steht in Verbindung mit den Interessen von Elitegruppen den politischen Wettbewerb einzuschränken, sowie dem Wunsch breiter Bevölkerungsschichten nach Stabilität im Angesicht der chaotischen Anpassungsprozesse an die postsozialistische Ordnung. Wladimir Putin fungiert in dieser Hinsicht als zentraler Akteur dieses Stabilitätsversprechens, insofern er die postsowjetische Ordnung Russlands in der öffentlichen Wahrnehmung zu legitimieren vermochte und hierauf seine Unterstützung basiert (vgl. Rjabow 2004: 19f).

Als Konsequenz aus den politischen Spannungen in Jelzins Amtszeit wurde seitens des Umfeldes von Putin eine Präsidentenpartei geschaffen um künftig die Mehrheit der Duma-Abgeordneten hinter den Machthabenden des Kreml vereinigen zu können und weitere Konflikte zwischen Parlament und Präsident zu verhindern (vgl. Hartmann 2013: 95). Eine weitere Festigung der Präsidialmacht erfolgte durch die als „Machtvertikale“ bezeichnete Reform des Föderalismus. Im Wesentlichen wurde dabei die Wahl der Gouverneure abgeschafft und die 83 Föderationssubjekte in anfangs sieben Föderationskreisen zusammengefasst, welche mit den Militärbezirken identisch sind und denen ein vom Präsidenten ernannter Präsidialbeauftragter vorsteht. Damit lässt sich eine Rückkehr zur zentralistischen Verwaltung Russlands erkennen, wie sie auch für die Sowjetunion prägend war (vgl. ebd. 102f). Das Ergebnis dieser Festigung des autoritären Präsidentialismus unter Putin zeigt ein Fehlen an wirksamen „Checks and Balances“. So

¹⁷ Wie in den Ausführungen von Gel'man (2010) ersichtlich wird, traten die autoritären Tendenzen des Präsidentialismus und der damit zusammenhängenden Entwicklung Russlands nicht erst unter Wladimir Putins Präsidentschaft zu Tage, sondern reichten bereits auf die Amtszeit von Boris Jelzin zurück. Margareta Mommsen beschreibt etwa, dass Jelzin bereits 1993 eine parlamentarische Mehrheitspartei für die zum damaligen Zeitpunkt anstehende Regierungsumbildung fehlte und er sein Präsidialkabinett aus Technokraten (sic!) rekrutierte. Diese Entwicklung setzte sich unter der Präsidentschaft Putins fort, auch wenn dieser über eine Regierungsmehrheit in der Duma verfügt und dennoch der Fokus der Regierungsgeschäfte bei der Präsidialadministration liegt (vgl. Mommsen 2010a: 31).

wurde der Föderationsrat als quasi parlamentarisches Oberhaus und Gegengewicht zur Macht der Zentralregierung des Kremls politisch irrelevant (vgl. Mommsen 2004: 184).

Hinsichtlich der Bedeutung der Partei „Einiges Russland“ für das politische System Russlands zeigt sich im Unterschied zur Sowjetunion eine stark verminderte Rolle, insofern es sich nicht um ein Ein-Parteiregime handelt. Ihre Funktion lässt sich wie folgt beschreiben:

„Bei allen Parallelen zwischen ‚Einiges Russland‘ und der KPdSU sind wichtige Unterschiede unübersehbar. Ins Auge sticht, dass die heutige Staatspartei weder das Macht- noch das deutungspolitische Zentrum verkörpert, wie es für die sowjetische Staatspartei charakteristisch war. (...) Bei aller mächtigen äußeren Statur zerfällt sie in verschiedene bürokratische Flügel und ringt hilflos um ein ideologisches Profil.“ (Mommsen/Nußberger 2007: 58)

Die Partei „Einiges Russland“ weist Merkmale mit einer Partei autoritären Typus auf, insofern eine Mitgliedschaft der Eliten nicht zwingend erforderlich ist und es ihr an der politischen Disziplinierung der politischen AkteurInnen, sowie einer ideologischen Legitimation mangelt (vgl. Linz 2011: 39). Im Gegensatz zu Juan Linz, der in Parteien autoritären Typus die Möglichkeit der Rekrutierung von Eliten für das Regime sieht, trifft diese Funktion im Falle des politischen Systems der Russischen Föderation nicht auf die Partei „Einiges Russland“ zu, da die Rekrutierung in erster Linie über Patronage-Beziehungen erfolgt. Der Einfluss der Partei auf die politischen Machtstrukturen Russlands ist in diesem Zusammenhang nur gering ausgeprägt, ebenso wenig wie ihre gesellschaftspolitische Funktion und soziale Basis (vgl. Linz 2011: 43; vgl. Gel'man 2010: 12; vgl. Schulze 2004: 48).

Die Handlungs- und Mobilisierungsfähigkeit von „Einiges Russland“ als politische Institution ist letztlich stark vom Präsidenten abhängig und lässt sich als „legislativer Arm der Kremladministration“ (Schulze 2004: 49) in der Staatsduma begreifen. Der eingeschränkte Handlungsspielraum der Partei als eigenständige politische Machtposition spiegelt sich unter anderem im Modell der in Russland stark ausgeprägten Rolle der Präsidialkabinette, wo VertreterInnen politischer Parteien die Ausnahme sind (vgl. Mommsen 2004: 183).

Die verhältnismäßig schwache Rolle von „Einiges Russland“ im Institutionengefüge Russlands steht im Zusammenhang mit der dominanten Rolle der präsidentiellen Macht, sowie dem Erbe der Sowjetunion, insofern die politische Führung Russlands nicht bestrebt ist, eine zentralisierte Lenkung von Wirtschaft und Politik wie dies bei der KPdSU der Fall gewesen ist, zu implementieren (vgl. Gel'man 2010: 11). Im Gegensatz zur KPdSU fehlt der Partei jegliche macht- und deutungspolitische Hoheit einer Staatspartei (vgl. Mommsen/Nußberger 2007: 58). Dennoch ist die Funktion von „Einiges Russland“

für die Stabilisierung der gelenkten Demokratie in Russland wesentlich, insofern sie eine, dem Präsidenten genehme Stimmenmehrheit in der Duma gewährleisten soll. Als einer sogenannten „Partei der Macht“ fehlt der Partei, sowie ihren Vorläufern, die gesellschaftliche Verankerung, obschon sie den Status einer Regierungspartei anstrebt, ohne dabei den parlamentarischen Kräfteverhältnissen Rechnung zu tragen. Ihre Stellung innerhalb des politischen Systems bezieht „Einiges Russland“ aus den mit ihr assoziierten bürokratischen Machtressourcen, weswegen ihr auch die Bezeichnung einer „administrativen Partei“ zugeschrieben wird. Die fehlende gesellschaftliche Verankerung wird durch Bündnisse mit diversen Organisationen (unter anderem Frauen- und Jugendorganisationen, Gewerkschaften, Unternehmerverbände), sowie durch Einbeziehung prominenter Persönlichkeiten aus Kultur und Sport versucht auszugleichen. Dabei fungiert die Partei, ähnlich wie einst die KPdSU, als Plattform für karrieristische Interessen (vgl. Mommsen/Nußberger 2007: 56f).

Zusammenfassend lassen sich folgende Veränderungen und Kontinuitäten des institutionellen Settings im postsozialistischen Russland erfassen. Neben der Auflösung der staatlich zentral gelenkten Wirtschaft entfiel mit dem Ende des Staatssozialismus auch die Rolle einer das politische System dominierenden Partei. Gleichzeitig blieb der Kreml das politische Machtzentrum, wie dies in der Rolle des Präsidenten der Russischen Föderation zum Ausdruck kommt. Ebenso blieb der bürokratische Apparat der Ministerien in Takt, auch wenn dieser dem zentralisierten politischen Einfluss einer einzelnen Partei entzogen wurde. Hinzu kommt eine ausgeprägte exekutive Funktion des Präsidenten in Form der Präsidialadministration, die nur wenigen politischen Kontrollen durch andere Institutionen unterliegt. Während der Präsidentschaft Putins erweiterte sich der politische Einfluss der Präsidialadministration, weswegen von BeobachterInnen Vergleiche mit dem einstigen Zentralkomitee der KPdSU gezogen werden. Wie in den folgenden Ausführungen gezeigt wird, sind zwei weitere institutionelle Voraussetzungen für das postsozialistische Russland zu erwähnen. Zum einen handelt es sich um den Inlandsgeheimdienst der Russischen Föderation (FSB), der die wichtigste Institution des Sicherheitsapparats darstellt und als Nachfolgeorganisation des Komitees für Staatssicherheit (KGB) der Sowjetunion weitgehend dessen Funktionen als Geheimdienst erfüllt. Andererseits ist auch die Tatsache zu erwähnen, dass das nach wie vor bestehende staatliche Monopol und der politische Einfluss in den strategisch wichtigen Rohstoffbranchen der Erdöl- und Erdgaswirtschaft auch im postsozialistischen Kontext

weitgehend unangetastet geblieben ist, auch wenn sich die Eigentumsverhältnisse in diesem Bereich verschoben haben (vgl. Rutland 2018: 278f).¹⁸

¹⁸ Eine umfangreiche Studiensammlung über die Privatisierung vormals staatlicher Firmen ab 1992, sowie der damit verbundenen Akteurlinnengruppen bietet der Band von Harter/Grävingsholt/Pleines/Schröder (2003).

5. Eliten im Staats- und Postsozialismus

Nach den vorangegangenen Erläuterungen über jene Aspekte der politischen Systeme der Sowjetunion und der Russischen Föderation, welche die strukturelle Grundlage und Rahmenbedingungen für politisches Handeln bilden, wird im kommenden Abschnitt auf AkteurInnen, nämlich die politischen Eliten eingegangen. Dabei wird deren Entstehung sowie deren Entwicklung im Rahmen des jeweiligen Regimes erläutert. In weiterer Folge werden die inneren Mechanismen der jeweiligen AkteurInnenkonstellation, deren Veränderungen und soziale Differenzierung, vor dem Hintergrund der Gegenüberstellung von Elitekonzepten, diskutiert. Letztlich sollen die Muster der Rekrutierung und Zirkulation von EliteakteurInnen durch die Einbeziehung der Phänomene des Patrimonialismus und Neopatrimonialismus als strukturelle Elemente der Interessendurchsetzung erörtert werden.

5.1. Politische Eliten in der Sowjetunion

Rahmenbedingungen im Spätsozialismus

Für ein tiefer gehendes Verständnis politischer Eliten in der Sowjetunion, welches über die Annahmen der Totalitarismustheorie hinausgeht, ist es wichtig die soziostrukturellen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen der Eliten- und Klassenstruktur in der Sowjetunion zu berücksichtigen.

Die Stabilisierung des staatssozialistischen Herrschaftssystems erfolgte über eine Reihe von Faktoren, die am Ende aber auch destabilisierende Wirkungen auf das Regime hatten (vgl. Pollack/Wielgohs 2010: 277). Den ersten Faktor bildete die Ressourcenzentralisierung durch den Staat, wodurch die Entscheidungskompetenzen hinsichtlich der Politik, der Wirtschaft und des Militärs an der Spitze der Kommunistischen Partei konzentriert waren. Dieses stark zentralisierte System schloss Kontrollinstanzen für sich selbst aus, was im Umkehrschluss auch bedeutete, dass sämtliche Fehlentwicklungen und Verantwortungen einzig der herrschenden Partei zugeschrieben wurden. Durch Informationsblockaden sah sich die Bevölkerung ausgegrenzt, wodurch letztlich Entwicklungspotenzial verloren ging und sich große Modernisierungsverzögerungen einstellten. Zweitens erfolgte innerhalb dieses Systems die Etablierung einer Dienstklasse, die sich in erster Linie aus FunktionärInnen und Angehörigen des Verwaltungs- und Staatsapparats zusammensetzte. Diesen AkteurInnen wurden sowohl Zuständigkeiten als auch Privilegien im Gegenzug für aktive Gefolgschaft zugesichert. Mit der zunehmenden Ineffizienz des Regimes diese Versorgung mit entsprechenden Leistungen sicherzustellen, schwand auch die politische Loyalität. Die dritte Komponente

stellte die Ausprägung einer diktaturstaatlichen Doppelstruktur dar, bei welcher eine öffentliche und offiziell zelebrierte Staatskultur einer Kultur des Schweigens und der Verweigerung gegenüber stand. Hieraus resultierte eine sogenannte „zweite Öffentlichkeit“ in privaten Kommunikationsräumen, die sich der staatlichen Kontrolle weitgehend entzog und gleichzeitig deren Zugriffsmöglichkeiten minderte (vgl. Pollack/Wielgohs 2010: 278f). Die vierte Komponente umfasste die Abschottung des Staatssozialismus gegenüber westlichen Einflüssen, wodurch die Bewegungsmöglichkeiten der Bevölkerung stark eingeschränkt und damit die Möglichkeiten zur Flucht weitgehend unterbunden worden ist. Schließlich gingen dem Staatssozialismus auch hierdurch Innovationspotenziale verloren. Hinsichtlich der Absicherung des staatssozialistischen Regimes wurde in der Sowjetunion eine etatistische Strategie verfolgt, die in einer stark ausgeprägten parteistaatlichen Befehlsgewalt und einer von oben strukturierten Gesellschaft zum Ausdruck kam (vgl. ebd. 280f).

Um die Eliten und Klassensituation während der Amtszeit von Leonid Breschnew als Generalsekretär der KPdSU zu verstehen, ist es wesentlich die für die AkteurInnen geänderten Rahmenbedingungen in den 1960er bis Anfang der 1980er Jahre zu erläutern. János Kornai (1992) differenziert hinsichtlich des Staatssozialismus zwischen einer revolutionär-transitorischen, einer klassischen Phase, sowie einer Phase der Perfektionierung (vgl. Segert 2009b: 109). In der Phase der Perfektionierung werden Funktionsprobleme der bestehenden staatssozialistischen Ordnung offensichtlich und es wird versucht mit Hilfe von Reformen diese zu beseitigen und ein Weiterbestehen des Systems sicherzustellen (vgl. Segert 2009a: 368). Segert differenziert dabei die von Kornai verwendete Begrifflichkeit, insofern er anstelle einer klassischen Phase vom „sowjetischen Staatssozialismus“ unter Stalin spricht und die darauffolgende Phase nicht als „Perfektionierung“ sondern als „Spätsozialismus“ benennt (vgl. Segert 2009b: 110).

Dem Modell von Kornai folgend, der zwischen historischen Etappen staatssozialistischer Gesellschaften unterscheidet, lässt sich die Entwicklung in der Sowjetunion im Vergleich zu anderen staatssozialistischen Ländern Ostmitteleuropas als rigider charakterisieren. Als Kausalität für den Zusammenbruch dieses Typus wird die mit Gewalt und bürokratischen Mechanismen vorangetriebene Modernisierung und Industrialisierung der Gesellschaft genannt, die jedoch zu Reformstaus und am Ende zur politischen und gesellschaftlichen Auflösung des Systems beitrug (vgl. Steiner 2003: 24).

Entstehungszusammenhang staatssozialistischer Eliten

Für ein Verständnis der Entwicklung des Institutionengefüges und der damit in Verbindung stehenden Eliten in der Sowjetunion, ist ein Blick auf die

Entstehungsgeschichte des politischen Systems wichtig. Bereits im Vorfeld der Oktoberrevolution und der mit ihr verbundenen politischer Machtergreifung unter der Führung von Wladimir Iljitsch Lenin im Oktober (nach heutigem Kalender November) 1917 waren die „Bolschewiki“ als Flügel der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (RSDRP) in den direktdemokratischen Vertretungskörperschaften der ArbeiterInnen-, Soldaten- und Bauernräte (Sowjets) repräsentiert. Obwohl die Bolschewiki nicht an der Übergangsregierung nach der Abdankung des Absolutismus im Februar (respektive März) 1917 mitwirkten, waren sie durch ihre Mehrheiten in den Räten respektive Sowjets sowohl in den städtischen Gebieten bei den ArbeiterInnen und Soldaten politisch verankert. Durch die Schwächung des russischen Staates unter der Übergangsregierung von Alexander Fjodorowitsch Kerenski war es den Bolschewiki mittels der Sowjets möglich eine Parallelstruktur aufzubauen und in letzter Instanz auch eine Regierung hervorzubringen, welche in Form des Rats der Volkskommissare Gestalt angenommen hat. Der Erfolg von Lenin war dabei vor allem auf der zentralistisch organisierten Partei von BerufsrevolutionärInnen¹⁹ begründet (vgl. Segert 2013: 48f).

Nach dem Ende des BürgerInnenkrieges 1918 und der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) in den ersten Jahren des sich etablierenden sowjetischen Staatssozialismus, kam es vor allem ab den 1930er Jahren unter der Führung des Generalsekretärs Josef Stalin zu einer Verankerung und Stabilisierung des Herrschaftssystems. Dieses war neben dem politischen System auch durch „eine besondere Form von Gesellschaft“, sowie „ein spezifisches Wirtschaftssystem und eine eigene Kultur“ gekennzeichnet. (Ebd. 53) Bereits unter Lenin etablierte sich der Führungsanspruch der bolschewistischen Partei, ab 1922 in Form der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), die schon in der Zeit ihrer Illegalität einen hohen Grad an Zentralismus in ihrer politischen Tätigkeit aufwies. Unter Stalin etablierte sich das Nomenklatura-System der Kaderpolitik als zentraler Dreh- und Angelpunkt der Besetzung wichtiger Positionen im Partei- und Staatsapparat. Durch das Fraktionsverbot innerhalb der Partei ab 1921 dienten die staatlichen Institutionen inklusive der Geheimpolizei zur Durchsetzung des politischen Willens der Einparteienherrschaft (vgl. Segert 2013: 52f).

¹⁹ In seinen Ausführungen formulierte Lenin die Voraussetzungen für das Gelingen einer sozialistischen Revolution und damit der Machtergreifung staatlicher Kontrolle, wenn er von der Notwendigkeit spricht, „daß man ein Komitee aus *Berufsrevolutionären* [Hervorheb. i. O.] braucht, einerlei, ob es ein Student oder ein Arbeiter versteht, sich zum Berufsrevolutionär zu entwickeln.“ (Lenin 1970: 164) Den politischen Zweck definierte Lenin wie folgt: „[J]e mehr wir die Mitgliedschaft einer solchen Organisation *einengen* [Hervorheb. i. O.], und zwar so weit, daß sich an der Organisation nur diejenigen Mitglieder beteiligen, die sich berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen und in der Kunst des Kampfes gegen die politische Polizei berufsmäßig geschult sind, um so schwieriger wird es in einem autokratischen Lande sein, eine solche Organisation ‚zu schnappen‘.“ (Ebd. 167)

Die in den frühen Jahren des Sowjetstaates entstehende Elite stellte einen Wandel zur vorangegangenen Aristokratie des absolutistisch regierenden Zarismus dar. Erstmals in der Geschichte Russlands wurden AkteurInnen aus bildungsnahen Bevölkerungsschichten, der sogenannten „Intelligenz“ (*intelligentsia*), sowie VertreterInnen der IndustriearbeiterInnenschaft in Führungspositionen erhoben. Unter der Ägide Stalins entstand im Zuge von personellen Nachbesetzungen und den großen Säuberungswellen in Form von Massenhinrichtungen und Inhaftierungen in den 1930er Jahren mit der Nomenklatura eine „neue Klasse“²⁰ im Apparat der Partei- und Staatsbürokratie. Durch die fortschreitende Industrialisierung, Urbanisierung und die Ausweitung der Bildungsmöglichkeiten wurde diese neu entstandene Bevölkerungsschicht die Basis für den sowjetischen Staatssozialismus. Nach Stalins Tod im Jahr 1953 erfuhr diese Klasse eine Konsolidierung ihrer Stellung in der sowjetischen Gesellschaft, welche erst durch die Reformpolitik unter Gorbatschow aufgebrochen wurde (vgl. Kappeler 2008: 57f).

Ab den 1960er Jahren sehen Konrad/Szelényi (1978) in der staatssozialistischen Gesellschaft der Sowjetunion eine Änderung in der Zusammensetzung der AkteurInnen, insofern die Bevölkerungsschicht der *Intelligentsia* und damit der nicht im Industriesektor beschäftigte Teil der Bevölkerung an Bedeutung gewonnen hatte. Diese Entwicklung markierte den Anfang einer neuen Herrschaftspraxis, insofern diese AkteurInnen mit der Partei- und Staatsbürokratie personell zusammengewachsen sind und sich demnach die Elitenkonstellation in der Phase des Spätsozialismus nicht mehr allein mit dem Paradigma der „Neuen Klasse“ von Milovan Djilas (1976) oder jenem der „Bürokratie“²¹ von Leo Trotzki erfassen lässt. Die Herausbildung dieser technokratisch-intellektuellen Elite sehen Konrad/Szelényi²² als entscheidende Voraussetzung für die schrittweise Umsetzung von Marktmechanismen trotz fehlenden Privateigentums (vgl. Steiner 2003: 25).

²⁰ Milovan Djilas versteht hierunter die sogenannte „politische Bürokratie“, welche nach der Oktoberrevolution 1917 eine neue „Ausbeuterklasse“ darstellt und dahingehend nicht dem Anspruch gerecht wird eine klassenlose Gesellschaft nach kommunistischem Vorbild zu errichten. Ihre Wurzeln führt Djilas auf die bolschewistische Partei unter der Ägide von Wladimir Iljitsch Lenin zurück, die auf einer Organisation von BerufsrevolutionärInnen beruhte (vgl. Djilas 1976: 44ff).

²¹ Leo Trotzki skizzierte als Eigenheit der Sowjetunion die Unabhängigkeit der Staatsbürokratie, die er als „privilegierte und kommandierende Schicht“ charakterisiert, deren politische Macht in ihrer „administrativen Hierarchie“ begründet ist. (Trotzki 1936: 55)

²² In diesem Zusammenhang legen Konrad/Szelényi (1978) aufgrund der spezifischen Entwicklungen der Gesellschaften Osteuropas großen Wert auf deren Bezeichnung als „(staats-)sozialistisch“ und daher nicht als „(staats-)kapitalistisch“ (vgl. Steiner 2003: 25).

Die Nomenklatura

Der Begriff „Nomenklatura“ als Bezeichnung für die herrschende Klasse in der Sowjetunion erlebte vor allem in den 1980er Jahren eine Konjunktur. Dennoch hatte dieses sehr einflussreiche Konzept der Elitenforschung einige Schwachstellen. Eine wichtige Quelle stellte das gleichnamige Werk von Michail Voslensky dar, der unter Nomenklatura die SpitzenfunktionärInnen der Sowjetunion verstand, die eine homogene Schicht innerhalb der Gesellschaft und das zentrale Element des sowjetischen Herrschaftssystems bildeten (vgl. Voslensky 1980: 14ff). Diese gesellschaftliche Schicht wird dabei als eine bürokratische Klasse verstanden, die seit der Stalin-Ära nach und nach eine oligarchische Institutionalisierung in der Herrschaftsstruktur erfuhr (vgl. Rigby 1990: 254).

Hierbei wird auf die Auffassung einer einheitlichen Organisation der sowjetischen Gesellschaft verwiesen, die hierdurch vom Sozialismus und der Diktatur des Proletariats schließlich in den Kommunismus geführt werden soll. Dieser Annahme zu Folge war jeder Lebensbereich der staatssozialistischen Gesellschaft von der monolithisch herrschenden Bürokratie durchdrungen, die gleichzeitig die Existenz des Systems erst ermöglichte und bis auf einige Modifikationen im Zuge der Perestroika unter Generalsekretär Michail Gorbatschow bis zum Ende der Sowjetunion weitgehend unverändert blieb (vgl. ebd. 2f). Personell setzte sich die Nomenklatura aus den TrägerInnen von Schlüsselpositionen im sowjetischen Staats- und Parteiapparat zusammen, deren Zweck in der funktionellen Verflechtung von Staat und Wirtschaft mit der KPdSU bestand und damit zur Erhaltung einer Hegemonie im Staatssozialismus beitrug (vgl. Lane 1997: 856f). Mittels Personalpolitik wurden wichtige Positionen in offiziellen Organisationen besetzt und KandidatInnen für wählbare Positionen festgelegt (vgl. Rigby 1990: 74). Die zentrale politische Institution bildet in dieser Konstellation des Einparteiensystems wie bereits erläutert die KPdSU, welche die alleinigen Entscheidungsbefugnisse über die Besetzung von Ämtern in der Partei selbst, sowie im Staatsapparat, der Zentralwirtschaft und den gesellschaftlichen Organisationen ausübte und damit für die Kaderpolitik verantwortlich war (vgl. Morozow 1971: 10f).

Bei der Nomenklatura handelt es sich um eine vertikal integrierte Gruppe von Personen respektive AkteurInnen, die sowohl die Loyalität und Solidarität gegenüber dem politischen System, sowie die politische Kontrolle gewährleisteten (vgl. Lane 2011: 37). Ihre Rekrutierung unterlag formell den exekutiven Körperschaften des Parteiapparats, wodurch es auch eine Form gesellschaftlicher Stratifizierung entlang politischer Entscheidungen gegeben war. Die Positionen für AkteurInnen im Rahmen der Nomenklatura waren mit hauptamtlichen politischen Entscheidungsbefugnissen für den jeweiligen gesellschaftlichen Teilbereich verbunden (z.B. SekretärInnen im Komsomol für

Jugendarbeit oder SekretärInnen in der Gewerkschaft).²³ Dahingehend ist die Nomenklatura als eine politische Klasse zu verstehen, aus welcher die politische Elite rekrutiert wurde (vgl. ebd. 58f).

In einer empirischen Untersuchung der politischen Institutionen der Sowjetunion in ihrer personellen Verzahnung kategorisiert Bohdan Harasymiw die Nomenklatura, entgegen der geläufigen Auffassungen, nicht als herrschende Klasse. Harasymiw beschreibt im Wesentlichen die strukturelle Funktion des Nomenklatura-Systems als Rekrutierungs- und Karrieremechanismus innerhalb des sowjetischen Staatssozialismus. Das Nomenklatura-System ist dahingehend stark von der Struktur der KPdSU abhängig, deren Einfluss sich an der Positionsüberlappung bemessen ließ (vgl. Harasymiw 1984: 160).

„The party's nomenklatura is, in fact, a series of appointment lists distributed through the CPSU apparatus [...]. Each party unit establishes for itself the precise boundaries of its list, except that there is some general commonality at a given level and higher-level units are able to take positions from lower bodies and to add these to their own lists.“ (Ebd. 161)

Bei der Eliteformation in der Sowjetunion lässt sich eine eingeschränkte Autonomie der Teileliten feststellen, die sich im Zuge der Industrialisierung und Differenzierung der Wirtschaftssektoren herausbildete. Wesentlich für den Aufstieg in die Nomenklatura war es, die korrekte politisch-ideologische Positionierung gegenüber der Obrigkeit einzunehmen. Lane problematisiert die Charakterisierung „herrschende Elite“ für die Nomenklatura, da diese auch Personen umfasste, die nicht an essenziellen Machtentscheidungen beteiligt waren und sich die Nomenklatura nicht nur auf eine exekutive Funktion im politischen Apparat beschränkte. Ihre Aufgabe war es die Integrität des Systems zu stärken, Ressourcen zu mobilisieren und damit als essenzieller Stützpfiler des politischen Systems zu fungieren (vgl. Lane 1997: 855, 858ff).

Stratifizierung der Nomenklatura

Hinsichtlich seiner Heuristik ist das Konzept der Nomenklatura als alleinige Erklärung der staatssozialistischen Ordnung zu wenig differenziert, da es gesellschaftliche Entwicklungen vernachlässigt und sich vor allem am Verständnis des Staatssozialismus als totalitärer Diktatur orientiert (vgl. Segert 2009b: 98). In der Elitenforschung über die Sowjetunion und das postsozialistische Russland lassen sich historische Studien, die Erforschung nationaler Eliten, sowie Studien über regionale Eliten unterscheiden, wobei sich die Untersuchungsbereiche nur in wenigen Ausnahmen überschneiden. Bei der

²³ Für eine detaillierte Übersicht zu den Rekrutierungsmechanismen auf den einzelnen Ebenen der Partei, den Nebenorganisationen, sowie im staatlichen Verwaltungsapparat ist auf die Ausführungen von Harasymiw (1984: 153ff) verwiesen.

Erforschung staatssozialistischer Eliten der Sowjetunion lag der Fokus hauptsächlich auf Aspekten der Autorität und Mobilität der AkteurInnen, wobei hier in erster Linie die Nomenklatura als Referenzrahmen für die Eliteformation angenommen wurde. Im Hinblick auf die Untersuchungen von Eliten im Spätsozialismus, dessen Entwicklung mit dem Tod von Josef Stalins einsetzte, weist Dimitrii Badovskii (1994) auf eine Differenzierung in der sowjetischen Machtelite hin, insofern er zwischen „politischer Elite“ und „administrativer Elite“ unterscheidet. Während bei der politischen Elite AkteurInnen im Parteiapparat der KPdSU bezeichnet wurden, handelte es sich bei der administrativen Elite um AkteurInnen der Staatsbürokratie und auf den Verwaltungsebenen. Für die politische Führungsspitze stellten beide Subgruppen innerhalb der sowjetischen Eliten eine Herausforderung dar, insofern es eines gesteuerten Interessensausgleichs bedurfte, um die Einheit der Elite und damit letztlich die Stabilität des Systems zu gewährleisten (vgl. Gel'man/Tarusina 2000: 315).

Beide Teile der Elite werden als Subgruppen verstanden, welche sich im Sinne einer horizontalen Differenzierung innerhalb der herrschenden Eliteformation begreifen lassen. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt David Lane, allerdings ausgehend von der Theorie politischer Klassen, wenn er zwischen einer sogenannten „Administrationsklasse“ und einer „Akquisitionsklasse“ unterscheidet. Unter dieser administrativen Klasse, welcher das Gros der Nomenklatura zuzurechnen ist, werden dabei Personen in ausführenden Funktionen respektive Managementtätigkeiten in der Güter- und Warenproduktion, aber etwa auch in Bildungs- und Erziehungsinstitutionen verstanden. Die VertreterInnen dieser Klasse stellten laut Lane den größten Teil der politischen Klasse in der Sowjetunion dar (vgl. Lane 2011: 38f, 58).

Die FunktionärInnen des bürokratischen Apparats lassen sich in der Terminologie insofern als eine „Klasse“ begreifen, als die AkteurInnen über fremde Arbeitskraft verfügen konnten, wobei im Unterschied zu einer kapitalistischen Gesellschaft diese Verfügung über das Mehrprodukt in der staatssozialistischen Gesellschaft an der Spitze von Partei und Staat konzentriert war (vgl. Linden 2007: 15ff, 21 u. vgl. Morozow 1971: 15f). Hierbei kommt erneut das Konzept der Nomenklatura zur Geltung, welches die politische Elite der Sowjetunion in erster Linie als eine bürokratische Elite begreift, wobei die Sicherung der Herrschaftsordnung einerseits durch die Besetzung von Ämtern im Partei- und Verwaltungsapparat, sowie andererseits durch die hierarchische Ordnung der Positionen erreicht wurde (vgl. Rigby 1990: 73ff, 287). Die private Aneignung von Ressourcen durch diese AkteurInnen wurde durch die verhältnismäßig egalitäre Einkommensverteilung in der Sowjetunion begrenzt (vgl. Becker 2009: 42). Unter der vorrangigen Prämisse der zentral-administrativen Planung waren die Positionen des bürokratischen Apparates, die Beziehungen zwischen den einzelnen AkteurInnen, sowie auch deren Verhältnis zur

Bevölkerung wesentlich für die Verteilung und den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen (vgl. Rigby 1990: 253). David Lane fasst dieses Verhältnis auch im Hinblick auf den Systemwechsel wie folgt zusammen, wobei er für die Konfiguration der politischen Elite den Aspekt der politischen Führung (*political leadership*) hervorstreicht:

„The incumbent Soviet political elite was crucial in defining the opportunity structure. As long as the political leadership was adamant in maintaining the administrative, ideological, and coercive components of the administrative class, the costs of opposition were too great for the rise of an ascendant class.“
(Lane 2011: 11)

Zusammenfassend lässt sich nach Dafürhalten des Verfassers feststellen, dass es sich bei der Elitestruktur der Sowjetunion und der Herstellung ihrer Einheit um hochgradig hierarchisierte und ineinander verzahnte Steuerungsmechanismen handelte, die im Nomenklatura-System ihren Ausdruck fanden. Die von Lane (2011) angesprochene Schaffung von Möglichkeitsstrukturen für die EliteakteurInnen erfolgte in Form des Systems der Nomenklatura und damit der Besetzung von Positionen mit Entscheidungs- respektive Verfügungsgewalt in den einzelnen administrativen Teilbereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens der Sowjetunion. Das Verhältnis zwischen den einzelnen AkteurInnen und der damit verbundene Interessensausgleich werden in den folgenden Ausführungen näher betrachtet.

Patronage und Klientelismus

Im Zentrum der folgenden Erläuterungen stehen die persönlichen Allianzen der EliteakteurInnen basierend auf Loyalität und Protektionismus, welche die Verwaltungs- und Hierarchieebenen in der Sowjetunion überspannten (vgl. Miller 1989: 54). Bei politischer Patronage handelt es sich um asymmetrische und persönliche Verbindungen, die den Austausch von Gütern, Leistungen und Macht beinhalten und den AkteurInnen innerhalb eines solchen Netzwerks Unabhängigkeit im Rahmen des jeweiligen institutionellen Settings ermöglichen (vgl. Willerton 1987: 177). Bei Patrimonialismus handelt es sich um das Gegenteil der von Max Weber (1978) beschriebenen rationalen und legalen Regierungsform, sowie dem damit in Verbindung stehenden Fehlen einer auf Rationalismus und auf allgemeinen, verbindlichen Regeln basierenden Bürokratie (vgl. Fisun 2012: 90). Entsprechend der Definition von Willerton sind diese als Netzwerke beschriebenen Patronage-Klientel-Beziehungen nicht mit „Koalitionen“ respektive Eliteübereinkünften gleichzusetzen, da es sich bei Netzwerken um eine Kategorie handelt, die sowohl persönliche Karriereverläufe einzelner Personen, sowie deren politische Standpunkte überspannt und gleichsam als eigenständige Entität wirksam ist (vgl. Willerton 1987: 182).

Patronage- und Klientelnetzwerke bilden dabei ein zentrales Element der Ausformung politischer Herrschaft unter der Ägide von Leonid Breschnew, zumal hierdurch der erneute Machtzuwachs der Position des Ersten Sekretärs respektive Generalsekretärs erklärbar wird. Der fehlende Automatismus hinsichtlich der Beschränkung der Amtszeit stellte eine gewisse Form Kontrolle der Partei gegenüber dem Generalsekretär dar, insofern dieser auf Abmachungen mit den höchsten Politikorganen angewiesen war um regieren zu können und eine Alleinherrschaft im Spätsozialismus dadurch weitgehend verunmöglicht wurde. Da der Prozess der Einsetzung von AkteurInnen, die der Person des Generalsekretärs gewogen waren, nicht automatisch durch dessen Amtsübernahme erfolgte, musste der Generalsekretär durch die geschickte Vermittlung von Politikinhalt eine Führungslinie entwickeln, um dadurch die wichtigsten Mitglieder der Elite hinter sich wissen. Gleichzeitig wurde dafür gesorgt, dass auch Patronagenetzwerke, die nicht unmittelbar mit der Person Breschnews verbunden waren, ebenfalls ihren Spielraum innerhalb des institutionellen Settings unter Absicherung ihrer Privilegien finden konnten (vgl. ebd. 175f).

Die Datengrundlage über jene Patronage-Verhältnisse, welche ihren Ausgangspunkt in der Person von Leonid Breschnew hatten, ist nur eingeschränkt und teilweise spekulativ und auf Hypothesen basierend (vgl. Miller 1989: 55). Einen anschaulichen Überblick über die Patronage-Klientel-Verhältnisse in der Breschnew-Ära gibt die Arbeit von John Willerton, der hierbei zwei zentrale Gruppen unterscheidet. Einerseits handelt es sich um jene AkteurInnen im Kern der politischen Verwaltung, die seit den 1930er Jahren im Umfeld von Leonid Breschnew aktiv waren und durch seinen Aufstieg zum Ersten Sekretär der KPdSU ebenfalls in Spitzenpositionen aufgestiegen sind (Protegés). Hierzu zählten etwa die Gruppe der sogenannten „Dnepropetrovsk-Mafia“ sowie die „Moskauer-Verbindung“. Die zweite Gruppe von AkteurInnen umfasst jene, die erst 1964 in die Entourage von Breschnew gelangte, hohe Funktionen im Partei- und Staatsapparat bereits ausübte und dahingehend als „Klienten“ bezeichnet werden (vgl. Willerton 1987: 179, 197).

Rekrutierung und Kooptation

Juan Linz verweist bei der Charakterisierung autoritärer Systeme auf die soziologische Zusammensetzung von Parteien, insofern sich hieraus Rückschlüsse für die Bedeutung der Partei im Rahmen des politischen Systems und die Interaktionen von EliteakteurInnen ziehen lassen (vgl. Linz 2011: 42). Die Rekrutierung von AkteurInnen in den politischen Apparat der Sowjetunion erfolgte über personelle Kooptation. Auf eine Neubesetzung der Position des Generalsekretärs folgte eine schrittweise Verdrängung der im Amt befindlichen NomenklaturistInnen in den einzelnen Institutionen des Partei- und

Staatsapparates. Dadurch wurden die AkteurInnen der politischen Elite nach und nach durch die Gefolgschaft des jeweiligen Generalsekretärs ersetzt (vgl. Kryschtanowskaja 2005: 23, 86).

Das erläuterte System von Patronage-Klientel-Beziehungen, ausgehend von der Person des Generalsekretärs, stellte den zentralen Modus Operandi in der Rekrutierung der politischen Elite dar. Der Grad des Wandels der AkteurInnen auf Ebene jener Institutionen mit dem höchsten Einfluss auf den politischen Willensbildungsprozess, nämlich das Politbüro und das Sekretariat des Zentralkomitees, war tatsächlich ein langsamer Prozess. Demgegenüber wurden personelle Veränderungen auf den hierarchisch darunterliegenden Ebenen schneller vollzogen (vgl. Willerton 1987: 179). Die im Fokus von Rekrutierungsprozessen stehenden Institutionen bilden gleichzeitig die zentralen Institutionen mit den Spitzenpositionen im politischen Willensbildungsprozess. Dabei handelt es sich um Mitglieder und KandidatInnen des Politbüros, des Zentralkomitees, des Präsidiums des Ministerrates, sowie der Führung der Abteilungen des Zentralkomitees (vgl. Miller 1989: 70). Ausgehend von Millers Untersuchungen über die Kooptationen im Kontext von Patronage-Klientel-Beziehungen zeigte sich bei der (Nach-)Besetzung von Top-Positionen die Tendenz, dass vor allem im Falle des Politbüros und des Präsidiums des Ministerrates AkteurInnen aus den nicht-russischen Sowjetrepubliken stärker repräsentiert waren, während das Zentralkomitee, die Führungspositionen von dessen Abteilungen, sowie das Sekretariat des Zentralkomitees primär mit ethnisch russischen AkteurInnen besetzt war (vgl. ebd. 72f).

Bei durchschnittlich 20 zu besetzenden Positionen im Politbüro (Vollmitglieder und Kandidaten zusammengerechnet) kam es im Zeitraum von 1964 bis 1971 zu insgesamt 13 personellen Veränderungen, was eine relative personelle Veränderung von 45 Prozent für diese Institution zur Folge hatte. Für denselben Zeitraum kam es im Sekretariat des Zentralkomitees mit einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von zehn zu insgesamt sechs personellen Veränderungen und damit zu einer relativen Veränderung von 60 Prozent. Bei den rund 21 Führungspositionen an der Spitze der einzelnen Abteilungen des Zentralkomitees erfolgten 14 personelle Veränderungen, was in einem relativen Wert von 67 Prozent entspricht, während im Ministerrat mit rund 85 Mitgliedern insgesamt 69 personelle Änderungen (75 Prozent) ebenfalls im Zeitraum von 1964 bis 1971 erfolgten (vgl. ebd. 180).

Zwischen dem 22. Parteitag der KPdSU im Jahr 1961 und dem 23. Parteitag im Jahr 1966 stieg die Zahl der Vollmitglieder von 8.427.000 auf 11.548.000. Bis zum 26. Parteitag im Jahr 1981 stieg ihre Zahl auf 16.732.000, wobei es sich um einen relativen Anstieg der Mitgliederzahl von 98,55 Prozent zwischen 1961 und 1981 handelt und damit um einen wesentlich höheren Anstieg als etwa im Vergleichszeitraum von 1952 bis 1961 wo der

relative Anstieg der Mitgliederzahl bei rund 44 Prozent lag.²⁴ In der folgenden Tabelle wird die Zahl der Mitglieder des jeweiligen politischen Organs nach der Aufschlüsselung von Altrichter (2008: 219) dargestellt:²⁵

Jahr	Parteitag	Zentralkomitee (ZK)	Politbüro	Sekretariat ZK
1961	XXII	175 Vm.* 155 Kand.**	11 Vm. 5 Kand.	9 Vm.
1966	XIII	195 Vm. 165 Kand.	11 Vm. 8 Kand.	11 Vm.
1971	XXIV	241 Vm. 155 Kand.	15 Vm. 6 Kand.	10 Vm.
1976	XXV	287 Vm. 139 Kand.	16 Vm. 6 Kand.	11 Vm.
1981	XXVI	319 Vm. 151 Kand.	14 Vm. 8 Kand.	10 Vm.

* Vm. = Vollmitgliedschaft

** Kand. = KandidatInnen Status

Die politische Prämisse der Stabilität der Kader zeigt sich in der Kontinuität der Mitglieder in den wichtigsten Parteiorganen, sowie dem Ausbau der Mitgliederzahlen. Beispielsweise wurden 90 Prozent der vom 24. Parteitag der KPdSU 1971 gewählten Vollmitglieder des Zentralkomitees auf dem folgenden Parteitag 1976 wiedergewählt (vgl. Altrichter 2007: 154).

Insgesamt lassen sich nach Willerton fünf zentrale Patronage-Klientel-Netzwerke feststellen. Diese waren die Netzwerke innerhalb des Politbüros sowie des Sekretariats des Zentralkomitees von Breschnew („Dnepropetrovsk-Mafia“), die Gruppe der sogenannten „Eminenzen“ angeführt von Michael Andrejewitsch Suslow, Arwid Janowitsch Pelsche und Boris Nikolajewitsch Ponomarjow. Darüber hinaus Netzwerk der „Ukrainer“ von Nikolai Wiktorowitsch Podgorny, Vitaly Titov und Petro Schelest, die Gruppe der „Weißrussen“ von Kirill Mazurov, Petr Masherov und Mikhail Zimyanin, sowie die Gruppe der „Moskauer“ von Ivan Kapitanov, Viktor Grischin und Petr Demichev (vgl. Willerton 1987: 183). Breschnew nahm als Generalsekretär die Funktion eines Primus

²⁴ Eigene Berechnung des relativen Anstiegs der Mitgliederzahlen basierend auf den Zahlen von Altrichter (2007: 219).

²⁵ Eine detaillierte Aufgliederung aller Mitglieder des Politbüros bis einschließlich 1977 findet sich bei Lewytzkyi (1979: 62-82).

inter Pares ein, insofern er durch seine Schlüsselrolle Interessen zwischen diesen einzelnen Gruppen innerhalb der Nomenklatura vermitteln und ausgleichen konnte (vgl. ebd. 187).

Hinsichtlich der Turn-Over-Rate (TOR) im Bezug auf die Verteilung von Kooptationen (Kop.) lassen sich für die Breschnew-Ära im Wesentlichen drei signifikante Zeiträume feststellen. Dies war einerseits die beschleunigte Übergangsphase nach der Absetzung von Nikita Chruschtschow von 1964 bis 1966 in welcher neue Führungskräfte im Verwaltungsapparat jene mit Chruschtschow assoziierten AkteurInnen aus ihren Positionen drängten. In diesem Zeitraum erfolgten für die vier zentralen Körperschaften (Politbüro, Sekretariat des Zentralkomitees, Präsidium des Ministerrates, Führung der Abteilungen des Zentralkomitees) insgesamt 31 Neubesetzungen, was einer jährlichen Turn-Over-Rate von 20,7 entspricht. Hierauf folgte eine Phase der Konsolidierung in den 1970er Jahren, mit einer verringerten Zahl an Kooptationen (1966-1971: 8 Kop./1,6 TOR pro Jahr; 1971-1976: 18 Kop./3,6 TOR pro Jahr; 1976-1980: 19 Kop./4,4 TOR pro Jahr) (vgl. Miller 1989: 72f). Die eingangs niedrigere Zahl an Kooptationen in der zweiten Phase hängt vor allem mit der Tatsache zusammen, dass Breschnew bei seiner Machtübernahme ein weitgehend fixes Team an politischen Mitstreitern hinter sich hatte und daher zu Beginn keine weiteren Ergänzungen in ihren Reihen zum Erhalt seiner Durchsetzungsfähigkeit benötigte (vgl. ebd. 83).

Unter Berücksichtigung der sich mit fortschreitender Amtsdauer erneuten Ausweitung der Machtposition des Generalsekretärs lässt sich der Anstieg der Kooptationen bis zum Ende der 1970er Jahre erklären, insofern neue UnterstützerInnen und damit KlientInnen in zentrale Positionen des Partei- und Staatsapparates mit der Zeit nachbesetzt worden sind. In der dritten Phase von 1980 bis 1985, in welche auch der Tod von Breschnew im Jahr 1982 fällt, zeigt sich eine schrittweise Nachbesetzung von Breschnews Proteges, die meist aus gesundheitlichen Gründen, altersbedingt oder durch Todesfälle aus den Ämtern ausschieden. So kam es zwischen 1980 und 1982 zu elf Kooptationen mit einer Turn-Over-Rate von 8,0 pro Jahr. Im Zuge dieser letzten Phase zeigten sich Unstimmigkeiten in der Nachbesetzung der politischen Top-Eliten, was in weiterer Folge unter Generalsekretär Michail Gorbatschow zu weitreichenden Zerwürfnissen innerhalb der politischen Elite führte (vgl. Miller 1989: 72f).

Soziale Zusammensetzung und Repräsentation

Zwischen den 1960er und 1980er Jahren vollzogen sich mehrere Wandlungen in der Mitgliederstruktur der KPdSU. Diese betrafen vor allem die Mitgliederzahlen, das Bildungsniveau, sowie die soziale Herkunft, wobei sich diese Entwicklung, auf Grundlage

der bisherigen Ausführungen, auch auf die Besetzung der Toppositionen im Partei- und Staatsapparat auswirkte.

Ausgangspunkt der demografischen Entwicklung in der Sowjetunion sind einerseits die steigende Urbanisierung, sowie der ökonomische Wandel gemessen am Anteil der Beschäftigungssektoren. Durch die fortschreitende Abwanderung vom ländlichen Raum in die Städte lebte ab den 1960er Jahren der Großteil der Bevölkerung in den urbanen Zentren. Die Beschäftigungsrate im landwirtschaftlichen Sektor ging in diesem Zeitraum ebenso zurück, während der Anteil der Angestellten im Dienstleistungssektor bis in die 1970er Jahre auf die Unionsebene hochgerechnet stark zugenommen hat, ebenso wie der Anteil der in der Industrie und im Bauwesen Beschäftigten. Das wesentlichste Merkmal hinsichtlich dieses Wandlungsprozesses fand vor allem ab den 1970er Jahren statt, insofern durch den starken Anstieg des Bildungsniveaus ein großer Sektor von spezialisierten Arbeitskräften in den Bereichen Technik, Medizin, Rechtswesen, Lehre und anderweitiger Dienstleistungen entstand, welchem eine demografische Identität als „Intelligentsia“ zugeschrieben wird (vgl. Lane 2011: 51f, 54).

Diese Entwicklung spiegelte sich auch in der Rekrutierung neuer Parteimitglieder. Bis in die 1970er Jahre zeichnete sich eine stärkere Repräsentanz von ArbeiterInnen gegenüber einer leicht abnehmenden Repräsentanz von Angestellten ab, sowie eine paritätische Repräsentanz von Beschäftigten in der Landwirtschaft. Insgesamt zeigt diese Tendenz die starke Gewichtung des Faktors der sozialen Herkunft und damit der Zurechnung zu einer der genannten Berufsgruppen, während ökonomische und kulturelle Entwicklungen hierbei nur eine zweitrangige Rolle spielten (vgl. Harasymiw 1984: 88). Bis zu Beginn der 1980er Jahre lässt sich für die Mitgliederstruktur der KPdSU eine unausgewogene Repräsentation der sozialen Hintergründe feststellen, gemessen an der Entwicklung in den jeweiligen Beschäftigungssektoren. Die sogenannte „Proletarisierungspolitik“ und der damit verbundene Versuch unter der Ägide von Breschnew eine stärkere Repräsentation von ArbeiterInnen in der Partei zu erreichen, war bis 1981 nur wenig geglückt. Während etwa 1970/1971 rund 56,7 Prozent der Bevölkerung dem Sekundärsektor zugerechnet wurden und damit als ArbeiterInnen galten, stieg dieser Anteil bis 1981 auf 60,5 Prozent. Im selben Vergleichszeitraum stieg jedoch auch der Anteil der Angestellten im Tertiärsektor von 22,6 Prozent auf 25,7 Prozent der Gesamtbevölkerung, während der Anteil der im Primärsektor Beschäftigten von 20,5 Prozent auf 13,8 Prozent gesunken ist. Der Anteil der Parteimitglieder mit ArbeiterInnen-Hintergrund stieg von 40,1 Prozent im Jahr 1971 auf 43,4 Prozent im Jahr 1981, während der Anteil der Parteimitglieder mit Angestellten-Hintergrund von 44,8 Prozent im Jahr 1971 auf 43,8 Prozent im Jahr 1981 gesunken ist. Im Vergleichszeitraum von 1971 bis 1981 zeigt sich, dass die relative Repräsentation des Primärsektors gemessen am Anteil an der Gesamtbevölkerung stark

gestiegen ist, während die Repräsentation der ArbeiterInnen nur verhältnismäßig zugenommen hat und die Repräsentation von Angestellten im Dienstleistungssektor sogar rückläufig war. Eine Konsequenz hieraus war, dass die KPdSU ihre Rekrutierungsmuster nicht mit der Entwicklung der Sozialstruktur in Einklang brachte und eine zunehmende Zahl an Beschäftigten im Tertiärsektor daher keinen Zugang zu weiterführenden Prozessen der Politikgestaltung hatte (vgl. Harasymiw 1984: 94f).

Exemplarisch am Beispiel des Politbüros kamen im Jahr 1971 von 15 Vollmitgliedern fünf aus ArbeiterInnenfamilien. Davon waren von einem Mitglied, nämlich Breschnew, der Vater Eisen- und Stahlarbeiter, während im Fall von Grischin (Erster Sekretär des Moskauer Stadtkomitees) der Vater Eisenbahnarbeiter war. Die anderen Mitglieder hatten folgenden familiären Hintergrund, gemessen am Beruf des Vaters: sechs Landarbeiter, ein Handwerker, ein Dorflehrer, ein Vertreter/Angestellter der Eisenbahn, sowie ein Beschäftigter im Dienstleistungsbereich. Was die Repräsentation der Nationalitäten der Unionsrepubliken betrifft, so waren 1971 von den 15 Vollmitgliedern des Politbüros acht ethnische Russen, vier Ukrainer, ein Weißrusse, ein Lette und ein Kasache, wobei das Gros der Angehörigen der russischen Ethnie aus ArbeiterInnenfamilien stammte. Im Vergleich zur Zusammensetzung des Politbüros im Jahr 1951 ist bis 1971 eine stärkere Repräsentation nicht-russischer Nationalitäten zu beobachten, jedoch nur ein geringer Anstieg von Mitgliedern mit urbanem Hintergrund. Jedoch ist in diesem Vergleichszeitraum ein deutlicher Anstieg des Bildungsniveaus der Mitglieder zu erkennen, insofern Anfang der 1970er 80 Prozent des Politbüros eine (höhere) technische Fachausbildung aufwiesen, was als ein Indikator für die gestiegene Homogenität der politischen Kader gesehen werden kann (vgl. Rigby 1972: 9ff).

Diese Entwicklung, ebenso wie die stärkere Repräsentanz von AkteurInnen mit technischer Fachausbildung und von AbsolventInnen der Parteiakademie, verdeutlichte sich auch in der Mitgliederstruktur des Zentralkomitees der KPdSU (vgl. Gehlen/McBride 1968: 1234). Hinsichtlich der ethnischen Repräsentation im Zentralkomitee zeigte sich ein stetiger Rückgang des Anteils ethnischer RussInnen, der von 67 Prozent im Jahr 1961 auf 52 Prozent im Jahr 1990 gefallen ist, während rund 58 Prozent des Parteikaders aus ethnischen RussInnen rekrutiert wurde. Der Anteil ethnischer UkrainerInnen im Zentralkomitee ist im besagten Zeitraum auf 12,3 Prozent gestiegen, während BelarussInnen nur zu fünf Prozent und Angehörige baltischer Ethnien lediglich zu drei Prozent vertreten waren (vgl. Mawdsely/White 2000: 253, 206 vgl. n. Semenova 2012: 75).

Für den Untersuchungszeitraum in der Sowjetunion unter der Ägide von Generalsekretär Leonid Breschnew lässt sich feststellen, dass es bei der Besetzung der politischen Spitzenpositionen zu einem starken Anstieg des Durchschnittsalters der aktiven Personen

kam. Kryschtanowskaja fasst diese Tendenz dahingehend zusammen, dass sich rund 80 Prozent der Angehörigen der Nomenklatura in Spitzenpositionen erst weit über dem Rentenalter von 60 Jahren aus der Politik zurückzogen oder noch während ihrer Amtszeit verstorben sind. Betrug etwa das Durchschnittsalter der Mitglieder des Politbüros 1966 noch 58 Jahre, so stieg dieses bis 1971 auf 61 Jahre, 1976 auf 67 Jahre und lag schließlich 1981 bei über 70 Jahren. Diese Entwicklung wird auch als „Gerontokratie“ bezeichnet. War dennoch eine Veranlassung gegeben hochrangige FunktionärInnen vor dem Ende der Amtszeit von einer Position zu entfernen, so erfolgte in den meisten Fällen die Versetzung in einen anderen Teilbereich (z.B. beratende Tätigkeit beim Ministerrat, beim Militär, oder Versetzung in den Rentenstand). Insgesamt war die Kaderstruktur und der jeweilige Karriereverlauf ein festgelegter Pfad, welcher den Mitgliedern der Nomenklatura Zukunftssicherheit gab und ihre Loyalität gegenüber dem System sicherstellte (vgl. Kryschtanowskaja 2005: 85, 86f).

Diese Überalterung der SpitzenfunktionärInnen verdeutlicht auch den Bedeutungszuwachs des Patronage-Netzwerks von Breschnew. Bis 1981 war es Breschnew und seinen Proteges gelungen ein Drittel aller Mitglieder des Politbüros zu besetzen. Dieser Rekrutierungsprozess wurde vor allem ersichtlich im Zuge des 23. Parteittages der KPdSU 1966 mit der Aufnahme neuer KandidatInnen in das Politbüro, sowie im Zuge der 24. Parteitage 1971, wo selbige KandidatInnen zu Vollmitgliedern des Politbüros ernannt wurden (vgl. Willerton 1987: 185). Lag das durchschnittliche Beitrittsalter 1951 zwischen 42 und 43, so stieg dieses bis 1971 auf 52 bis 53, was einen längeren Vorbereitungszeitraum mit dem Sammeln von Erfahrungen im Verwaltungsbereich und qualifizierter Bildung beinhaltete (vgl. Rigby 1972: 14). Bei den Mitgliedern des Zentralkomitees im Jahr 1967 lässt sich ein Durchschnittsalter von 55 bis 57 Jahre feststellen, was sich unter anderem darauf zurückführen lässt, dass die Kooptation vor allem nach dem Senioritätsprinzip erfolgte (vgl. Gehlen/McBride 1968: 1233)

Die bereits erwähnten Proteges aus der sogenannten „Dnepropetrovsk-Mafia“, deren wichtigste Vertreter im Politbüro Andrei Kirilenko, Volodimir Shcherbitsky und Nikolai Tichonov darstellten, spielten eine zentrale Rolle bei der Besetzung von Funktionen im Exekutivapparat. Sowohl die Proteges von Breschnew als auch von Kirilenko und Dmitri Ustinow waren in leitenden Funktionen der wichtigsten Ministerien für Industrie und Rüstung positioniert. Dahingehend waren die sogenannten Schlüsselministerien wie das Verteidigungsministerium, Rüstungsministerium, sowie die Ministerien für Bau und Maschinenbau, aber auch Führungspositionen in den staatlichen Sicherheitsorganen von Breschnews Dnepropetrovsk-Gruppe während der gesamten Amtsdauer vereinnahmt (vgl. Willerton 1987: 186f).

Hinsichtlich der Bedeutung von politischen FunktionsträgerInnen im Militär- und Sicherheitsbereich im Hinblick auf deren Repräsentanz in den Toppositionen des Parteiapparates ist jedoch einschränkend anzumerken, dass während der Breschnew-Ära nicht per se von einem höheren Grad an Militarisierung des politischen Systems gesprochen werden kann. Im Unterschied zur Zusammensetzung des Politbüros 1951 hatte im Jahr 1971 kein Mitglied das Amt des Verteidigungsministers inne und ebenso wenig spielten Militärränge bei der politischen Karriere der Politbüromitglieder eine wesentliche Rolle. Einzig Leonid Breschnew verfügte durch seine vormalige Funktion im Direktorat der bewaffneten Streitkräfte und seiner Dienstzeit in der Roten Armee über ausgedehnte Kontakte zum Militär, was ihm die Unterstützung der Streitkräfte sicherte (vgl. Rigby 1972: 20).

Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich auch hinsichtlich der Mitglieder des Zentralkomitees. Hier hatten im Jahr 1967 nur rund acht Prozent eine Ausbildung an der Militärakademie als Bildungshintergrund, wobei 10,8 Prozent einer militärischen Beschäftigung nachgingen, während bei den KandidatInnen etwas mehr als acht Prozent einen Offiziersrang beim Militär inne hatten (vgl. Gehlen/McBride 1968: 1233ff).

Der Großteil dieser politischen AkteurInnen gehörte jener Generation an, die in ihren Kindheits- und Jugendjahren noch bewusst die Oktoberrevolution erlebt hatten und die den Großteil ihres Lebens im sowjetischen Staatssozialismus sozialisiert worden sind (vgl. Rigby 1972: 8). Was die beruflichen Erfahrungen betrifft kamen auf alle Mitglieder des Politbüros gerechnet im Jahr 1951 13,6 Jahre an Berufserfahrung in Regierungspositionen und 13,3 Jahre an Berufserfahrungen in Parteipositionen. 1971 sank dieser Wert bei den Mitgliedern auf 8,7 Jahre bei Regierungspositionen und 19,5 Jahre in Parteipositionen. Diese Entwicklung spiegelt den neuerlichen Bedeutungszuwachs der Partei nach Stalins Tod wider, wobei 1971 ein Gros der Politbüromitglieder ihre politische Karriere auf regionaler Ebene in den Parteiorganen begann und auch vor ihrem Eintritt in das Politbüro Erfahrungen in Regierungsämtern sammelte (vgl. Rigby 1972: 17f). Auch im Falle des Zentralkomitees zeigte sich bei den Vollmitgliedern bereits nach 1953 ein Anstieg des Anteils jener AkteurInnen mit Parteipositionen auf Republiks- und regionaler Ebene von 9,2 Prozent auf 16,8 Prozent (vgl. Behlen/McBride 1968: 1237).

Insgesamt lässt sich hinsichtlich des Rekrutierungsprozesses der politischen Elite der Sowjetunion unter Generalsekretär Leonid Breschnew ein höherer Grad der Formalisierung der Nachbesetzungspolitik erkennen, als dies noch unter seinem Vorgänger Nikita Chruschtschow der Fall gewesen war (vgl. Harasymiw 1984:155). Ebenso lässt sich feststellen, dass die Breschnew-Ära gemäß der Prämisse der „Stabilität der Kader“ auf den ersten Blick den Eindruck einer „Perfektionierung“ des

Staatssozialismus nach Kornai (1992) aufzeigt und dahingehend auch die Vorstellung einer monolithischen Machtelite beförderte. Unter Berücksichtigung der strukturellen Aspekte der AkteurInnenkonstellation zeigt sich, nach Daführhalten des Verfassers, dass sich die Probleme des Staatssozialismus in dieser Periode schon ansatzweise an der politischen Elite ablesen lassen. Dies sind die Überalterung der Kader, sowie die schwindende Repräsentation des gesellschaftlichen Wandels innerhalb der Nomenklatura und damit auch innerhalb der politischen Institutionen.

5.2. Politische Eliten in der Russischen Föderation

Der Aufstieg von Wladimir Putin

Eine Problemquelle der mangelnden Demokratisierung Russlands nach dem Zerfall der Sowjetunion sieht der Historiker Andreas Kappeler in der Rückkehr traditioneller Elemente der politischen Kultur mit ihren restaurativen und autoritären Tendenzen. Für den Beginn der Amtszeit von Wladimir Putin als Präsident der Russischen Föderation sieht Kappeler zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine weitere Zunahme dieser autoritären und zentralistischen Tendenzen, die er unter anderem auf den ausbleibenden Elitenwandel zurückführt (vgl. Kappeler 2008: 53f). In dieser Hinsicht sieht Kappeler auch nach dem Systemwechsel eine bestehende Fortsetzung der Kluft zwischen einer privilegierten Elite und dem weitgehend benachteiligten Gros der russischen Bevölkerung (vgl. ebd. 59).

Insgesamt lassen sich, unabhängig von der Zugehörigkeit ihrer Generation, vier Gruppen der politisch-administrativen Elite Russlands unterscheiden, die gleichzeitig auf deren institutionelle Verortung hinweisen: die MinisterInnen der Staatsregierung, die MitarbeiterInnen der Präsidialadministration, die MinisterialbeamtlInnen und GouverneurInnen der Föderationssubjekte (vgl. Hartmann 2013: 111).

Die politische Elite autoritärer Systeme weist nach Juan Linz ein höheres Maß an Pluralismus auf, als dies in totalitären Regimen der Fall ist. Es ist davon auszugehen, dass die politische Elite in einem solchen Fall weniger homogen hinsichtlich ihrer ideologischen Prägung, ihres Bildungsweges, sowie ihrer beruflichen Laufbahn ist. Eine fachliche Differenzierung politischer Eliten zu anderen Eliten lässt sich insofern feststellen, als es sich um hauptberufliche AkteurInnen in der Politik handelt (vgl. Linz 2011: 62). Im Falle autoritärer Regime wird nach Linz von einer geringen Zahl an AkteurInnen der Spitzenelite ausgegangen, was im Unterschied zu demokratischen Systemen auf den begrenzten Pluralismus in Führungspositionen zurückzuführen ist (vgl. ebd. 67).

Im Falle Russlands verhinderte die Fragmentierung der konkurrierenden Elitegruppierungen in den 1990er Jahren die Herausbildung eines autoritären Systems. Gleichzeitig formierte sich aber auch keine fortbestehende Einigkeit der EliteakteurInnen auf politische Spielregeln. Mit dem Antritt von Wladimir Putin als Präsident folgte diese

Einigung in Form der Akzeptanz von Wahlen als Ausdruck des politischen Wettbewerbs, was jedoch gleichzeitig mit einer Einschränkung bürgerlicher Freiheiten im Zuge der Rezentralisierung der politischen Führungsebene erfolgte. Der Einfluss der sogenannten „Oligarchen“²⁶ als jener, die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Präsidentschaft von Boris Jelzin maßgeblich prägende Gruppe von EliteakteurInnen, wurde zurückgedrängt. Dies äußerte sich unter anderem im Falle der Zerschlagung des Energiekonzerns „Jukos“ des Magnaten Michail Chordokowskij. Ebenso verringerte der weltweite Anstieg des Ölpreises zwischen 2004 und 2008 den Anreiz für die Eliten nach einer weiterführenden wirtschaftlichen Transformation, wie diese ab dem Zerfall der Sowjetunion mit der Marktöffnung und der Privatisierung vormals staatlicher Vermögenswerte vollzogen wurde. Das wesentliche politische Ziel unter der Ägide von Wladimir Putin wurde vielmehr die Erhaltung des Status quo, wobei dahingehend Gel'man von einem institutionellen Niedergang ausgeht, welcher mit dem Amtsantritt Putins im Jahr 2000 zusammenhängt (vgl. Gel'man 2010: 7f).

Bei der erwähnten Gruppe der „Oligarchen“ handelt es sich um jene AkteurInnen, deren Einfluss mit ihrer steigenden Eigentumsakkumulation im Zuge der Privatisierung in Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion zusammenhängt. Ein Teil dieser AkteurInnen nutzte aufgrund ihrer Positionen als Regierungsbeamte und in den Ministerien die Gelegenheit eine entscheidende Rolle bei den Privatisierungsvorgängen einzunehmen. In anderen Fällen waren die AkteurInnen zwar keine AmtsträgerInnen, nutzten aber ihre Verbindungen zu den jeweils Verantwortlichen, wie beispielsweise der ehemalige Autohändler und spätere Energiemagnat Boris Berezovskij, der 1996 einer der wichtigsten Unterstützer von Boris Jelzin bei der Präsidentschaftswahl wurde und zu dessen engsten Beratern zählte (vgl. Laqueur 2015: 53).

Der Aufstieg Putins zum Präsidenten ist vor allem mit jener Gruppe an AkteurInnen im nahen Umfeld von Boris Jelzin verbunden, die in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre maßgeblich die politischen Entscheidungsprozesse im Kreml bestimmt hat. Es handelt

²⁶ Unter der Bezeichnung „Oligarchen“ lassen sich in der Beschreibung der politischen Entwicklung Russlands in den 1990er Jahren jene neuen kapitalistischen Großunternehmer (sic!) erfassen, die Boris Jelzins Präsidentschaft unterstützten und deren Ziel es war, die Rückkehr kommunistischer Kräfte zu verhindern (vgl. Mommsen 2010b: 65). Die Bezeichnung dieser AkteurInnen verweist auf das Konzept der „Oligarchie“, welches die Herrschaft weniger AkteurInnen im Sinne ihres Eigeninteresses beschreibt (vgl. Harasymiw 1984: 9). Dieses Konzept weist nach Dafürhalten des Verfassers im Unterschied zur Elitetheorie eine starke Unschärfe hinsichtlich der Beschreibung der AkteurInnen auf. Es wird zwar eine Form der Machtausübung skizziert, jedoch sind die mit der Herrschaft befasste AkteurInnengruppe, sowie deren Mittel und Ressourcen, sehr unterschiedlich definiert, wodurch sich keine klare Abgrenzung zu anderen Elitegruppen vollziehen lässt. In seiner Anwendung verweist das Konzept in erster Linie auf jene in der Sphäre der Wirtschaft wirkmächtigsten AkteurInnen.

sich dabei um eine Gruppe, die öffentlich als „Familie“ bekannt wurde und die Putin in seiner damaligen Funktion als Regierungschef im Mai 2000 unterstützten in das Amt des Präsidenten zu gelangen. Bereits im ersten Wahlgang erreichte Putin dank massiver finanzieller Unterstützung, sowie durch die günstige Platzierung in den Medien („administrative Ressourcen“) mit 52,9 Prozent die Mehrheit der Stimmen. Der Aufstieg Putins hatte seine Wurzeln bereits in einer Berufung zum Premierminister im Sommer 1999, wo er durch die führende Gruppe der „Familie“ in jene für die Übernahme des Präsidentenamtes prädestinierte Position gebracht worden ist (vgl. Mommsen 2004: 192; vgl. Hartmann 2013: 95).

Rückblickend gewann Wladimir Putin seit seinem Antritt des Präsidentenamts seine Legitimation in der Bevölkerung im Zuge der Steigerung des Lebensstandards und durch das erneute Auftreten Russlands als Weltmacht im Verein mit dem militärischen Vorgehen in der Ukraine und in Syrien. Putins Amtszeit bezeichnet dahingehend das Ende der von Wirtschafts- und Finanzkrisen geprägten 1990er Jahre in Russland (vgl. Rutland 2018: 273).

Strukturelle Elemente der postsozialistischen Ordnung

In einer historischen Betrachtung der Bedeutung von Eliten vom zaristischen Russland, über die Sowjetunion bis zum heutigen Tag lässt sich nach Oxana Gaman (1998) durchgehend eine nahe Beziehung zum Staat erkennen. Dahingehend wird geschlussfolgert, dass die politischen Werte der Elite in einer Kontinuität von Autokratie, Etatismus und Kollektivismus (*sobornost'*) stünden, insofern im Laufe der Geschichte der Staat als wesentlicher Modernisierungsmechanismus für Russland fungierte (vgl. Gel'man/Tarusina 2000: 316).

Im historischen Rückblick wird als Kontinuität dieser Entwicklung das Vorhandensein einer „Dienstklasse“ genannt, welche unter der jeweiligen Führungsperson auch unterschiedliche Ausprägungen angenommen hat. Demgegenüber steht die Interpretation, dass es sich dabei mehr um eine „herrschende Elite“ (*ruling elite*) handelt, die Anzeichen einer Oligarchie aufweist (vgl. Keenan 1986 vgl. n. Rutland 2018: 274).

Wesentlich für die Bedeutung von Eliten im postsozialistischen Russland ist das Fehlen der stabilisierenden Funktion politischer Institutionen, da die politische Macht in einem viel höherem Maße an Personen gebunden ist, als dies in etablierten Demokratien der Fall ist (vgl. Hartmann 2013: 127). Die Bedeutung von politischen Eliten im Kontext des postsozialistischen Russlands ist im Lichte von David Lanes Kritik am Paradigma der Transitologie wie folgt zu verstehen:

„Unlike what were usually called 'transition to democracy' in the Latin American and southern European countries, the state socialist societies experienced a comprehensive conversion, involving the collapse of the dominant institutions of power, major transfers of property, and, with some notable exceptions, the exit from politics of the previous rulers and political elites.“ (Lane 2011: 5f)

Eine Erkenntnis der Eliteforschung war das Ausbleiben eines Elitepakts oder einer Eliteübereinkunft zwischen den konkurrierenden Gruppen am Ende des Zusammenbruchs der Sowjetunion, wie dies beispielsweise in anderen ehemaligen staatssozialistischen Ländern Ostmitteleuropas mit der Einbeziehung der Oppositionseliten der Fall gewesen ist. Unter Anwendung der Typologie von Burton und Higley (2001) zeigt sich in einer Studie über lokale Eliten in St. Petersburg, dass im Falle eines partiellen Elitekonsens nicht zwangsläufig ein höheres Maß an Demokratisierung erreicht wurde (vgl. Duka 1995 u. Duka/Bystrova/Daugavet/Gor'kovenko/Kornienko 1999 vgl. n. Gel'man/Tarusina 2000: 323).

Insgesamt wird die Eigenschaft des „verordneten“ Systemwechsels in der Forschung als ein für die weitere Demokratisierung Russlands abträgliches Merkmal erachtet, welches sich im undemokratischen Verhalten der GewinnerInnen der Transformation zeigt. Als Beispiele hierfür lassen sich die ausgedehnten klientelistischen Netzwerke, die anhaltende Korruption sowie das Vorherrschen informeller Machtfaktoren in politischen Entscheidungsprozessen nennen (vgl. Gel'man/Tarusina 2000: 322f).

Im Anschluss an die chaotischen Umbrüche im Russland der 1990er Jahre trat unter der ersten und zweiten Amtszeit Wladimir Putins als Präsident der Russischen Föderation (2000 bis 2008), in der Amtszeit als Ministerpräsident (2008 bis 2012), sowie der dritten Amtszeit als Präsident ab 2012 eine neue Klarheit hinsichtlich des institutionellen Gefüges ein, auch wenn einige Aspekte das heutige politische System Russlands zu einem hybriden Typus machen (vgl. Rutland 2018: 277). Rutland fasst dies wie folgt zusammen:

„This tumultuous left Russia with a complex institutional mosaic, a hybrid of the old and the new, combining Soviet and post-soviet elements.“ (Ebd. 277)

In der Analyse der Eliten Russland hat sich weitgehend die Auffassung durchgesetzt, dass eine neue und mächtige politische Elite unter dem Eindruck des Erbes des Staatssozialismus sowie der Macht der Präsidentschaft entstanden ist (vgl. Blondel/Müller-Rommel 2007: 823). Eine Fortsetzung dieser Deutung findet sich in Minchenkos Studien über die politischen Entscheidungsprozesse, in deren Zentrum Präsident Putin steht und welche durch ideologisch uneinige, aber hinsichtlich ihrer privaten Geschäftsinteressen geeinigte EliteakteurInnen gekennzeichnet sind. Minchenko charakterisiert dieses Netzwerk in Analogie zur Sowjetunion als „Politbüro 2.0“.

Dahingehend stellt er das Konzept der sogenannten „Machtvertikale“²⁷ des Präsidenten in Abrede, insofern es sich bei der Eliteformation im heutigen Russland um ein Konglomerat an einzelnen Gruppierungen und Klans handelt, die um Ressourcen konkurrieren, während Putin in diesem Setting die Funktion eines Moderators innehat. Als zentrale Quellen des Einflusses in diesem Netzwerk werden die von Wladimir Putin ausgehandelten Verträge über den Export von Erdgas aus Russland, sein politisches Engagement in der Erdgasindustrie, sowie die staatliche Kontrolle über die Bankunternehmen VEB, VTB und Sberbank gesehen. Laut Minchenkos Untersuchung über die Eliten wird für die AkteurInnen konstatiert, dass diese versuchen ihren Elitestatus sicherzustellen, indem sie politische Macht konvertieren und dahingehend ihr persönliches Eigentum sichern (vgl. Minchenko 2012: 2f).

Ein wesentliches Element bildet hierbei die Zurückdrängung des politischen Einflusses der bereits genannten „Oligarchen“ im Rahmen der ersten beiden Amtsperioden Putins als Präsident von 2000 bis 2004 und von 2008 bis 2012. Im Zuge dessen traten AkteurInnen aus staatsnahen Konzernen, sowie Mitglieder des Sicherheitsapparates, die sogenannten „Silowiki“, in den politischen Vordergrund. Über die Gruppe der Silowiki als EliteakteurInnen resümiert Bettina Renz, dass diese ihr politisches Kapital aus den Ressourcen des Polizeiapparats und der Strafjustiz schöpfen und ihnen hierdurch die Rolle einer Disziplinarmacht zukommt. Diese Macht setzen sie gegen das Fehlverhalten von Einzelpersonen aus Elite und Oppositionskräften ein, während die politische Verantwortung hierfür ausgeblendet wird (vgl. Renz 2006 vgl. n. Hartmann 2013: 115). Für das Verhältnis mit den „Oligarchen“ während Putins erster Amtszeit wird das sogenannte „Schaschlik-Übereinkommen“ als prägend angesehen, wobei im Laufe von informellen Treffen vereinbart wurde, dass sich die RepräsentantInnen der Wirtschaftselite aus den politischen Belangen herauszuhalten haben (vgl. Kryschtanowskaja/White 2009: 287).

Einen Wendepunkt stellten die im Jahr der Duma-Wahl 2003 aufbrechenden Widersprüche im Interessenausgleich zwischen den wirtschaftlichen AkteurInnen der „Oligarchen“ und der Staatsbürokratie dar. Einerseits nahm der politische Einfluss von dynamischen Teilen der Wirtschaftselite, vor allem bei privatisierten Ölkonzernen durch

²⁷ Der Begriff „Machtvertikale“ oder auch „Präsidentenvertikale“ bezeichnet nach Margareta Mommsen weniger eine konkrete Herrschaftsmethode als vielmehr den Wunsch des Durchregierens des Kremls als politischem Machtzentrum Russlands gegenüber den Regionen. Dennoch verweist der Begriff auf die nach wie vor bestehende Diskrepanz zwischen der Verfassungsordnung und der politischen Realität, wobei etwa parlamentarischen Kontrollmechanismen eine untergeordnete Rolle zukommt, während die exekutiven Elemente das politische System dominieren und sich auch kein einheitliches Verfassungsverständnis bei den politischen EntscheidungsträgerInnen finden lässt (vgl. Mommsen 2018).

den Prozess der Internationalisierung zu. Andererseits wurde das Stabilitätsversprechen Putins durch eine schleichende Immobilisierung politischen Handelns untergraben, wodurch etwa Strukturreformen in der Energiewirtschaft, im Bankenwesen, sowie bei der Modernisierung der Industrie ausgeblieben sind. Durch Unternehmensfusionen seit 1999 glitten zahlreiche Konzerne aus dem Kontrollbereich der Bürokratie. Die Aufkündigung der korporatistischen Herrschaft, wie sie vor allem für die Jelzin-Ära prägend war, verdeutlichte sich 2003 im Falle des Ölmagnaten Michail Chordokowskij. Gleichzeitig markierte der Prozess gegen Chordokowskij die Durchsetzung der Machtinteressen der Silowiki. Diese Entwicklung zeigte auch die nach wie vor dominante Stellung von einzelnen Herrschaftsgruppen im Vergleich zu sozialen Bewegungen und Parteien. Letztlich zog diese Änderung in der Gewichtung der AkteurInnengruppen keine strukturellen Veränderungen der politischen Machtbalance und des politischen System Russlands nach sich, sondern tangierte mehr die Frage der politischen Ordnung des Landes, sowie seiner Außenorientierung (vgl. Schulze 2004: 144ff, 159, 164). Das Ziel Putins war es etwaigen politischen Bestrebungen der „Oligarchen“ einen Riegel vorzuschieben, indem er etwa die Möglichkeit einer parlamentarischen Republik für Russland ausschloss (vgl. Mommsen 2004: 189).

Machtwechsel und Aufstieg der Silowiki

Für das postsozialistische Russland werden in der Forschung vor allem drei Gruppierungen identifiziert, die maßgeblich am prägendsten für die politischen Entscheidungsprozesse sind. Diese sind der sogenannte innere Kreis um den Präsidenten, die „Oligarchen“, die VertreterInnen der „Machtministerien“ auch genannt „Silowiki“, sowie AkteurInnen der Staatsbürokratie. Dahingehend ist anzumerken, dass sich manche dieser Gruppen überlappen respektive einzelne AkteurInnen aufgrund ihrer jeweiligen Position die Zugehörigkeit zu einer Gruppe wechseln können (vgl. Rutland 2018: 284).

Innerhalb der politischen Elite zeichnete sich unter Putin ein Generationenwechsel ab, wobei ehemalige FunktionsträgerInnen der Sowjetunion von jenen abgelöst wurden, die im Erwachsenenalter den Zerfall der Sowjetunion erlebt hatten. Für die Betrachtung der politischen Elite als jene AkteurInnen, die aufgrund ihrer Positionen im institutionellen Gefüge entsprechende Entscheidungsbefugnisse ausüben, sind vor allem die Gruppe der Silowiki sowie der sogenannten „Technokraten“ hervorzugehen. Beide Gruppen bilden einen zentralen Bestandteil der politisch-administrativen Elite Russlands und rekrutieren sich aus ihren eigenen Reihen. Die AkteurInnen der Silowiki halten dabei führende Positionen im polizeilichen und militärischen Apparat, sowie in der Staatsanwaltschaft und anderen Exekutivorganen (vgl. Hartmann 2013: 111). Sie gelten daher als bevorzugte

Stütze der politischen Hausmacht Putins, dessen eigene Biografie eng mit dem sowjetischen und russischen Geheimdienst verbunden ist und der aufgrund seiner früheren Positionen eine enge Verbindung zur staatlichen Verwaltung hat (vgl. Mommsen 2004: 187).

Nach seinem Studienabschluss begann Putin 1975 seine Tätigkeit für den sowjetischen Inlandsgemeindienst KGB wo er von 1985 bis 1990 in Dresden (ehem. Deutsche Demokratische Republik) stationiert gewesen war und nach seiner Rückkehr nach Leningrad (heute St. Petersburg) im August 1991 mit dem Rang eines Oberleutnants aus dem KGB ausschied. Nach seiner Bestellung zum Ersten stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration im Mai 1998 wurde Putin im Juli des selben Jahres zum Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB (Föderaler Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation) ernannt, bis er schließlich 1999 zuerst zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und kurz darauf zum Ministerpräsidenten der Russischen Föderation ernannt wurde (vgl. Laqueur 2015: 77f).

Mit der Zerschlagung des staatlichen Monopols an der Wirtschaft sowie dem Ende der zentralstaatlichen Wirtschaftsplanung wurde in den 1990er Jahren durch die als „Schocktherapie“²⁸ bekannte Politik unter Präsident Boris Jelzin eine radikale Einführung der Marktwirtschaft vorangetrieben. Im Zuge dessen entstanden die als „Oligarchen“ bekannten AkteurInnen, welche großteils mit engen Beziehungen zum Staat die Kontrolle über die wichtigsten wirtschaftlichen Produktionsmittel gewinnen konnten. Erst in den 2000er Jahren wurde dieser Trend umgekehrt und die Schlüsselbetriebe in Rüstungsindustrie, Erdöl- und Erdgasindustrie, sowie der Elektrowirtschaft und den Eisenbahnbetrieben wurden wieder unter staatliche Kontrolle gestellt. Dieser gesellschaftliche und politische Aufstieg der „Oligarchen“ verweist auf die enorme Ungleichverteilung der Eigentumsverhältnisse im postsozialistischen Russland.²⁹ Die Finanzkrise im Jahr 1998 führt zu einer Umschichtung in der Machtbasis der „Oligarchen“, insofern diese teilweise auf massive staatliche Unterstützung angewiesen waren. Nachdem Putin im Jahr 2000 zum Präsidenten gewählt wurde, hat er ihren Einfluss zurückgedrängt und signalisiert, dass UnternehmerInnen ihren Geschäften nachgehen könnten, solange diese sich von der Politik fernhielten. Ein Exempel dieser Politik wurde

²⁸ Siehe hierzu die Ausführungen von Jaitner (2014) über die Einführung des Kapitalismus in Russland in den 1990er Jahren und den damit in Verbindung stehenden AkteurInnengruppen.

²⁹ Zu genaueren Ausführungen über die soziale Stratifikation und Ungleichheit in Russland ab Ende der 1990er ist auf die Ausführungen von Hans-Henning Schröder (2008) zu verweisen. Die Ungleichverteilung der Einkommen ist bis heute und trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs durch die steigenden Rohstoffpreise eine prägende Konstante für die Entwicklung der russischen Gesellschaft, wie die Auswertung unterschiedlicher Datensätze hierzu vor Augen führt (vgl. Matveev 2020: 8).

an Michail Chordokovskij statuiert, was zu einer Anklage und der Zerschlagung des mehrheitlich in seinem Besitz befindlichen Yukos-Konzerns führte (vgl. Rutland 2018: 285f).

Die meisten „Oligarchen“ der Jelzin-Ära zogen sich wie etwa der 2013 verstorbene Boris Berezoskij ins Ausland zurück und verloren neben dem politischen Einfluss einen Großteil ihres Vermögens, etwa wie im Falle Berezovskijs durch die Zerschlagung von dessen Medienimperium. Andere wiederum schafften es einen Großteil ihres Vermögens zu bewahren, indem sie sich auf die Seite Putins stellten, wie etwa der Sportmagnat Roman Abramowitsch oder der Vorsitzende der Holding „Interros“ Wladimir Potanin, der sich nach der Jelzin-Ära ebenfalls weitgehend aus der Politik zurückzog (vgl. Laqueur 2015: 56f, 59). Weswegen schließlich die „Oligarchen“ im Elitenkonflikt mit den Silowiki das Nachsehen hatten, liegt unter anderem daran, dass ihre Bündnisse gegen die Machenschaften Putins und dessen Gefolgschaft nur kurzlebig waren, zumal sie die meiste Zeit im Wettstreit miteinander standen (vgl. ebd. 66).

Ebenso fehlte ihnen die politische Machtbasis, wie dies von Walter Laqueur treffend zusammengefasst wird:

„Er [Boris Berezovskij, Anm. Verf.] und die anderen Oligarchen besaßen zwar Geld und durch die ihnen gehörenden Medienhäuser Einfluss auf die Öffentlichkeit, aber sie verfügten weder über eine Partei noch über eine andere Kraft, die reale politische Macht hätte ausüben können.“ (Laqueur 2015: 54f)

Der Erhalt des Status quo als zentrale Prämisse der politischen Elite spiegelt sich unter anderem in der Rolle der Bürokratie, deren Rechenschaftspflicht innerhalb der institutionellen Hierarchieebenen, sowie gegenüber der Bevölkerung nur mangelhaft vorhanden ist. Der Bedeutungsverlust des Militärs hinsichtlich seines politischen Einflusses bildet den Hintergrund für den Aufstieg der von Kryschtanowskaja und White sogenannten „Militokratie“ unter Putin (vgl. Kryschtanowskaja/White 2003 vgl. n. Gel'man 2010: 10f). Die Möglichkeit des Entstehens der Silowiki steht damit im Zusammenhang mit den politischen Entwicklungen des postsowjetischen Russlands und ist das Resultat einer unvollständigen Transformation hin zu einem modernen Staat (vgl. Fisun 2012: 89). Denn auch nach dem Systemwechsel blieben schließlich im Wesentlichen die Grundlagen der Ministerialbürokratie intakt. Nach der Auflösung des sowjetischen In- und Auslandsgeheimdienstes KGB und dessen de facto Nachfolgeorganisation FSB setzte diese Institution trotz personeller Änderungen seine Aufgaben fort und gewann unter der Präsidentschaft Putins ab den 2000er Jahren erneut an Einfluss. Insgesamt wurde die Sicherheitspolitik der Sowjetunion in modifizierter Form fortgesetzt, insofern rund 4,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Rüstungsausgaben fließt (vgl. Rutland 2018: 278).

Die für die Präsidentschaft Putins prägende politische Elite sieht Kryschtanowskaja im Aufbau der sogenannten „Machtvertikale“ zwischen 2000 bis 2003. Diese ist durch die Besetzung sämtlicher Föderationsebenen mit Vertrauenspersonen aus dem Militär gekennzeichnet. Institutionell verankert handelt es sich um Bevollmächtigte des Präsidenten, die in den Regionen Russlands durch die Bildung von Koordinationsräten in sicherheits- oder wirtschaftspolitischen Belangen agieren. Verstärkt wurde diese Vertikale mittels der weiteren Positionierung von Militärangehörigen in der politischen und wirtschaftlichen Kontrolle als stellvertretende Minister, stellvertretende Chefs von Föderationsbehörden, den HauptabteilungsleiterInnen in den Föderationsbehörden, sowie als Abgeordnete der Staatsduma und des Föderationsrates (vgl. Kryschtanowskaja 2005: 165f). Durch diese institutionelle Durchdringung der Russischen Föderation mit Angehörigen des Militärs sieht Kryschtanowskaja die Stärkung autoritärer Führungsmethoden, die Zurückdrängung demokratischer Entscheidungsprozesse und Analogien zur Sowjetunion (vgl. ebd. 167f).

„Mit jedem Jahr der Herrschaft Putins treten Züge des sowjetischen Führungsstils klarer hervor: pompöse Kongresse der Machtpartei ['Einiges Russland', Anm. Verf.] mit ausgedehnten, langweiligen Reden, endlose Treueschwüre der Elite für den Präsidenten und seine ‚Generallinie‘, Diktat der Politik gegenüber der Wirtschaft, Einschränkung der Redefreiheit, Furcht vor Repressalien für illoyales Verhalten, erneute Abschottung der Elite und Ausweitung ihrer Privilegien.“ (Kryschtanowskaja 2005: 170)

Der Aufstieg Putins ist eng mit den personellen Verflechtungen in den politischen Machtpositionen verbunden und verweist auf wechselnde Allianzen und Konflikte der einzelnen AkteurInnengruppen. Zu Beginn von Putins erster Amtszeit als Präsident bekleidete etwa Alexander Woloschin die Funktion als Leiter Präsidentialadministration, welche er bereits unter Jelzin innehatte und bis 2003 besetzte. Der damalige Ministerpräsident Michail Kasjanow (2000 bis 2004), sowie Woloschin werden der Elitegruppe der bereits genannten „Familie“ um Jelzin zugerechnet (vgl. Mommsen 2004: 194f).

Woloschin zusammen mit dem Politikberater Gleb Pawlowski, der bereits die Präsidentschaftswahlen 1996 für Boris Jelzin orchestrierte und sich einen Namen als prominentester Spin-Doctor Russlands machte, wirkten entscheidend am Wahlsieg Putins am 26. März 2000 mit. Neben Woloschin spielte auch der damalige Erste stellvertretende Leiter der Präsidentialadministration Wladislaw Surkow (1999 bis 2011) eine wichtige Rolle für den Aufstieg Putins. Surkow avancierte in dieser strategischen Funktion in der Folgezeit zum Architekten der gelenkten Demokratie Russlands und damit der vertikalen Machtgliederung, wie sie in der Gestaltung der Parteienlandschaft, dem Aufbau von

institutionellen Surrogaten und der Entmachtung der Regionen ihren Ausdruck fand (vgl. Mommsen 2017: 41f, 46). Die Konstellation der Eliten in den ersten beiden Amtsperioden Putins lässt sich wie folgt zusammenfassend schildern:

„Der unter Putin betriebene Ausbau der ‚Machtvertikale‘ [...] war zwar nicht überall in gleichem Maße erfolgreich, doch stärkte er die Stellung der föderalen Exekutive, deren Angehörige erheblich an Einfluss gewannen. Allerdings nahm auch die Bedeutung der Wirtschaftseliten zu. Das ölpreisindizierte Wirtschaftswachstum der Putin-Jahre verlieh den großen Konzernen zusätzliches Gewicht. Dies war jedoch nicht gleichbedeutend mit Zunahme an politischer Bedeutung.“ (Schröder 2010: 11)

Die enge Verzahnung von Bürokratie und dem Sicherheitsapparat, sowie den sich widersprechenden Interessen von EliteakteurInnen innerhalb dieser Konstellation lässt sich daran erkennen, wie es Putin 2012 erneut schaffte zum Präsidenten Russlands zu avancieren. Während etwa der Stellvertretende Präsidialamtsleiter Igor Setschin als Vertreter der Silowiki einen weiteren Akteur der Silowiki als Nachfolger für Putin vorsah, präferierte der stellvertretende Leiter der Präsidialadministration Wladimir Surkow einen von den Sicherheitsdiensten unabhängigen Kandidaten. Setschin präferierte den ehemaligen Verteidigungsminister und Angehörigen des FSB Sergej Iwanow, während sich Surkow für den amtierenden Finanzminister Viktor Subkow aussprach. Setschin, der seit 2004 Vorstandsvorsitzender des russischen Ölkonzerns Rosneft ist, wollte durch eine mögliche Kandidatur Iwanows den wirtschaftlichen Einflussbereich in den Gashandel ausdehnen, was sich jedoch mit den Interessen des amtierenden Präsidenten Dmitri Medwedew spießte, der eine weitere Einflussnahme von Rosneft zu unterbinden suchte. Zu diesem Zeitpunkt hielt sich Putin in seiner Position als Ministerpräsident mit einer Parteinahme zurück. Als Präsident konnte er die Interessenfraktionen und deren Apparate austarieren, was in diesem Falle aber nicht gelang. Zwischen den EliteakteurInnen folgte ein Gerangel um die Nachfolgefrage, was sich etwa in einer Reihe von gegenseitigen Missbrauchsbezeichnungen und Korruptionsvorwürfen ausdrückte. Erst die Duma-Wahl 2007 brachte eine Vorentscheidung für die AkteurInnenkonstellation insofern Subkow zum Regierungschef ernannt wurde und Putin seinerseits eine Kandidatur für das Amt des Regierungschefs in Aussicht stellte (vgl. Hartmann 2013: 116f).

Konflikte und Kohabitation

2008 schied Putin verfassungskonform aus dem Amt des Präsidenten aus, wobei noch zuvor die Kandidatur von Dmitri Medwedew, seines Mitarbeiters der Präsidialverwaltung, lanciert wurde. Putin wiederum avancierte zum Ministerpräsidenten und darüber hinaus zum Vorsitzenden der Präsidialpartei „Einiges Russland“ (vgl. Hartmann 2013: 97). Putin und Medwedew verbindet ihre Bekanntschaft, welche auf die gemeinsame Studienzeit in

St. Petersburg zurückgeht. Medwedew wurde von Putin in die Präsidentialverwaltung berufen, von wo aus er in den Ministerrat wechselte und später zum Leiter der Präsidentialadministration avancierte. Vor seinem Amtsantritt als Präsident war er als Aufsichtsrat des staatlichen Erdgaskonzerns Gazprom tätig (vgl. ebd. 114).

Im März 2008 wurde Medwedew mit über 70 Prozent der abgegebenen Stimmen zum Präsidenten Russlands gewählt. Nach zwei Amtsperioden gelang es Putin, wenn auch nicht konfliktfrei, im Rahmen der gelenkten Demokratie seine Nachfolge zu orchestrieren (vgl. Mommsen 2017: 72f). Ungeachtet des Positionswechsels von Putin und Medwedew 2008 und 2012 zeigt sich, dass Wladimir Putin die führende Rolle in der russischen Politik beibehielt, was wiederum auf die Schwäche der politischen Institutionen verweist. BeobachterInnen sprachen bei dieser Konstellation von Präsident und Premierminister auch von einer „Tandemokratie“, wobei Putin die Rolle des bestimmenden Akteurs zugesprochen wurde (vgl. Hartmann 2013: 122, 126).

Obwohl Medwedew innerhalb der EliteakteurInnen den Ruf eines reformfreudigen Liberalen genoss, der das bestehende Rekrutierungssystem zur Besetzung von Spitzenpositionen kritisierte, wird ihm das Fehlen einer Hausmacht nachgesagt (vgl. Mommsen 2017: 87). Bereits im Vorfeld der Machtübergabe zeichnete sich im Herbst 2007 ein Konflikt zwischen einzelnen EliteakteurInnen aus dem Bereich der Staatssicherheitsbehörden und damit seitens der Silowiki ab. Den Hintergrund bildete die bereits erwähnte Rivalität von Elitegruppen um die Besetzung hochrangiger Positionen im Umfeld Putins und den damit verbundenen wirtschaftlichen Einflussmöglichkeiten. Als HauptakteurInnen wurden dabei die VertreterInnen der Machtministerien, der Regierungsbürokratie, sowie der Unternehmens- und Geschäftswelt identifiziert, die vielfältig miteinander verwoben sind und eine horizontale Struktur informeller Klans aufweisen (vgl. ebd. 75f, 78f). Zum Zeitpunkt der Nominierung Medwedews als Präsidentschaftskandidat im Dezember 2007 lässt sich folgende Momentaufnahme der politischen Eliten skizzieren:

„Aufs Ganze gesehen hatte die herrschende Oligarchie am Vorabend der Präsidentschaft Medwedews neue Konturen erlangt. In ihr befanden sich Oligarchen der Jelzin-Zeit wie Roman Abramowitsch und Oleg Deripaska neben den neuen ‚Putingarchen‘ wie Sergei Tschemesow, dem Leiter des Rüstungsexportunternehmens Rosoboronexport. [...] Der Unterschied zwischen den alten und neuen Oligarchen lag vor allem darin, dass die neuen für ihre marktstrategischen Entscheidungen jeweils der Genehmigung durch Regierungsbeamte bedurften.“ (Mommsen 2017: 85)

Aufgrund der innenpolitischen Machtkonstellation blieben Medwedew trotz seiner Position als Präsident in vielerlei Hinsicht die Hände gebunden, zumal die VertreterInnen der

Silowiki noch immer eine starke Konzentration in den zentralen Exekutivpositionen aufwiesen (vgl. ebd. 93).

Nach dem Wechsel von Putin in die Rolle als Ministerpräsident und den Antritt Medwedews als Präsident zeichnete sich eine Stabilität der AkteurInnen ab, die ihre Positionen innerhalb der politischen Elite änderten. Der von 2007 bis 2008 amtierende Ministerpräsident Viktor Subkow wechselte in die Position des stellvertretenden Ministerpräsidenten und wurde gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender des Energiekonzerns Gazprom, wo er Dmitri Medwedew in dieser Funktion ablöste. Sergeij Sobjanin gelangte vom Leiter der Präsidialadministration in die Regierung als Erster stellvertretender Ministerpräsident. Als neuer Leiter der Präsidialadministration rückte Sergeij Naryschkin auf, der bereits seit 2007 in dieser Institution verankert war und der aus dem St. Petersburger-Umfeld Putins stammt. Igor Setschin, der als „rechte Hand“ von Putin galt, avancierte vom Leiter der Präsidialverwaltung zum stellvertretenden Ministerpräsidenten mit Generalkompetenz für die Öl- und Gasindustrie, während er gleichzeitig seinen Vorsitz bei Rosneft bis 2011 behielt. Nikolai Patruschew, Leiter des FSB (seit 1999 in dieser Funktion Nachfolger von Putin) und enger politischer Verbündeter von Setschin avancierte 2008 zum Sekretär des Sicherheitsrates. 2011 erfolgte der nächste größere Positionswechsel innerhalb der politischen Elite als Präsident Medwedew wiederum Putin als Nachfolger vorschlug, der wiederum Medwedew für die Nachfolge als Ministerpräsident nannte. Im Zuge der Stimmverluste der Präsidentenpartei „Einiges Russland“ und den Demonstrationen aufgrund von Unregelmäßigkeiten bei den Duma-Wahlen im Dezember 2011 kam es zu einigen Umbesetzungen in der Regierung, doch blieb das politische Kräftefeld mit der neuerlichen Amtsübernahme Putins im Mai 2012 unverändert. Ihre Positionen behielten unter anderem der Erste stellvertretende Ministerpräsident Pjotr Schuwalow und der stellvertretende Ministerpräsident Wladimir Surkow. Jene, die aus den Regierungsämtern ausschieden, wechselten zum Teil in die Präsidialadministration. Einzig Igor Setschin schied aus der Regierung aus, um gänzlich zum Ölkonzern Rosneft zurückzukehren (vgl. Hartmann 2013: 118f u. vgl. Mommsen 2017: 93).

Neo-Patrimonialismus

Die nachhaltige Bedeutung des Konzepts der Nomenklatura, wie er bereits im Zusammenhang mit der Sowjetunion erläutert wurde, zeigt sich unter anderem im fortlaufend undemokratischen Charakter russischer EliteakteurInnen. Einen Aspekt für die Fortsetzung dieser Entwicklung, trotz des Systemwechsels, bilden Patronage-Netzwerke, welche sich bereits im Spätsozialismus herausbildeten. Diese sind als Folge sozialer

Anpassungsprozesse zu verstehen und haben die Entwicklung einer sogenannten „Nomenklatura quasi-Korporatismus“ ermöglicht (vgl. Gel'man/Tarusina 2000: 316).

Für die Funktionsweise der politischen Institutionen im heutigen Russland ist auf die Bedeutung von persönlichen Kontakten zur Verwaltung zum Zweck der Mobilisierung von Ressourcen (*blat*³⁰) hinzuweisen, was sich unter anderem im geringen Vertrauen der Bevölkerung in die formellen Institutionen äußert. Dabei wird auch von einer Anomie der Institutionen der Russischen Föderation gesprochen, deren Arbeitsweise auf Gefälligkeiten basiert, gleichzeitig aber auch mit dem Bedürfnis vieler BürgerInnen nach einer starken Führungspersönlichkeit verbunden ist (vgl. Rutland 2018: 279f).

Laut Oleksandr Fisun zeigt die Erforschung postsozialistischer Regime, dass ein Elitepakt, wie er als Voraussetzung für demokratische politische Systeme angenommen wird, irrelevant erscheint. Vielmehr sind die Bündnisse der EliteakteurInnen darauf ausgerichtet verschiedene Varianten nicht-demokratischer oder semi-demokratischer Regime zu konsolidieren. Diese politischen Regime widersprechen einer eindeutigen Zuschreibung als demokratisch oder autoritär, weshalb etwa im Fall des postsozialistischen Russlands von einem hybriden Regime gesprochen werden kann. Ein wesentlicher Mechanismus zum Verständnis dieses Regimetypus bildet das Konzept des Neo-Patrimonialismus, welches sich auf personenbezogene respektive akteurszentrierte Machtausübung fokussiert. Im Zuge dessen wird von einer fortschreitenden „Feudalisierung“ des Staates gesprochen, wobei die Aneignung von privaten und politischen Ressourcen sowie die Kluft zwischen staatlichen Eliten sowie lokalen Eliten in den Blick geraten (vgl. Fisun 2012: 88f). Im Zusammenhang mit der Konfiguration hybrider Regime handelt es sich beim Konzept des „Neo-Patrimonialismus“ um eine Symbiose von Patrimonialismus wie im Falle der Sowjetunion und modernen Regierungssystemen. Dabei werden die formalen Institutionen eines demokratischen Systems wie Parlament, Parteiensystem sowie der politische Wettbewerb der Logik von Patron-Klientel-Verhältnissen unterworfen (vgl. Eisenstadt/Lemarchand 1981 u. Eisenstadt/Roniger 1984 vgl. n. Fisun 2012: 90f).

Für die Putin-Ära lässt sich eine uneinige und innerlich fraktionierte Klasse in den Entscheidungspositionen feststellen, deren Mitglieder durch Patronage-Verhältnisse und durch die Androhung und Ausübung von Zwang in ihren systembewahrenden Funktionen

³⁰ Der Begriff „*blat*“ im Russischen verweist auf ein Phänomen in der staatssozialistischen Gesellschaft der Sowjetunion, wonach die Verfügbarkeit von Ressourcen und Dingen des täglichen Bedarfs von der Nutzung personalisierter Netzwerke abhängig war. Es handelt sich um eine ausgleichende Komponente im Rahmen der Mangelwirtschaft und führte aber auch zu einer Erosion der Legitimation staatlicher Institutionen, die ihrerseits durch selbiges Phänomen von Korruption durchdrungen waren (vgl. Gréen 2009: 68f)

gebunden sind. Dieser Umstand wird dadurch verstärkt, dass die EliteakteurInnen nur eine geringe Legitimation bei der Bevölkerung besitzen.³¹ Dahingehend beruht die Komponente der Konfliktlösung und Streitschlichtung zwischen den AkteurInnen einzig auf der Person Wladimir Putins, was auch mit dem Begriff der „Handsteuerung“ (*ruchnoe upravlenie*) beschrieben wird. Die einzelnen Aspekte des politischen Systems sowie die entsprechende Ausprägung der Eliten lassen sich, wenn auch unscharf, unter dem Begriff des „Putinismus“³² zusammenfassen, wobei diese politische Ordnung krisen- und konfliktanfällig ist, wie dies der skizzierte Amtswechsel von Putin zu Medwedew und wieder retour veranschaulicht (vgl. Rutland 2018: 276).

Insgesamt zeigt sich trotz Änderungen in der AkteurInnenkonstellation als zentrales Merkmal der politischen Eliten Russlands die Verschmelzung von (politischer) Macht (*wlast*) und Eigentum (*sobstwenost*). Die Mechanismen der Eliterekrutierung und -zirkulation funktionieren dabei über personalisierte Beziehungsstrukturen, die eine notwendige Voraussetzung für den Eintritt in die Kaderpolitik (vertikale Mobilität) darstellen und den Wechsel zwischen bürokratischen Institutionen und staatlichen respektive staatsnahen Betrieben (horizontale Mobilität) ermöglichen (vgl. Burkhardt 2016: 16). Für die ersten beiden Präsidentschaften Putins attestiert Kryschtanowskaja eine schrittweise Sowjetisierung des Regimes, insofern der offiziellen Beschwörung des „starken Staates“ ein von Korruption geprägter Netzwerkstaat gegenübersteht. Dabei handle es sich um eine oligarchische Herrschaft, welche sich selbst stabilisiert. Demgegenüber wendet wiederum Mommsen ein, dass im Unterschied zur Sowjetunion im heutigen Russland keine Parteistruktur wie jene der KPdSU existiert, welche die informellen Netzwerke in ein Nomenklatura-System einschließt. Die sogenannte Machtvertikale des Präsidenten erlaubt eine stärkere Durchlässigkeit für informelle

³¹ Dieser Umstand zeigt sich in den Befragungen des Lewada-Zentrums und WZIOM, die ein hohes, wenn auch schwankendes Vertrauen für Wladimir Putin bei der Bevölkerung Russlands feststellen. Dabei bewegen sich Putins Vertrauenswerte von 2000 bis 2005 durchschnittlich um die 50 Prozent, während beispielsweise SpitzenpolitikerInnen anderer Parteien, bis auf wenige Ausnahmen, unter 20 Prozent und niedriger bleiben (vgl. WZIOM/Levada 2005: 5). Selbst das Vertrauen gegenüber Dimitri Medwedew lag in der Zeit seiner Präsidentschaft von 2008 bis 2012 durchschnittlich bei 38,4 Prozent und rutschte anschließend bis zum Jahr der Präsidentschaftswahl 2018 auf durchschnittlich 12 Prozent (vgl. WZIOM 2020: 18). Umgekehrt lag das Misstrauen gegenüber Putin im Mai 2017 bei nur 3,1 Prozent, während es bei Medwedew 16,4 Prozent waren (vgl. WZIOM 2017: 20).

³² Der Begriff „Putinismus“ verweist laut Walter Laqueur auf die Problematik der konkreten Einordnung und Definition des aktuell in Russland vorherrschenden politischen Regimes. Ein Merkmal bildet unter anderem die Suche nach einer Staatsdoktrin vor dem Hintergrund einer zwar vorhandenen Verfassung, die sich jedoch mit der politischen Realität nur unzureichend deckt. Wie in einem von Putin 1999 gebilligten Positionspapiers, welches auch zur Grundlage seines Wahlprogramms wurde, wird in einer Kombination aus patriotisch-nationalistischen Formulierungen eine neue Mission respektive eine „russische Idee“ gefordert (vgl. Laqueur 2015: 88ff).

Seilschaften als dies im politischen System der Sowjetunion der Fall gewesen ist (vgl. Kryschtanowskaja/White 2011 vgl. n. Mommsen 2017: 59).

Rekrutierung: Nomenklatura-Elite

Ein zentrales Interesse der Elitenforschung und Transitologie lag auf der Reproduktion von Elitestrukturen in der Sowjetunion. Die Forschung konstatiert, dass es aufbauend auf der Annahme des Elitentypus der ideokratischen Elite³³ zu einer Rekonstruktion der sogenannten „Nomenklatura-Elite“ nach dem Systemwechsel im postsozialistischen Russland gekommen ist. Wesentliche VertreterInnen dieses Ansatzes sind Olga Kryschtanowskaja und Stephen White, laut deren These die Nomenklatura-Elite ihre Macht aus dem politischen Apparat bezieht, dessen Ursprung in der KPdSU liegt. Demnach haben AkteurInnen ihre vormaligen Machtpositionen im Staatssozialismus nutzen können, um im Zuge des Systemwechsels neue Positionen mit politischer Macht ausgestattete Positionen einzunehmen. Als Untermauerung dieser Argumentation werden die Biografien einzelner AkteurInnen genannt, woraus hervorgeht, dass ein Großteil der Eliten im postsowjetischen Russland aus den mittleren Rängen der einstigen Nomenklatura stammt (vgl. Lane 2011: 7).

Die zentrale These des Konzepts der Nomenklatura-Elite geht dabei im Wesentlichen von einer doppelten Konversion aus, wobei die vormaligen politischen Positionen von VertreterInnen der Nomenklatura im Zuge des Systemwechsels in der Sowjetunion zunächst in privilegierte Positionen in der Wirtschaft umgewandelt wurden, um im Anschluss daran wieder in politische Macht konvertiert zu werden (vgl. Gel'man/Tarusina 2000: 320). Die Vorstellung der Nomenklatura-Elite ist eng an die These der Militarisierung der politischen Elite Russlands geknüpft und dem damit verbundenen Aufstieg der AkteurInnen der Silowiki. Dabei handelt es sich um jene AkteurInnen, deren biografische Werdegänge direkt oder auch indirekt durch berufliche und persönliche Verzahnungen mit den Institutionen der bewaffneten Streitkräfte und Geheimdienste verbunden sind (vgl. Kryschtanowskaja/White 2013: 298f).

In ihren Ausführungen über die enge akteursspezifische Verzahnung von Wirtschafts- und Militärssektor hat das Konzept der Nomenklatura-Elite nach Dafürhalten des Verfassers starke Bezüge zur Elitetheorie der Machtelite (*Power Elite*) von Charles Wright Mills. Die Annahme über die Silowiki als personeller Kern dieser Machtelite ist dabei stark mit der Verankerung politischer Macht in institutionellen Positionen verbunden.

Die Argumentation über die politische Macht der Silowiki wird durch deren steigende Präsenz in führenden Positionen begründet wie diese seit der Präsidentschaft Putins zu

³³ Zur Typologie von Burton/Higley (2001) S. 24f in den vorliegenden Ausführungen.

beobachten war. Wird deren Anteil unter Jelzin 1993 noch mit rund elf Prozent beziffert, waren es in der ersten Amtszeit von Putin 2002 bereits 25 Prozent und zum Ende der zweiten Amtszeit 2008 rund 42 Prozent aller politischen EliteakteurInnen. Die höchste Konzentration in den Spitzenpositionen findet sich dabei mit rund 69 Prozent in der Präsidentialadministration und dem Verwaltungswesen des Sicherheitsrates des Kremls. Gleichzeitig ist jedoch zu beachten, dass der Anteil jener EliteakteurInnen, die unmittelbare Erfahrungen im Rahmen ihrer früheren Funktionen in der sowjetischen Nomenklatura aufweisen, leicht zurückgegangen ist. Lag deren Anteil 2002 noch bei 38 Prozent bei einem Durchschnittsalter von 52 Jahren, waren es 2008 34 Prozent bei einem Durchschnittsalter von 54 Jahren (vgl. Kryschtanowskaja/White 2009: 300f).

Der Annahme, wonach die AkteurInnengruppe der Silowiki das Zentrum der politischen Machtelite darstellt, stehen jedoch einige Aspekte entgegen. So bietet der Terminus „Silowiki“ selbst nur ein schwaches konzeptionelles Erklärungsmuster, insofern die Homogenität der AkteurInnen, welche mit dem Begriff assoziiert werden, nicht durchgehend gegeben ist. Gemäß dem empirischen Ansatz, welcher auf die Anzahl von AkteurInnen mit einem militärischen Hintergrund sowie auf (ehemalige) Angehörige von Sicherheitsdiensten zielt, überwiegt letztlich die Zahl der zivilen Angehörigen in der Staatsverwaltung. Im Kontext der bereits erläuterten Schwäche politischer Institutionen der Russischen Föderation lässt sich die unter der Präsidentschaft Putins steigende Zahl an AkteurInnen, welche der Gruppe der Silowiki zugerechnet werden, anhand der fehlenden institutionellen Rekrutierungsmechanismen erklären (vgl. Burkhardt 2016: 14 u. vgl. Renz 2006).

In der empirischen Forschung findet das Modell der Nomenklatura-Elite seine Entsprechung in der Feststellung einer geringen Elitezirkulation Mitte der 1990er Jahre im Vergleich zu den letzten Jahren der Sowjetunion. Es wird dahingehend von einem hohen Grad an Elitekontinuität in der Wirtschaft sowie auf lokalpolitischer Ebene und in der Verwaltung des postsozialistischen Russlands ausgegangen (vgl. Gel'man/Tarusina 2000: 320).

Der Staatszerfall der Sowjetunion und der damit einhergehende Zusammenbruch des Institutionengefüges führten zu einer Fragmentierung der politischen Elite. Dieser Umstand hat seinen Ursprung darin, dass es sich nicht um einen geplanten Systemwechsel handelte und es dahingehend auch keine Gegenelite innerhalb des in Auflösung begriffenen Staatssozialismus gab, die einen geordneten Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft vollziehen hätte können. In den einstigen Sowjetrepubliken nahmen das innere Zerwürfnis der Eliten jeweils unterschiedliche Ausprägungen an. Obschon einige AkteurInnen des KGB sowie des Zentralkomitees der KPdSU darauf bedacht waren eigenständige Handelsbeziehungen aufzubauen, handelt

es sich hierbei um eine verhältnismäßig kleine Gruppierung innerhalb der postsozialistischen Elite. Letztlich hatte ein Großteil der Nomenklatura durchaus Interesse am Fortbestehen des sowjetischen Staates (vgl. Rutland 2018: 280f).

Lane kritisiert am Paradigma der Nomenklatura-Elite, welches sich großer Anerkennung in der Forschung erfreut, einen generellen Fehler in der Erforschung von Eliten, insofern eine angenommene Elitenreproduktion nicht zwangsläufig zur Rekonstruktion des vorangegangenen (politischen) Systems führt (vgl. Lane 2011: 7). Auch wenn die These der „Nomenklatura Konversion“ von vielen als allgemeingültig anerkannt wird, mangelt es diesem Modell letztlich an einer Erklärung, wie es zu der beschriebenen Entwicklung der Eliten gekommen ist. Darüber hinaus werden Konflikte innerhalb der Elite nicht erläutert (vgl. Gel'man/Tarusina 2000: 321).³⁴ Im Verständnis von Nomenklatura als einer Form von „Dienstklasse“, deren Zweck die Herrschaftssicherung der jeweiligen politischen Führung darstellt, kann ab den 1990er Jahren nicht mehr von einer solchen Konstellation der AkteurInnen ausgegangen werden, da mit der Auflösung des Staatssozialismus ein weit loseres Netzwerk an EliteakteurInnen das Feld der Politik betreten hat (vgl. Hellie 2005 vgl. n. Rutland 2018: 278).

Aus einer steigenden Anzahl an AkteurInnen der Silowiki in staatlichen Führungspositionen, wie dies vor allem für die ersten beiden Amtsperioden Putins als Präsident charakteristisch war, eine Ableitung über einen zunehmenden Autoritarismus des politischen Systems Russlands herzustellen, ist letztlich wenig zielführend. Die Annahme, dass allein aus einem beruflichen Hintergrund bei militärischen und sicherheitsdienstlichen Einrichtungen eine ablehnende Haltung gegenüber demokratischen Institutionen und Prozessen, aufgrund eines militaristischen Mindset resultieren würde, ist empirisch nicht haltbar (vgl. Renz 2006: 922).

Rekrutierung: Mangelhafte Kontinuität und Stabilität

In einer Untersuchung über die Karriere- und Rekrutierungsmuster der Abgeordneten der Duma, der MitarbeiterInnen der Ministerien sowie der GouverneurInnen im Zeitraum von 1991/1993 bis 2011 stellt Elena Semenova insgesamt zwei Formen der Elitenreproduktion fest. Diese sind einerseits eine strukturelle Kontinuität hinsichtlich soziodemographischer Aspekte von EliteakteurInnen und andererseits funktionelle Kontinuitäten betreffend der Pfadabhängigkeit bei den einzelnen Karrieremustern von Angehörigen der politischen Elite (vgl. Semenova 2012: 71).

³⁴ Ein Beispiel inwiefern sich der politische Einfluss von AkteurInnen der sowjetischen Nomenklatura im Russland nach dem Systemwechsel abgeschwächt hatte, zeigte sich bereits in den Untersuchungen von David Lane Anfang der 1990er Jahre (vgl. Lane 2011: 83).

Mit der Theorie der Pfadabhängigkeit verweist Semenova auf die Erwartung eines hohen Grades an Elitenkontinuität und der damit verbundenen Ausprägung einer Quasi-Nomenklatura, so wie diese von Kryschtanowskaja (2005) angenommen wird, wobei das stark geänderte institutionelle Setting der Russischen Föderation beachtet werden muss (vgl. Semenova 2012: 72). Diese Entwicklung spiegelt eine generelle Tendenz wider, auf welche Juan Linz verweist:

„Wenngleich die Elite relativ offen ist, gibt es nur wenige vorhersagbare Wege, um in sie einzutreten. [...] Weil der Wettbewerb um Macht nicht effektiv institutionalisiert ist, liegen die Pfade zur Macht im Dunkel: Weder sind hingebungsvolle Parteiarbeit und ideologische Konformität noch eine stete Karriere durch gewählte Ämter die ‚richtigen Wege‘. Erfolg in nichtpolitischen Sphären [...], das Prinzip ‚Wer kennt wen?‘, oder gar der Zufall können letztlich wichtiger sein.“ (Linz 2011: 69)

Die Hypothese des hohen Grades an Elitekontinuität für das postsozialistische Russland lässt sich nur schwer bestätigen, da dieser Sachverhalt zwar für verhältnismäßig niedrigere Positionen der ehemaligen AkteurInnen der sowjetischen Nomenklatura zutrifft, letztlich aber der größte Teil der AkteurInnen in Spitzenpositionen in den 1990er Jahren ausgewechselt wurde. Der Großteil der AkteurInnen in politischen Führungspositionen entstammt einer jüngeren Generation und hatte in manchen Fällen lediglich Positionen mit einem geringem Verantwortungsbereich im Rahmen der institutionellen Hierarchie inne, obschon die daraus gewonnenen persönlichen Netzwerken bei einigen AkteurInnen einen Einstieg etwa in unternehmerische Tätigkeiten begünstigt haben.³⁵ Ausgehend von Burton und Higleys (2001) Schema schlussfolgert Rutland im Hinblick auf das Modell einer konsensualen Elite, dass sich in der Entwicklung des postsozialistischen Russlands kein solcher Moment der Entstehung einer Eliteübereinkunft feststellen lässt. Die einschneidenden Ereignissen des Augustputsches und die im Dezember 1991 folgende Auflösung der Sowjetunion, die Eskalation des Streits zwischen Präsident Boris Jelzin und dem Parlament im Oktober 1993 um die Verfassung, sowie 1998 die Finanzkrise hinterließen eine gesplante Elite. Einzig die Wahl Wladimir Putins als Präsident versprach rückblickend die Entstehung eines Elitepakts, auch wenn die Nachfolge Jelzins nicht auf einen solchen Konsens zurückzuführen war. Im Umkehrschluss lässt sich auch nicht das Modell einer ideologisch vereinigten Elite in postsozialistischen Russland

³⁵ David Lane kritisiert die Gleichsetzung des Begriffs „Nomenklatura“ mit der Bezeichnung „politische Elite“, da nicht alle AkteurInnen der Nomenklatura der Sowjetunion in Entscheidungsprozesse eingebunden waren, obschon sie eine zentrale Grundlage für die Stabilität des politischen Systems darstellten. Die unter anderem von Kryschtanowskaja postulierte „Reproduktion“ einer Nomenklatura im Russland nach dem Systemwechsel ist laut Lane insofern nicht zutreffend, da die sich wandelnden Wertevorstellungen und Interessen von AkteurInnen dabei außer Acht gelassen werden (vgl. Lane 1997: 859f).

erkennen, zumal es einer solchen ideologischen Leitlinie nach wie vor fehlt, auch wenn etwa Putin unter der Prämisse der „Nationalisierung der Eliten“ die ausländischen Geld- und Aktiengeschäfte von RegierungsvertreterInnen einzudämmen versucht (vgl. Rutland 2018: 281ff).

Einen wesentlichen Aspekt der Rekrutierung politischer Eliten bildet der fließende Übergang von der Ministerialbürokratie zu den Vorstandsebenen staatsnaher Betriebe. Demnach stammten 2008 20 Prozent der InhaberInnen von Spitzenpositionen in der Regierung aus der Geschäftswelt und 14 Prozent von Hochschulen. BeamtInnen und PolitikerInnen wechselten dabei am häufigsten in die Öl- und Gasbranche als dem am stärksten vom Staat geprägten Wirtschaftszweig Russlands (vgl. Hartmann 2013: 113).

Die Rekrutierung politischer Eliten verweist dabei auf das Dilemma von Putins erster Amtszeit als Präsident, insofern für die Umsetzung politischer Ziele die Abhängigkeit von den „Oligarchen“ der Jelzin-Ära zu lösen war und dahingehend eine autoritär-administrative Machtgruppe aufgebaut wurde. Diese Entscheidung brachte einen verstärkten Fokus der politischen EliteakteurInnen auf autoritär-zentralistische Ordnungsvorstellungen, was jedoch den liberalen Modernisierungsbestrebungen entgegenstand. Diese Entwicklung spiegelt sich im Übergang von der Dominanz der Machtelite durch AkteurInnen der „Oligarchen“, über den skizzierten Aufstieg der AkteurInnen der Silowiki sowie der damit verbundene Übergang zur sogenannten Herrschaft der Bürokratie (vgl. Schulze 2004: 160, 163).

Während etwa noch bei Jelzin eine weitgehend dynamische Rotation der EliteakteurInnen zu beobachten war, ist seit Putins erster Amtszeit als Präsident eine systematische Rekrutierung politischen Personals in alle wichtigen Institutionen anzutreffen, die jedoch von Spannungen und Rivalitäten zwischen den Gruppen gekennzeichnet ist. Die Besetzung von politischen Positionen hing dabei von der persönlichen Loyalität der AkteurInnen gegenüber Wladimir Putin ab, weshalb er in erster Linie Berufs- und Studienkollegen hierfür heranzog (vgl. Mommsen 2004: 194f). Entscheidende Bedeutung für die Kontrolle der Mobilität der politischen Elite liegt bei der Präsidentialadministration, wobei die Personalreserven in Putins erster Amtszeit aufgestockt sowie die Gehälter der BeamtInnenschaft erhöht wurden. Grundlage hierfür bildet das seit 2003 geltende Gesetz „Über das System des Staatsdienstes der Russischen Föderation“, welches zudem ein Rangsystem innerhalb der BeamtInnenhierarchie der Staats-, Militär- und Sicherheitsdienste vorsieht (vgl. Kryschtanowskaja 2005: 107f). Durch eine 2004 erfolgte Novellierung des Gesetzes sollte der Aufbau von Personal- respektive Kaderreserven auf Wettbewerbsbasis ermöglicht werden. Die Praxis zeigte jedoch, dass eine Mischung von patrimonialen Verflechtungen aber auch Leistungskriterien für den Eintritt in den Staatsdienst ausschlaggebend sind (vgl. Burkhardt 2016: 13f).

Hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses sind unter der Ägide von Wladimir Putin bis heute Frauen in politischen Verantwortungspositionen sehr gering repräsentiert, was ebenfalls ein Relikt des Staatssozialismus darstellt (vgl. Rutland 2018: 280). Während der Breschnew-Ära waren nur vier Prozent der führenden Positionen der KPdSU mit weiblichen Akteurinnen besetzt, während 26,5 Prozent der Mitglieder des Parteikaders weiblich waren (vgl. Mawdsley/White 2000: 172 vgl. n. Semenova 2012: 72). Von 1993 bis 2011 waren im Durchschnitt 11,6 Prozent der Duma-Abgeordneten Frauen. Zwischen 1991 und 2012 waren von 491 Positionen in den Kabinetten der Ministerien nur 16 Positionen weiblich besetzt worden, wobei Valentina Matvienko die einzige Frau war, die mit der Funktion der stellvertretenden Ministerpräsidentin eine Führungsposition innehatte. Von den insgesamt 333 GouverneurInnen im Zeitraum von 1991 bis 2010 waren nur vier mit weiblichen Führungskräften besetzt worden (vgl. Semenova 2012: 73). Hinsichtlich der ethnischen Zusammensetzung, sowie der Altersstruktur der politischen Eliten ergibt sich für die Russische Föderation im Unterschied zur Sowjetunion ein anderes Bild. Laut einer Volkszählung definieren sich 80,9 Prozent der Bevölkerung der Russischen Föderation als ethnische RussInnen, gefolgt von 3,9 Prozent TatarInnen, 1,4 Prozent UkrainerInnen und 1,2 Prozent BaschkierInnen (vgl. Semenova 2012: 75). Im Hinblick auf die Altersstruktur lässt sich seit 1991 eine Verschiebung feststellen, insofern das Durchschnittsalter von MinisterInnen von 46 Jahren auf 50 Jahre im Jahr 2007 gestiegen ist. Diese fortschreitende Tendenz spricht für eine Stabilisierung des Rekrutierungspools an AkteurInnen des politischen Systems (vgl. Best 2007 vgl. n. Semenova 2012: 77). Laut einer Erhebung von Eugene Huskey von 2008, dem ersten Amtsjahr von Wladimir Putin als Ministerpräsident, setzte sich die BeamtInnenenschaft im Regierungs- und Präsidialdienst zu 40 Prozent aus Personen zusammen, die aufgrund ihrer Herkunft, Ausbildung und des Karriereverlaufs ihre Wurzeln in Moskau und St. Petersburg haben. Von den 86 InhaberInnen der Toppositionen im Regierungsapparat waren 36 Prozent gebürtige MoskauerInnen oder PetersburgerInnen (vgl. Huskey 2010 vgl. n. Hartmann 2013: 112).

Elitenzirkulation in Putins dritter Amtsperiode

Auch wenn die geringfügigen Änderungen im Positionswechsel der EliteakteurInnen im Jahr 2012 und damit zu Beginn der dritten Amtszeit von Putin für das Erklärungsmodell der Nomenklatura-Elite herangezogen werden, so kann Letzteres die strukturellen Elemente der Bewegung und Gewichtung von AkteurInnen nur unzureichend erfassen. Ein alternatives Erklärungsmodell bieten dahingehend die Studien von Minchenko, welche die Konstellation der Elite unter Putin als „Politbüro 2.0“ bezeichnet. Im Zentrum der Betrachtung steht die Dynamik von AkteurInnen, die als „Vollmitglieder“ und „Kandidaten“

bezeichnet werden und wie sie auch im Politbüro der Sowjetunion anzutreffen waren. Damit verbunden ist die These, wonach die für das einstige Politbüro maßgeblichen Prozesse im heutigen Russland auf informeller Ebene verlaufen und im Unterschied zu damals um die Person des Präsidenten Wladimir Putin angeordnet sind (vgl. Minchenko 2012 vgl. n. Mommsen 2017: 116)

Im Detail zeigt das Modell des „Politbüro 2.0“, basierend auf der Befragung von über 60 RepräsentantInnen der politischen und wirtschaftlichen Eliten Russlands für den Zeitraum 2011 bis 2012 Ähnlichkeiten mit jener Institution der Sowjetunion, insofern Parallelen einer kollektiven Führung erkennbar sind. Jedoch erfüllt Putin hierbei die Funktion Interessen und Konflikte auszugleichen, etwa durch Veränderungen in der Positionsbesetzung, durch die Gewährung wirtschaftlicher Einflussmöglichkeiten oder im äußersten Fall durch medienöffentliche Zurechtweisung einzelner VertreterInnen von Elitegruppen. Die als Netzwerk agierende Formation an AkteurInnen hat ihren Ursprung in der Auflösung des Regierungstendens von Putin und Medwedew 2012 und lässt im Anschluss an die erneute Wiederwahl Putins zum Präsidenten eine Mechanismus der *Checks and Balances* innerhalb der politischen Elite erahnen (vgl. Minchenko 2012: 1ff; vgl. Minchenko 2017: 2, vgl. Mommsen 2017: 80ff).

Die Zahl der AkteurInnen denen tatsächlich Einflussmöglichkeiten auf die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsfindungen zugesprochen werden, ist laut diesem Schema sehr begrenzt. Ausgehend von ihrer Gewichtung in absteigender Reihenfolge sind dies Dmirtri Medwedew (Premierminister und Vorsitzender der Partei „Einiges Russland“), Sergei Iwanow (Vorsitzender der Präsidentialadministration), Igor Setschin (Vorstandsvorsitzender Rosneft und Sekretär der „Kommission beim Präsidenten für Fragen der strategischen Entwicklung des Brennstoff-Energie-Komplexes“) sowie Gennadi Timtschenko (Aufsichtsratsvorsitzender des Erdgaskonzern Nowatek und Mitinhaber der Gas- und Ölhandelsfirma Gunvor) und Juri Kowaltschuk (Vorstandsvorsitzender der Bank Rossija) als Gegengewicht in Energiefragen zu Igor Setschin. Auf den weiteren Plätzen in der Rangordnung finden sich Sergei Tschemesow (Generaldirektor der Holding Rostechologii und damit führender Akteur im militärisch-industriellen Komplex, sowie persönlicher Vertrauter Wladimir Putins), Sergei Sobjanin (Oberbürgermeister von Moskau als wesentlicher Repräsentant einiger GouverneurInnen) und zuletzt Wjatscheslaw Wolodin (Stellvertreter des Leiters der Präsidentialadministration, dem die politische Kontrolle der Parteien „Einiges Russland“ und „Allrussische Volksfront“ zugesprochen wird). (vgl. Minchenko 2012: 5ff; vgl. Mommsen 2017: 116f).

Alleine aus dieser Zusammenstellung lässt sich mit zwei Repräsentanten der Präsidentialadministration, Iwanow und Wolodin, sowie deren ehemaligen Leiter Igor Setschin, nach Dafürhalten des Verfassers, eine starke Gewichtung dieses institutionellen

Flügels in der politischen Machtelite um Putin erkennen, wie sie gleichermaßen durch ihre machtvolle Stellung im institutionellen Setting der Russischen Föderation zum Ausdruck kommt.

Neben diesen als „Vollmitgliedern“ bezeichneten AkteurInnen um Putin sieht Minchenko auch die sogenannten „Kandidaten“. Wesentlich ist dabei, dass die formelle Verankerung respektive institutionelle Position bestimmter AkteurInnen nicht deren realen Einfluss widerspiegelt. Die einzelnen AkteurInnen werden ausgehend von ihrer Position jeweiligen Bereichen zugeordnet. Unterschieden wird hierbei zwischen dem sogenannten „block of power“ respektive die Spitzen der Silowiki, den VertreterInnen der Großindustrie und Konzerne („business“), den RepräsentantInnen politischer Parteien aber auch der Kirche („political block“) sowie den VertreterInnen der Technokratie, ExpertInnen und auch Mitgliedern der Präsidial- und Regierungsverwaltung, welche persönlich an Putin gebunden sind („technical block“) (vgl. Minchenko 2012: 4, 8).

Für die Mobilität der AkteurInnen und deren Einflussmöglichkeiten ist vor allem das persönliche Naheverhältnis zu Wladimir Putin ausschlaggebend. Die Minchenko kommt zu dem Schluss, dass die Rückkehr Putins ins Präsidentenamt keine Stabilität in das Gefüge der Eliten gebracht hat, sondern nach wie vor um ein Equilibrium zwischen den AkteurInnengruppen gerungen wird, welches vor allem von der innen- und außenpolitischen Orientierung Russlands abhängig ist (vgl. Minchenko 2012: 9f). Zusammenfassend zeigt sich „die Fortdauer der informellen Oligarchie aus Vertretern der Geschäftswelt und der Geheimdienste“. (Mommsen 2017: 117)

Nach der Annexion der Krim und die Einmischung Russlands in den Bürgerkrieg der Ukraine im Oktober 2014 und im Vorfeld der erneuten Wiederwahl Putins zum Präsidenten im Oktober 2017 folgten weitere Auflagen des Berichts „Politbüro 2.0“. Im Sommer 2019 folgte der, zum Zeitpunkt des Verfassens der vorliegenden Ausführungen, vorerst letzte Bericht.³⁶ Hinsichtlich der Aufstellung der oben genannten AkteurInnen hat sich im Laufe der Erhebungen relativ wenig verändert, was wiederum die These der geringen Zirkulation³⁷ der EliteakteurInnen unterstreicht. Gleichzeitig wird hierdurch die These des Netzwerk-Staates bestätigt, wie sie sich etwa bei Kryschtanowskaja und

³⁶ Siehe: Minchenko Consulting (2017): Politburo 2.0: Renovation instead of dismantling, Moskau, in: http://www.minchenko.ru/netcat_files/userfiles/2/Dokumenty/Politburo_2.0_October_2017_ENG.pdf (3.11.2020) und Minchenko Consulting (2019): The Politburo 2.0 and the anti-establishment wave, Moskau, in: https://minchenko.ru/netcat_files/userfiles/PB_2.0_summer_2019_ENG.pdf (3.11.2020)

³⁷ David Lane verweist bei der Definition „Zirkulation“ von Eliten auf die unterschiedliche Auslegung dessen, was hierunter verstanden wird. Ausgehend von Paretos Theorie lässt sich hierunter ein Wechsel einer Elite als auch ein Wechsel einzelner AkteurInnen verstehen. Damit verweist das Konzept der Zirkulation nicht zwingendermaßen auf einen Wandel respektive eine Transformation eines politischen Systems hin (vgl. Lane 1997: 860f).

Stephen (2011) findet. Minchenko kommt zu dem Schluss, dass das „Politbüro 2.0“ in seiner Funktion des informellen Interessenausgleichs auch nach der Präsidentenwahl 2018 bestehen blieb, auch wenn sich die Gewichtung einzelner AkteurInnen im Laufe der Zeit verschoben hat (vgl. Minchenko 2019).

In Folge der Einmischung Russlands in den Ukraine-Konflikt 2014 und der Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf die Annexion der Krim änderte sich auch die Gewichtung der AkteurInnen im Umfeld Putins. Putin konnte die Sanktionen westlicher Staaten nutzen um die Elite um seine Person weiter zu konsolidieren. Gleichzeitig wurde die Stellung der Silowiki aufgewertet, deren Zahl an AkteurInnen jedoch 2015 reduziert wurde. Der sogenannte „innerste Kreis“³⁸ setzte sich zusammen aus Nikolai Patruschew (Sekretär des Sicherheitsrates), Alexander Bortnikow (Leiter des Inlandssgeheimdienstes FSB), Michail Fradkow (Leiter des Auslandsgeheimdienstes SWR), Sergei Schoigu (Verteidigungsminister) und Wladimir Kolokolzew (Innenminister). Hinter diesen Veränderungen lässt sich die Absicht Putins interpretieren den politischen Einfluss der bestehenden Mitglieder des „Politbüro 2.0“ einzudämmen und stärker auf aufstrebende AkteurInnen zu setzen, die ihren Aufstieg dem Präsidenten persönlich verdanken. Auf längere Sicht lässt hinter dieser schrittweisen personellen Umschichtung im unmittelbaren Einflusskreis um Putin eine Demontage des bestehenden Kadersystems mit seinen jeweiligen Machtzentren und der verstärkte Aufbau technokratischer AkteurInnen erkennen (vgl. Minchenko 2017: 3, vgl. Mommsen 2017: 196).

Dieser innerste Kreis an EliteakteurInnen um Putin ließe sich als Keimzelle einer geeinten Elite erfassen, deren Grundlage in der persönlichen Loyalität gegenüber Putin bei gleichzeitiger Wahrung ihrer Eigeninteressen besteht. Dennoch ist diese in ihrer Zahl an AkteurInnen sehr überschaubare Gruppe darauf angewiesen Allianzen mit anderen Elitegruppierungen einzugehen, da sie allein nicht im Stande ist eine so diversifizierte Gesellschaft wie jene Russlands zu regieren (vgl. Rutland 2018: 285).

³⁸ Bei dieser AkteurInnengruppe handelt es sich um jene Personen im Umfeld von Wladimir Putin, welche nach seiner Zeit als Bürgermeister von St. Petersburg aus der Stadtverwaltung in den Kreml wechselten (vgl. Rutland 2018: 284). Ebenso wie sein Vorgänger Boris Jelzin mit der sogenannten „Familie“ hat auch Wladimir Putin einen inneren Kreis an Vertrauten (*blizhnyi krug*) aufgebaut, die wesentlich in den Entscheidungsprozessen des Präsidenten eingebunden sind (vgl. Rutland 2018: 280).

Beginnender Umbau der politischen Elite

Die Sicherheitsdienste bilden nach wie vor die wichtigste Stütze Putins, was sich 2016 in der Gründung der Nationalgarde³⁹ äußerte. Zum Leiter dieser neuen Institution wurde der langjährige Vertraute und ehemalige Chef der Leibgarde des Präsidenten Viktor Solotow berufen. Laut Margarete Klein lässt sich die Nationalgarde als Gegengewicht zum stark aufgewerteten FSB verstehen (vgl. Klein 2016). Weitere Änderungen in der personellen Umbesetzung der Sicherheitsorgane betrafen auch die Präsidentialadministration, deren Leiter Sergei Iwanow im August 2016 abberufen wurde, aber dennoch Mitglied im Nationalen Sicherheitsrat blieb. Sein Nachfolger wurde der stellvertretende Leiter der Präsidentialadministration Anton Waino, der diese Position seit 2012 inne hat (vgl. Mommsen 2017: 202).

Die Neubesetzung Wainos, der in seiner vorherigen Funktion in der Protokollabteilung der Präsidentialadministration bis dahin kaum medienöffentlich aufgefallen war, ließe sich nach Dafürhalten von BeobachterInnen als beginnender Generationenwechsel in der politischen Elite Russlands verstehen. Sein rascher Aufstieg in den Rängen der Bürokratie steht exemplarisch für die damit verbundene Nähe und das Vertrauensverhältnis zu Präsident Wladimir Putin. Insgesamt vollzog sich 2016 ein weitläufiger Wechsel der EliteakteurInnen, welcher sämtliche föderale Institutionen betraf (vgl. Burkhardt 2016: 13ff).

Die Neubesetzungen zeigen die Tendenz einer Verjüngung der staatlichen Verwaltung und Nachbesetzung von AkteurInnen mit vermehrt konservativ patriotischer Einstellung. Neben Waino wurde die Position des stellvertretenden Vorsitzenden der Präsidentialadministration mit Sergei Kirijenko besetzt, der bereits 1998 unter Präsident Jelzin zum Premierminister ernannt wurde und 2007 unter Putin zum Leiter der staatlichen Atomenergiebehörde Rosatom avancierte. Im Rahmen seiner Position in der Präsidentialadministration anstelle von Wjatscheslaw Wolodin, der zum Sprecher der Staatsduma wurde, wird Kirijenko eine Statthalterfunktion hinsichtlich der Kaderrotation und damit der horizontalen Bewegung von EliteakteurInnen zugeschrieben (vgl. Mommsen 2017: 203, 205).

Sowohl Waino also auch Kirijenko wird jeweils der Status eines Kandidaten zum „Politbüro 2.0“ postuliert, insofern beiden ein stabiles Vertrauensverhältnis zu Putin nachgesagt wird und aufgrund ihrer Positionen ein Eintritt in die unmittelbare Einflussosphäre als möglich erachtet wird. Ähnliches gilt für den bereits erwähnten Leiter

³⁹ Die Gründung der Nationalgarde zählt zu den wichtigsten Restrukturierungen der inneren Sicherheitsorgane der Russischen Föderation. Sie umfasst seit 2016 die „Inneren Truppen“ und Spezialkräfte der Polizei, die dem Innenministerium entzogen wurden (vgl. Klein 2016).

der Nationalgarde Wiktor Solotow, der wiederum durch seine Position im Einvernehmen mit dem Innenministerium und dem FSB die Interessen der Sicherheitsdienste abdeckt (vgl. Minchenko 2017: 9).

Als Hintergrund dieser relativ Änderung der Zusammensetzung der politischen EliteakteurInnen lässt sich eine personelle Rotation der Führungspositionen feststellen, wodurch die Herausbildung von selbstständigen Machtzentren von AkteurInnengruppen verhindert werden soll (vgl. Burkhardt 2016: 15). Bei Kryschtanowskaja und White wird diese Tendenz einer starken Zentrierung der Macht und die damit verbundene Konsolidierung der politischen Elite als „Sowjetisierung“ bezeichnet:

„[...] [A] process of ‚sovietization‘ that involved the elimination of alternative centres of power and the regularization and subordination of all elements of the machinery of government. This underlying trend was accompanied by a return to the principles of state management that had been characteristic of the late Soviet period, but in a modernized and technocratic form. The elite that led these changes changed itself.“
(Kryschtanowskaja/White 2009: 303)

Aus der Zusammenschau an Beobachtungen über die Umgestaltungen der Spitzen der politischen Elite Russlands zeigt sich, dass trotz der Rekrutierung neuer AkteurInnen und der Umbesetzung bereits etablierter AkteurInnen in andere Positionen, die Machtverhältnisse bis zum Ende von Putins dritter Amtszeit als Präsident nicht wesentlich verändert wurden. Vielmehr wurde erneut ein Gleichgewicht zwischen RepräsentantInnen einzelner Interessensgruppen soweit etabliert, dass diese Präsident Putin vorerst nicht in Frage stellen. Gleichzeitig erfolgte mit dem schrittweisen Aufbau von technokratischen AkteurInnen auf Grundlage klepokratischer, neopatrimonialer Beziehungen der Versuch eine weitere Stabilität des Kadernsystems zu erreichen (vgl. Mommsen 2017: 206). Inwiefern hierdurch eine Stabilität des politischen Systems Russlands erreicht wird, ist zweifelhaft. Die Aushöhlung der politischen Institutionen bleibt weiterhin bestehen und die sich wiederholenden Konflikte innerhalb der Eliten, die ihren Ausdruck in Korruptionsvorwürfen finden, zeugen von einer Erstarrung des von informellen Machtstrukturen geprägten Regimes (vgl. ebd. 208f).

Die autoritäre Politik in Russland erhielt in den vergangenen Jahren Unterstützung seitens der Bevölkerung infolge der Ergänzung des Klientelismus durch nationale Mobilisierung als Antwort der politischen Führung auf die Massenproteste 2011 und 2012. Dieter Segert kommt etwa zu dem Schluss, dass das politische System Russlands in der von Thomas Carothers (2002) skizzierten „Grauzone“ der Transformation verharrt und als neuer Typus eines autoritären Systems eine höhere Stabilität erreichen kann, als dies bei traditionellen autoritären Regimen bisher der Fall gewesen ist (vgl. Segert 2017: 274f).

6. Conclusio

Im Zusammenhang mit den Erkenntnissen der Transformationsforschung sowie der Analyse von EliteakteurInnen und den damit verbundenen Konzepten und Begriffen zeigen sich im Vergleich der Sowjetunion und der Russischen Föderation Überschneidungen auf unterschiedlichen Ebenen. Die Operationalisierung des Begriffs der politischen Elite als funktionell gegliederter Teil der politischen Klasse offenbart in seiner Anwendung auf die beiden politischen Systeme und ihre institutionellen Settings Herausforderungen: Ausgehend von den Prämissen des Positionsansatzes der Eliteforschung lässt sich im Falle der Sowjetunion eine deutlichere Einordnung der AkteurInnen und entsprechend ihrer Bedeutung für die Stabilität des politischen Systems treffen. Ausschlaggebend ist hierfür die stark funktionell gegliederte Struktur des institutionellen Gefüges des Staats- und Parteiapparates, was auch gleichzeitig die große Unterscheidung zur Russischen Föderation darstellt. Im Falle des postsozialistischen Russlands lässt sich eine wesentlich geringere Gewichtung der formalen Institutionen und der mit ihnen assoziierten EliteakteurInnen als Stabilitätsfaktor feststellen. Wie in den Ausführungen über die politische Elite Russlands erkenntlich wurde, zeigt die Anwendung des Positionsansatzes auf die bereits vorhandenen Kenntnisse über jene AkteurInnen, welche in der Literatur als „Elite“ bezeichnet werden, Unschärfen der theoretischen Konzepte auf. Ausgehend von der vorhandenen Quellenlage lässt sich dahingehend keine stringente Unterscheidung der AkteurInnengruppen wie im Falle der Sowjetunion treffen, da letztlich informelle Aspekte wie das (persönliche) Näheverhältnis zu Präsident Wladimir Putin ausschlaggebender sind für die Stellung von AkteurInnen in politischen Entscheidungsprozessen, als wie deren formale Position.

Sowohl die Sowjetunion im Zeitraum von 1964 bis 1982, sowie die Russische Föderation von 1999 bis 2017 weisen eine starke Zentralisierung politischer Macht auf. Für die Sowjetunion lässt sich eine durch das institutionelle und ideologische Setting geeinte politische Elite feststellen, die jedoch im Zeitraum von 18 Jahren zunehmend an gesellschaftlicher Repräsentativität verloren hat und dadurch den Egalitätsanspruch der staatssozialistischen Ordnung in Frage gestellt wurde. Die Mobilität der AkteurInnen innerhalb des stark hierarchisierten Apparates wird dabei maßgeblich durch patrimoniale Verhältnisse geprägt. Für die Sowjetunion in der Ära von Generalsekretär Leonid Breschnew ist ein ausgeprägtes und stabiles Institutionen-Setting feststellbar. Dabei wird das politische System von den Parteistrukturen der KPdSU dominiert, insofern eine starke Verzahnung von Staats- und Parteiapparat über die AkteurInnenkonstellation der Nomenklatura vorliegt.

Bei der Russischen Föderation wiederum lässt sich eine Konzentration politischer Macht im Amt respektive der Position des Präsidenten wiederfinden. Unter Wladimir Putin als Präsident sowie zwischenzeitlich als Ministerpräsident zeigt sich im beobachteten Zeitraum eine starke Gewichtung von persönlichen Loyalitätsbeziehungen, welche schließlich das Verhältnis einzelner Interessensgruppen zu diesem bestimmen.

Die Sowjetunion wies ein stark zentralisiertes System an Entscheidungsstrukturen auf, wobei die Position der AkteurInnen innerhalb der Hierarchien von Staats- und Parteiapparat ausschlaggebend für deren Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen waren. Im Gegensatz hierzu ist im postsozialistischen Russland die Relevanz der Position einzelner AkteurInnen eine nachgeordnete, wenn auch nicht unwesentliche Komponente. Dieser Umstand hängt damit zusammen, dass die Institutionen der Russischen Föderation ihre eigentlich laut Verfassung zugeschriebenen Aufgaben im Rahmen des politischen Systems nur unzureichend erfüllen und ihr Funktionieren maßgeblich von der Stellung einzelner AkteurInnen vis-à-vis dem Präsidenten abhängig ist. Das Ergebnis sind wechselnde Konfigurationen an Seilschaften und Netzwerken, die im Wesentlichen durch geteilte Eigentums- und wirtschaftliche Interessen im Ringen um Einflussnahmen gekennzeichnet sind.

Während im Falle der Sowjetunion die „gefühlte“ Stabilität des Regimes durch das institutionelle Setting der personellen Verzahnung von Staats- und Parteiapparat geprägt war, wird Stabilität in der Russischen Föderation zum aktuellen Zeitpunkt allein durch die Person Wladimir Putins „vermittelt“, der im Gegensatz zu Breschnew als Garant für den Interessensausgleich zwischen einzelnen AkteurInnengruppen und der mit ihnen assoziierten Institutionen wahrgenommen wird.

Sowohl die Sowjetunion als auch die Russische Föderation bilden in den Vergleichszeiträumen der jeweiligen Konfiguration des politischen Regimes Momentaufnahmen unterschiedlicher Entwicklungsprozesse ab. Eine Kategorisierung des postsozialistischen Russlands fällt in Anbetracht der Einordnung des Regimes und der damit verbundenen Frage über die Ergebnisse der Transformation uneindeutig aus, was sich im Terminus der „Grauzone“ widerspiegelt. Dennoch weisen sowohl die Sowjetunion unter Breschnew und das postsozialistische Russland unter Putin hinsichtlich der politischen Eliten Ähnlichkeiten bei der Rekrutierung von AkteurInnen und der Bedeutung des Klientelismus als Form des Interessensausgleichs für die Stabilisierung des Regimes auf. Dahingehend ist auf die Kontextualisierung des akteurszentrierten Ansatzes der Transformationsforschung mit den Konzepten des Postsozialismus und des Spätsozialismus hinzuweisen.

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen im Spätsozialismus⁴⁰ der Breschnew-Ära lassen sich demnach als Herausforderungen für die Stabilität des Regimes erfassen, welche in veränderter Form auch die Handlungen von AkteurInnen nach dem Systemwechsel prägen.

Im Hinblick auf die Ergebnisse des Transformationsprozesses bis hin zur Herausbildung der heutigen Spezifika des politischen Systems der Russischen Föderation lässt sich nach Dafürhalten des Verfassers diese Entwicklung in Form eines Möbiusbandes respektive einer Möbiusschleife versinnbildlichen. Dabei handelt es sich um eine geometrische Form, die nur eine Seite hat und bei der die räumlichen Unterscheidungen von innen und außen, sowie oben und unten nicht feststellbar sind. Das Band erzeugt die Illusion zweiseitig zu sein, besteht jedoch nur aus einer gewundenen Ebene.⁴¹ Diese bildhafte Projektion folgt in Anlehnung an die von Samuel Huntington (1991) verwendete Analogie der wellenförmigen Entwicklung von Demokratie. Wie aus den bisherigen Ausführungen, unter Annahme einer akteurszentrierten Sichtweise erkenntlich wurde, bildet die angenommene Dualität von demokratischem „Fortschritt“ und autoritärem „Rückschritt“ ein in sich geschlossenes Bewegungsmoment der Transformation der hier verglichenen politischen Systeme und ihrer AkteurInnen. Hieraus ließe sich nach Dafürhalten des Verfassers ableiten, dass diese Entwicklung nicht linear erfolgt, sondern maßgeblich durch die Erfahrungsmomente der AkteurInnen der politischen Elite beeinflusst wird. Die Ausprägungen und Probleme einer Phase der Entwicklung, wie in diesem Fall des Spätsozialismus, haben maßgebliche Auswirkungen auf die Ergebnisse der Problemlösung, sowie in weiterer Folge der Transformation, hier im Falle des Postsozialismus. Aus einer rein auf den institutionellen Wandel gerichteten Perspektive bildet der politische Systemwechsel und damit der Übergang von der Sowjetunion zur Russischen Föderation das augenscheinlichste Moment dieser Transformation, während aus einer akteurszentrierten Perspektive diese Veränderungsmomente den fortlaufenden Erfahrungshorizont für das politische Handeln bilden. Ein wesentliches Element hierbei ist die in Phasen des Überganges wahrgenommene Instabilität der sozialen und politischen Verhältnisse und diese Wahrnehmung ist per se weder von vornherein „demokratisch“ oder „nicht-demokratisch“, sondern vielmehr der Ausgangspunkt des Ringes eines Regimes nach Stabilität.⁴²

⁴⁰ Siehe hierzu erneut die zusammenfassenden Ausführungen von Dieter Segert (2013: 175).

⁴¹ Für weiterführende Erläuterungen zum Möbiusband siehe: Petresin, Vesna/Laurent-Paul, Robert (2002): The Double Möbius Strip Studies, in: Nexus Network Journal, 4. Jg., Nr. 2, S. 54-64

⁴² Zum Verhältnis von Struktur und Handlungen in der Politikwissenschaft bemerkte Collin Hay sehr kritisch: „If sociologists have spent 200 years on the issue and have got no further than Marx's truism that men make history, but not in circumstances of their own choosing, then either the question wasn't

Diese Ableitungen lassen sich jedoch nicht im Rahmen der vorliegenden Fragestellung und der damit verbundenen theoretischen Konzepte behandeln, weswegen nach Dafürhalten des Verfassers eine weiterführende Auseinandersetzung etwa in Verbindung mit Komplexitätstheorien⁴³ sinnvoll erscheint.

a very good one in the first place or sociologists have revealed themselves singularly incompetent in their attempts to answer it.“ (Hay 2002: 90)

⁴³ Siehe etwa die Erläuterungen von Köhler-Bußmeier und Loewen, wonach „[...] Ordnung, Unordnung und Wandel von Systemen [...] durch auf einfachen Regeln beruhende Interaktionen bzw. wechselseitige Beeinflussung ihrer Elemente bzw. Akteure [...] zu erklären sind.“ (Köhler-Bußmeier/Loewen 2010: 2)

7. Literaturverzeichnis

- Altrichter, Helmut (2007): Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, München: C.H. Beck
- Bachrach, Peter (1970): Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft. Eine kritische Analyse, Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt
- Badovskii, Dimitrii (1994): The transformation of Russia's political elite: from „Organization of Professional Revolutionaries“ to „Party of Power“, in: Polis 6, S. 42-58 (*übersetzt von Gel'man/Tarusina 2000: 325, Original in russischer Sprache*)
- Becker, Joachim (2009): Anatomie der Sozialismen. Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, in: Becker, Joachim/Weissenbacher, Rudy (Hg.): Sozialismen. Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere. Wien: Promedia/Südwind, S. 13-56
- Best, Heinrich (2007): New challenges, New elites? Changes in the Recruitment and Career Patterns of European Representative Elites, in: Comparative Sociology, 6. Jg., Nr. 1-2, S. 85-113
- Bevc, Tobias (2007): Politische Theorie, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft
- Beyme, Klaus von (1975): Ökonomie und Politik im Sozialismus. Ein Vergleich der Entwicklung in den sozialistischen Ländern, R. München/Zürich: Piper & Co. Verlag
- Beyme, Klaus von (1994): Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Beyme, Klaus von (2000): Elitentheorien, in: Ders.: Die politischen Theorien der Gegenwart. Eine Einführung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 310-336
- Blondel, Jean/Müller-Rommel, Ferdinand (2007): Political Elites, in: Dalton, Russell J./Klingemann, Hans-Dieter (Hg.): The Oxford Handbook of Political Behavior, Oxford: University Press, S. 818-832
- Bottomore, Thomas B. (1966): Elite und Gesellschaft. Eine Übersicht über die Entwicklung des Elitenproblems, München: Beck
- Bottomore, Thomas B. (1964): Elites and Society. New York: Basic Books
- Brown, Archie (2000): Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht, Frankfurt am Main/Leipzig: Insel Verlag
- Brown, Archie (2009): Aufstieg und Fall des Kommunismus, Berlin: Propyläen
- Burkhardt, Fabian (2016): Ordnung der Macht. Die Generation Anton Wainos und Russlands techno-bürokratischer Autoritarismus, in: Russland-Analysen, Nr. 322, 7.10.2016, S. 13-18
- Burton, Michael/Higley, John (2001): The Study of Political Elite Transformations, in: International Review of Sociology-*Revue Internationale de Sociologie*, 11. Jg., Nr. 2, S. 181-199
- Cammack, Paul (1990): A Critical Assessment of the New Elite Paradigm, in: American Sociological Review, 55. Jg., Nr. 3, S. 415-420

Carothers, Thomas (2002): The End of the Transition Paradigm, in: Journal of Democracy, 13. Jg., Nr. 1, S. 5-21

Dahl, Robert (1958): A Critique of the Ruling-Elite Model, in: American Political Science Review, 52. Jg., Nr. 2, S. 463-469

Dahl, Robert (1961): Who Governs? Democracy and Power in the American City, New Haven: Yale University Press

Dahl, Robert (1964): Power, Pluralism and Democracy: A Modest Proposal, Referat im Rahmen des "Annual Meeting of the American Political Science Association", Chicago

Dahl, Robert (1971): Polyarchy: Participation and Opposition, New Haven: Yale University Press

Diamond, Larry (1996): Is the Third Wave Over?, in: Journal of Democracy, 7. Jg., Nr. 3, S. 20-37

Djilas, Milovan (1976): Die Neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems, Wien/München: Molden Taschenbuch Verlag

Duka, Aleksandr (1995): Transformatiya Mestnykh Elit: Institutsionalizatsiya Obshchestvennykh Dvizhenii: Ot Protesta k Uchastiyu, in: Mir Rossii, 4. Jg., Nr. 2., S. 106-117

Duka, Aleksandr/Bystrova, Alla/Daugavet, Alexandra/Gor'kovenko, V./Kornienko, Alexander (1999): Regional'nye Elity Rossii: Problemy, Podkhody, Gipotezy. Programma Issledovaniya, St. Petersburg: St. Petersburg Branch of the Institute of Sociology RAS

Eisenstadt, Shmuel/Lemarchand, Réne (Hg., 1981): Political Clientelism: Patronage and Development, London: Sage

Eisenstadt, Shmuel/Roniger, Luis (1984): Patrons, Clients and Friends: Interpersonal Relations and the Structure of Trust in Society, Cambridge: Cambridge University Press

Enduweit, Günter (1979): Elitebegriffe in den Sozialwissenschaften, in: Zeitschrift für Politik, 26. Jg., Nr. 1, S. 30-46

English, Robert D. (2005): The Sociology of New Thinking: Elites, Identity Change, and the End of the Cold War, in: Journal of Cold War Studies, 7. Jg., Nr. 2, S: 43-80

Field, G. Lowell/Higley, John (1980): Elitism, London: Routledge

Fisun, Oleksandr (2012): Rethinking post-soviet politics from a neopatrimonial perspective, in: Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization, 20. Jg., Nr. 2, S: 87-96

Friedrich, Joachim (1957): Totalitäre Diktatur, Stuttgart: Kohlhammer

Gaman, Oxana (1998): Politicheskie Elity Rossii. Vekhi Istoricheskoi Evolyutsii, Moskau: Intellekt

Gehlen, Michael F./McBride, Michael (1968): The Soviet Central Committee: An Elite Analysis, in: The American Political Science Review, 62. Jg., Nr. 4, S. 1232-1241

Geiger, Theodor (1932): Die Soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag

Gel'man, Vladimir/Tarusina, Inessa (2000): Studies of political elites in Russia: issues and alternatives, in: Communist and Post-Communist Studies, 33. Jg., Nr. 3, S. 311-329

Gel'man, Vladimir (2010): Sackgasse. Autoritäre Modernisierung in Russland, in: Osteuropa, 60. Jg., Nr. 1, S. 3-13

Gréen, Oksana Shmulyar (2009): Entrepreneurship in Russia: Western Ideas in Russian Transition, Gothenburg: University of Gothenburg

Gudkov, Lev (2013): Fatale Kontinuitäten. Vom sowjetischen Totalitarismus zu Putins Autoritarismus, in: Osteuropa, 63. Jg., Nr. 5-6/2013, S. 283-295

Harasymiw, Bohdan (1984): Political Elite Recruitment in the Soviet Union, Basingstoke: Palgrave Macmillan

Harter, Stefanie/Grävingsholt, Jörn/Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (2003, Hg.): Geschäfte mit der Macht. Wirtschaftseliten als politische Akteure im Russland der Transformationsjahre 1992-2001, a.d.R. Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa, Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen, Bremen: Edition Temmen

Hartmann, Michael (2004): Elitensoziologie. Eine Einführung. Campus, Frankfurt/New York

Hartmann, Jürgen (2013): Russland. Einführung in das politische System und Vergleich mit den postsowjetischen Staaten, Wiesbaden: Springer VS

Hay, Colin (2002): Political Analysis: A Critical Introduction, London: Red Globe

Herzog, Dietrich (1992): Zur Funktion der politischen Klasse in der sozialstaatlichen Demokratie der Gegenwart, in: Leif, Thomas/Legrand, Hans-Josef/Klein, Ansgar (Hg.): Die politische Klasse in Deutschland, Bonn: Bouvier, S. 126-149

Hellie, Richard (2005): The structure of Russian imperial history, in: History and Theory, 44. Jg., Nr. 4, S. 88-112

Higley, John/Kullberg, Judith/Pakulski, Jan (1996): The Persistence of Postcommunist Elites, in: Journal of Democracy, 7. Jg., Nr. 2, S. 133-147

Higley, John/Burton, Michael (2006): Elite Foundations of Liberal Democracy, Lanham MD: Rowman & Littlefield

Hoffmann-Lange, Ursula (1989): Positional power and political influence in the Federal Republic of Germany, in: European Journal of Political Research, 17. Jg., Nr. 1, S. 51-76

Hoffmann-Lange, Ursula (2004): Eliten, in: Helms, Luger/Jun, Uwe (Hg.): Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung, Frankfurt/New York: Campus Verlag, S. 239-266

Huntington, Samuel (1991): The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century, Norman: University of Oklahoma Press

Huskey, Eugene (2010): Pantouflage à la russe: The Recruitment of Russian Political and Business Elites, in: Fortescue, Stephen (Hg.): Russian Politics from Lenin to Putin, London: Palgrave Macmillan

Jaitner, Felix (2014): Einführung des Kapitalismus in Russland. Von Gorbatschow zu Putin, Hamburg: VSA

Kaina, Viktoria (2009): Eliteforschung, in: Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea (Hg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden: VS Verlag, S. 385-419

Kappeler, Andreas (2008): Russische Geschichte, München: C.H. Beck

Kelsen, Hans (1925): Allgemeine Staatslehre, Berlin: Springer

Keenan, Edward (1986): Muscovite Political Folkways, in: The Russian Review, 45. Jg., Nr. 2, S. 115-181

Konrad, György/Szelényi, Ivan (1978): Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Konrad, György/Szelényi, Ivan (1981): Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Kornai, Janos (1992): The Socialist System. The Political Economy of Communism, Oxford: Oxford University Press

Kryschtanowskaja, Olga/White, Stephen (1996): From Soviet Nomenklatura to Russian Elite, in: Europe-Asia Studies, 5. Jg., Nr. 48, S. 11-33

Kryschtanowskaja, Olga/White, Stephen (2003): Putin's Militocracy, in: Post-Soviet Affairs, Nr. 4/2003, S. 289-306

Kryschtanowskaja, Olga (2005): Anatomie der russischen Elite. Die Militarisierung Russlands unter Putin, Köln: Kiepenheuer & Witsch

Kryschtanowskaja, Olga/White, Stephen (2005): Inside the Putin Court: A Research Note, in: Europe-Asia Studies, 57. Jg., Nr. , S. 1065-1075

Kryschtanowskaja, Olga/White, Stephen (2009): The Sovietization of Russian Politics, in: Post-Soviet Affairs, 25. Jg. , Nr. 4, S. 283-309

Kryschtanowskaja, Olga/White, Stephen (2011): The Formation of Russia's Network Directorate, in: Kononenko, Vadim/Moshes, Arkady (Hg.): Russia as a Network State. What Works in Russia When State Institutions Do Not?, London: Palgrave Macmillan, S. 19-38

Lane, David (1997): Transition under Eltsin: the Nomenklatura and Political Elite Circulation, in: Political Studies, 45. Jg., Nr. 5, S. 855-874

Lane, David/Ross, Cameron (1998): The Russian Political Elites, 1991-95: Recruitment and Renewal, in: Higley, John/Pakulski, Jan/Wesolowski, Wlodzimierz (Hg.): Postcommunist Elites and Democracy in Eastern Europe, London: Macmillan Press, S. 34-66

- Lane, David (2011): *Elites and Classes in the Transformation of State Socialism*, New Brunswick/New Jersey: Transaction Publishers
- Laqueur, Walter (2015): *Putinismus. Wohin treibt Russland?* Berlin: Propyläen
- Lasswell, Harold D. (1934): *World Politics and Personal Insecurity*, New York: McGraw-Hill
- Lasswell, Harold D./Kaplan, Abraham (1950): *Power and Society. A Framework of Political Inquiry*, New Haven: Yale University Press
- Lasswell, Harold D./Lerner, Daniel/Rothwell, Easton C. (1952): *The Comparative Studies of Elites*, Stanford: Stanford University Press
- Le Bon, Gustave (2009): *Psychologie der Massen*, Hamburg: Nikol
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1970): *Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung*, Berlin: Dietz
- Lewytzkyi, Boris (Hg., 1979): *The Soviet Union. Figures – Facts – Data. Die Sowjetunion. Zahlen – Fakten – Daten*, München/New York/London/Paris: K.G. Saur
- Linden, Marcel van der (Hg., 2007): *Was war die Sowjetunion? Kritische Texte zum real existierenden Sozialismus*, Wien: Promedia
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred (1996): *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*, Baltimore/London: Johns Hopkins University Press
- Linz, Juan (2011): *Ein autoritäres Regime: Der Fall Spanien*, Potsdam: WeltTrends
- Mawdsley, Evan/White, Stephen (2000): *The Soviet elite from Lenin to Gorbachev: The Central Committee and its members, 1917-1991*. Oxford, New York: Oxford, University Press
- Mayo, Henry Bertram (1962): *How Can We Justify Democracy?* in: *American Political Science Review*, 56. Jg., Nr. 3, S. 555 -566
- Meissner, Boris (1996): *Sowjetföderalismus und staatsrechtliche Stellung der Nationalitäten der RSFSR*, in: Kappeler, Andreas (Hg.): *Regionalismus und Nationalismus in Rußland*, Baden-Baden: Nomos, S. 41-55
- Merkel, Wolfgang (2010): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Wiesbaden: VS Verlag
- Michels, Robert (1915/1962): *Political parties. A sociological study of the oligarchical tendencies of modern democracies*, New York: Collier Books
- Miller, John H. (1989): *Putting Clients in Place: the Role of Patronage in Cooption into the Soviet Leadership*, in: Brown, Archie (Hg.): *Political Leadership in the Soviet Union*, London: Palgrave Macmillan, S. 54-95
- Mills, Charles Wright (1956): *The Power Elite*, New York: Oxford University Press
- Mlynar, Zdenek (1983): *Krisen und Krisenbewältigung im Sowjetblock*, Köln: Bund-Verlag

Mommsen, Margareta (2004): Autoritäres Präsidialsystem und gelenkter politischer Wettbewerb in Putins Russland, in: Gorzka, Gabriele/Schulze, Peter W. (Hg.): Wohin steuert Russland unter Putin? Der autoritäre Weg in die Demokratie, Frankfurt/Main: Campus Verlag, S. 177-202

Mommsen, Margareta/Nußberger, Angelika (2007): Das System Putin. Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland, München: C.H. Beck

Mommsen, Margareta (2010a): Oligarchie und Autokratie. Das hybride politische System Russlands, in: Osteuropa, 60. Jg., Nr. 8, S. 25-46

Mommsen, Margareta (2010b): Das politische System unter Jelzin – ein Mix aus Demokratie, Oligarchie, Autokratie und Anarchie, in: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hg.): Länderbericht Russland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 55-70

Mommsen, Margareta (2017): Das Putin-Syndikat. Russland im Griff der Geheimdienstler, München: C.H. Beck

Morozow, Michael (1971): Das sowjetische Establishment. Stuttgart-Degerloch: Seewald Verlag

Mosca, Gaetano (1923/1939): The ruling class, New York: McGraw-Hill

O'Donnell, Guillermo A./Schmitter, Philippe C. (1986): Transitions from Authoritarian Rule: Tentative conclusions about uncertain democracies, Baltimore/London: Johns Hopkins University Press

Offe, Claus (1991): Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, in: Merkur, 45. Jg., Nr. 505, S. 279-292

Pakulski, Jan (2012): The Weberian foundations of modern elite theory and democratic elitism, in: Historical Social Research, 1. Jg., Nr. 37, S. 38-56

Petresin, Vesna/Laurent-Paul, Robert (2002): The Double Möbius Strip Studies, in: Nexus Network Journal, 4. Jg., Nr. 2., S. 54-64

Petrov, Nikolai (2011): The Political Mechanics of the Russian Regime, in: Russian Politics & Law, 49. Jg., Nr. 2, S. 34-69

Pollack, Detlef/Wielgohs, Jan (Hg., 2010): Das Ende des Staatssozialismus: Die Prozessdynamiken der ostmitteleuropäischen Regimeumbrüche im Ländervergleich, in: Dies.: Akteure und Profiteure. Die demokratische Opposition in den ostmitteleuropäischen Regimeumbrüchen 1989, Wiesbaden: VS Verlag, S. 275-308

Poulantzas, Nicos (1975): Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt am Main: Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag

Przeworski, Adam (1991): Democracy and the Market: political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge: Cambridge University Press

Reddaway, Peter (2012): Is Putin's Regime Becoming More Like Brezhnev's? Some Similarities and Differences, in: Demokratizatsiya, 20. Jg., Nr. 2, 97-112

- Renz, Bettina (2006): Putin's Militocracy? An Alternative Interpretation of Siloviki in Contemporary Politics, in: Europe-Asia Studies, 58. Jg., Nr. 6, S. 903-924
- Rigby, Thomas H. (1972): The Soviet Politburo: A Comparative Profile 1951-71, in: Soviet Studies, 24. Jg., Nr. 1, S. 3-23
- Rigby, Thomas H. (1989): The Soviet Political Executive, 1917-1986, in: Brown, Archie (Hg.): Political Leadership in the Soviet Union, London: Macmillan, S. 4-53
- Rigby, Thomas H. (1990): Political Elites in the USSR. Central leaders and local cadres from Lenin to Gorbachev. Hants: Edward Elgar
- Rjabow, Andrej W. (2004): Russland am Scheideweg zwischen Stabilität und Modernisierung, in: Gorzka, Gabriele/Schulze, Peter W. (Hg.): Wohin steuert Russland unter Putin? Der autoritäre Weg in die Demokratie, Frankfurt/Main: Campus Verlag, S. 17-31
- Rohe, Karl (1994): Politik. Begriffe und Wirklichkeiten. Eine Einführung in das politische Denken, Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer
- Rutland, Peter (2018): Russia's Post-Soviet Elite, in: Higley, John/Best, Heinrich (Hg.): The Palgrave Handbook of Political Elites, London: Palgrave Macmillan, S. 273-294
- Rustow, Dankwart A. (1970): Transition to Democracy. Toward a Dynamic Model, in: Comparative Politics, 2. Jg., Nr. 3, S. 337-363
- Sakwa, Richard (2010): The Dual State in Russia, in: Post-Soviet Affairs, 26. Jg., Nr., S. 185-207
- Schapiro, Leonard (1965): Partei und Staat in der Sowjetunion, Köln/Berlin: Kiepenheuer & Witsch
- Schubert, Klaus/Klein, Martina (2001): Das Politiklexikon, Bonn: J.H.W. Dietz
- Schulze, Peter W. (2004): Russland im autoritären Zwischenstadium – Der lange Marsch in die Modernität, in: Gorzka, Gabriele/Schulze, Peter W. (Hg.): Wohin steuert Russland unter Putin? Der autoritäre Weg in die Demokratie, Frankfurt/Main: Campus Verlag, S. 139-175
- Schumpeter, Joseph (1947): Capitalism, Socialism and Democracy, New York: Harper
- Segert, Dieter (2009a): Reformen und Reformer im Staatssozialismus – ein Erklärungsmodell am Beispiel der tschechoslowakischen Wirtschaftsreformen, in: Zeitgeschichte, 36. Jg., Nr. 6, Innsbruck/Wien/Bozen: Studien Verlag, S. 368-380
- Segert, Dieter (2009b): Staatssozialismus, ökonomische Entwicklung und Modernisierung in Osteuropa, in: Becker, Joachim/Weissenbacher, Rudy (Hg.): Sozialismen. Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere, Wien: Promedia/Südwind, S. 98-116
- Segert, Dieter (2013): Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert, facultas: Wien
- Segert, Dieter (2017): Stabil in der „Grauzone“, in: Croissant, Aurel/Kneip, Sascha/Petring, Alexander (Hg.): Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit. Festschrift für Wolfgang Merkel, Wiesbaden: Springer VS, S. 263-281

Semenova, Elena (2012): Continuities in the formation of Russian political elites, in: *Historical Social Research*, 37. Jg., Nr. 2, S. 71-90

Steen, Anton (2003): *Political Elites and the New Russia. The power basis of Yeltsin's and Putin's regimes*, London: RoutledgeCurzon

Steiner, Helmut (2003): Kontinuität und Wandel: Transformationsforschung in Ungarn, Polen und Russland, in: *Berliner Osteuropa Info*, Nr. 19, S. 24-29

Steinitz, Klaus (2007): *Das Scheitern des Realsozialismus. Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert*, Hamburg: VSA Verlag

Trotsky, Leo (1936): Was ist die UdSSR?, in: Linden, Marcel van der (Hg., 2007): *Was war die Sowjetunion? Kritische Texte zum real existierenden Sozialismus*, Wien: Promedia, S. 47-59

Voslensky, Michael S. (1980): *Nomenklatura. Die herrschende Klasse der Sowjetunion*. Rastatt: Arthur Moewig

Warweg, Florian (2006): Eliten in der Vergleichenden Politikwissenschaft, in: Barrios, Harald/Stefes, Christoph H. (Hg.): *Einführung in die Comparative Politics*, München/Wien: Oldenbourg, S. 154-168

Weber, Max (1972): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen: J.C.B. Mohr

Weber, Max (1978): *Economy and Society: An Outline of Interpretive Sociology*. Berkeley: University of California Press, S. 226-241

Wesolowski, Włodzimierz (1965): Ruling Class and Power Elite, in: *The Polish Sociological Bulletin*, 11. Jg., Nr. 1, S. 22-37

Willerton, John P. Jr. (1987): Patronage Networks and Coalition Building in the Brezhnev Era, in: *Soviet Studies*, 39. Jg., Nr. 2, S. 175-204

8. Internetquellen

Bertelsmann Stiftung (Hg., 2014): Russia Country Report, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, in: https://www.bti-project.org/content/en/downloads/reports/country_report_2014_RUS.pdf (16.01.2021)

Blunski, Peter (2012): Putin auf dem Weg zum neuen Breschnew, in: 20Minuten, 05.03.2012, in: <http://www.20min.ch/ausland/news/story/15061631> (04.05.2015)

Freedom House (Hg., 2017): Nations in Transit Methodology, in: freedomhouse.org, USAID, in: <https://freedomhouse.org/report/nations-transit-methodology> (04.05.2017)

Higley, John (2008): Elite Theory in Political Sociology, Vortragsmanuskript IPSA-Internationale Conference, Montreal, o.S., in: http://paperroom.ipsa.org/papers/paper_4036.pdf (16.01.2021)

Klein, Margarete (2016): Russlands neue Nationalgarde. Eine Rückversicherung für Putin gegen Massenproteste und illoyale Eliten, in: SWP-Aktuell 2016/A 55, August 2016, in: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A55_kle.pdf (03.11.2020)

Köhler-Bußmeier, Michael/Loewen, Howard (2010): Einfache Regeln, komplexe Dynamiken. Zur Modellierung von Akteursnetzwerken in den internationalen Beziehungen, Hamburg: Universität Hamburg Bibliothek des Fachbereichs Informatik, in: https://edoc.sub.uni-hamburg.de//informatik/volltexte/2010/151/pdf/M_344_10.pdf (15.01.2021)

Matveev, Ilya (2020): Wie wird die Ungleichverteilung der Einkommen in Russland gemessen? Anmerkungen zu den Datenquellen, in: Russland-Analysen, Nr. 390, 22.9.2020, S. 5-8, in: <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/390/RusslandAnalysen390.pdf> (16.01.2021)

Minchenko (Hg., 2012): Vladimir Putin's Big Government and the „Politburo 2.0“, 3.10.2012, Moskau: Minchenko Consulting, in: http://minchenko.ru/netcat_files/File/Big%20Government%20and%20the%20Politburo%20_0.pdf (03.11.2020)

Minchenko (Hg., 2017): Politburo 2.0: Renovation instead of dismantling, 12.10.2017, Minchenko Consulting, Moskau, in: https://minchenko.ru/netcat_files/userfiles/2/Dokumenty/Politburo_2.0_October_2017_ENG.pdf (03.11.2020)

Minchenko (Hg., 2019): The Politburo 2.0 and the Anti-Establishment Wave, 6.8.2019, Moskau: Minchenko Consulting, in: https://minchenko.ru/netcat_files/userfiles/PB_2.0_summer_2019_ENG.pdf (03.11.2020)

Mommsen, Margareta (2018): Verfassungsordnung versus politische Realität, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Russland, 26.3.2018, in: <https://www.bpb.de/internationales/europa/russland/47940/verfassungsordnung-versus-politische-realitaet> (17.03.2021)

Romanov, Pyotr (2014): What Brezhnev Can Teach Us About Putin, in: The Moscow Times, 15.10.2014, in: <https://themoscowtimes.com/articles/what-brezhnev-can-teach-us-about-putin-40442> (04.05.2015)

Schröder, Hans-Henning (2010): Elitenkonstellation in Medwedews Russland, in: Russland-Analysen, Nr. 202, 4.6.2010, S. 11-14, in: <https://www.laender-analysen.de/site/assets/files/1461/russlandanalysen202.pdf#page=11> (28.10.2020)

Sudakov, Dmitrij (2013): Russians pick best ruler of USSR and pre-Putin Russia, in: Pravda.ru, 22.05.2013, in: http://www.pravdareport.com/russia/politics/22-05-2013/124627-leonid_brezhnev-0/# (04.05.2015)

Whitmore, Brian (2011): Leonid Ilyich and Vladimir Vladimirovich, in: Radio Free Europe. Radio Liberty, 07.10.2011, in: http://www.rferl.org/a/putin_and_brezhnev/24352655.html (07.05.2015)

WZIOM/Levada (2005): Putin und die anderen: Ratings russischer Politiker (Grafik), in: Russland Analysen, Nr. 84, 9.12.2005, S. 5, in: <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/84/> (04.05.2021)

WZIOM (2017): Misstrauen gegenüber Politikern (Grafik), in: Russland Analysen, Nr. 334, 12.5.2017, S. 20, in: <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/334/> (04.05.2021)

WZIOM (2020): Vertrauen in Politiker (Grafik), in: Russland Analysen, Nr. 389, 20.7.2020, S. 18, in: <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/389/> (04.05.2021)

9. Abstract

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit einem Vergleich der Rolle politischer Eliten in der Sowjetunion (UdSSR) im Zeitraum von 1964 bis 1982 und der Russischen Föderation im Zeitraum von 1999 bis 2018. Im Kontext der Konzepte des *Spätsozialismus* und *Postsozialismus* soll durch die Hauptfragestellung erläutert werden, welche strukturellen Unterschiede und Gemeinsamkeiten sich im Zuge eines Vergleichs der AkteurInnenkonstellation feststellen lassen. Die Operationalisierung erfolgt anhand der Deskription des institutionellen Settings, sowie durch die Eruiierung der Zusammensetzung, Rekrutierungs- und Zirkulationsmustern von EliteakteurInnen im Rahmen des jeweiligen politischen Systems. Ausgehend von der Theoriedebatte über den Begriff der Elite, sowie der Einbeziehung des Ansatzes der Positionsmethode, wird der Terminus „politische Elite“ hinsichtlich seiner Reichweite und Erklärungsfähigkeit im Hinblick auf die Rolle von AkteurInnen für die Stabilität eines politischen Systems hin eingegrenzt. Durch die Kontextualisierung mit den Ansätzen der Transformationsforschung, allen voran einer kritischen Lesart des Theorems der Transitologie („transition to democracy“) erfolgt hierfür eine weitere Präzisierung. Unter Berücksichtigung des akteursspezifischen Fokus, erfolgt eine Auseinandersetzung mit den strukturellen Merkmalen politischer Eliten. Dadurch werden systematische Rückschlüsse über die intrinsischen Mechanismen der Stabilisierung des jeweiligen Regimetypus aufgrund der jeweiligen EliteakteurInnen ermöglicht.

This thesis deals with a comparison of the role of political elites in the Soviet Union (USSR) in the period from 1964 to 1982 and the Russian Federation in the period from 1999 to 2018. In the context of the concepts of *Late Socialism* and *Postsocialism*, the main question deals with structural differences and similarities which can be determined in the course of a comparison of the political actors. The operationalization is based on the description of the institutional setting, as well as by determining the composition and patterns of recruitment and circulation of elite actors within the framework of the political systems. Based on the theoretical debate on the concept of Elite and the Positional Approach, the term "Political Elite" will be discussed regarding its scope and ability to explain the role of elite actors for the stability of a political system. A further specification will be made by the contextualization with a critical reading of Transitology ("transition to democracy"). The main purpose lays on the examination of the structural characteristics of political elites enables a systematic conclusion about the mechanisms of stabilization of the specific type of political regime based on its constellation of political elite actors.